

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Monatlich 30 Pf. monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zellungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgelohene Kolonnette oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stichgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 20. Dezember 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Direkte oder indirekte Reichsteuern?

Auch die Gemütslichkeit der Blockpolitik hört in Geldsachen auf. Diese Wahrheit verspüren die Liberalen immer deutlicher. Im Reichstag hat Herr v. Rheinbaben mit grausamer Hand die Illusionen zerstört, die die Versprechungen Bülow's in Norderny bei den Leichtgläubigen erweckt hatten. Klipp und klar erklärte er namens der Verbündeten, daß von direkten Reichsteuern keine Rede sein könne. Die Versuche der Liberalen, Rheinbaben in Widerspruch mit Bülow zu bringen, sind gescheitert. Auf Befehl Bülow's mußten sie sich dazu verziehen, Order zu parieren. Die Hoffnung auf direkte Steuern entfiel. Da vertieften die Liberalen auf einen anderen Ausweg. Die Matrifularbeiträge müßten, meinten sie, wieder stärker zur Deckung des Defizits herangezogen werden. Die Verteilung der Matrifularbeiträge ist aber eine durchaus ungerechte, da sie nach der Kopfzahl erfolgt und die Staaten mit zurückgebliebener wirtschaftlicher Entwicklung daher ungleich härter trifft als Staaten mit hoher kapitalistischer Entwicklung. Eine stärkere Heranziehung der Matrifularbeiträge zur Deckung des kolossalen Reichsdefizits erscheint deshalb nur möglich, wenn vorher eine Reform derselben stattfindet. An diese sogenannte „Veredelung“ der Matrifularbeiträge klammerten sich deshalb die Liberalen als letzten Ausweg. Die Einzelstaaten sollten nicht mehr nach der Bevölkerungszahl, sondern nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Um aber diese Leistungsfähigkeit feststellen zu können, müßten gleichartige Merkmale in allen Staaten gefunden werden. In diesem Zwecke sollten die Einzelstaaten bewogen werden, nach gleichen Grundsätzen ihre Vermögens- und Einkommensteuer zu erheben.

Durch ein solches Kompromiß wären die Liberalen ihrer schlimmsten Sorge ledig geworden. Es wäre ihnen erpart geblieben, als Resultat der Blockpolitik ihren Wählern neue indirekte Steuern der empfindlichsten Art aufzuerlegen. Andererseits hätte freilich dieser Plan auch den Verzicht bedeutet, die Reichsfinanzen durch die Einführung direkter Steuern endlich unabhängig zu machen von den Einzelstaaten, und so die Macht und Bedeutung des Reichstages zu stärken. Denn die „Veredelung“ der Matrifularbeiträge hätte in Wirklichkeit nichts anderes bedeutet als ihre Vereinfachung.

Nunmehr ist aber auch dieser Plan gescheitert, und zwar an dem Widerstande gerade der leistungsfähigsten Staaten: Preußens und Sachsens. Die kleine Schicht von Privilegierten, die in beiden Landtagen das Heft in Händen hat, hat natürlich nicht die geringste Lust, sich direkte Steuern aufzuladen, und es ist ihr sehr gleichgültig, ob diese Steuern auf dem Wege der Reichs- oder der staatlichen Gesetzgebung beschlossen werden. Sie will durchaus die neuen Steuern der breiten Masse aufkotzieren, und ihre Herrschaft über die Landtage gibt ihnen die Macht dazu. Von dieser Macht machen sie rücksichtslosen Gebrauch. Dies zeigt die Verhandlung, die im sächsischen Landtage gestern stattgefunden hat. Der Telegraph berichtet darüber:

Dresden, 19. Dezember. Zweite Kammer. Vor Eintritt in die Tagesordnung richtet der Vizepräsident Opiß die Anfrage an die Kammer, ob es nicht angebracht sei, die Weihnachtsferien heute noch nicht zu beginnen, sondern noch weitere Sitzungen vor dem Fest abzuhalten. Aus einem Berliner Blatt habe er die Mitteilung entnommen, daß die Führer der Blockparteien mit dem Reichskanzler über Reichsfinanzfragen verhandelt hätten. Es sei dabei die Erhöhung beziehungsweise anderweitige Verteilung der Matrifularbeiträge angeordnet worden, und zwar sollten die Matrifularbeiträge nicht mehr nach der Kopfzahl, sondern nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten erhoben werden. Für Sachsen speziell müsse man gegen diesen Vorschlag die alleräußersten Bedenken haben, denn Sachsen leiste im Verhältnis in wirtschaftlicher Hinsicht gerade noch einmal soviel wie Preußen. Ferner solle der auf Grund des sogenannten Mantelgesetzes von den Einzelstaaten sofort zu leistende Zuschuß an Matrifularbeiträgen, der jetzt auf 40 Pf. für den Kopf festgesetzt sei, auf 1 M. für den Kopf erhöht werden. — Was die Verteilung der Matrifularbeiträge anlangt, so sei eine Klassen-einteilung in folgender Weise geplant: 1. Klasse: Preußen, 2. Klasse: Sachsen, 3. Klasse: die übrigen Mittelstaaten, 4. Klasse: die sogenannten Kleinstaaten.

Weiter sei in Aussicht genommen worden, nach dem Durchschnittsergebnis der Reichserbschaftsteuer direkte Steuern für das Reich einzuführen. Die Durchführung der genannten Pläne müsse den Gedanken, auf dem das Reich aufgebaut sei, erschüttern. Wenn diese Pläne Wirklichkeit werden sollten, so würde nicht nur die organische Regelung der Befoldungsverhältnisse der Beamten unmöglich sein, sondern wir würden auch eine Erhöhung der Einkommensteuer um 20 Proz. zu gewärtigen haben.

Finanzminister Dr. v. Rüge erklärte hierauf, der Regierung seien ebenfalls beunruhigende Gerüchte zugegangen. Er glaube aber nicht, daß zwischen dem Reichskanzler und den Führern der Mehrheitsparteien so weitgehende Absmachungen, wenn auch nur vorläufig, getroffen worden seien, da sonst die Einzelstaaten davon hätten in Kenntnis gesetzt werden müssen. — Was

die materielle Seite der Angelegenheit anbelange, so habe er seinen Standpunkt erst vor kurzem in der Ersten Kammer dargelegt. Die sächsische Regierung werde nach wie vor im Interesse der finanziellen und politischen Selbständigkeit des Königreiches sich gegen die Einführung direkter Reichsteuern wehren. Auch für die Erhebung der Matrifularbeiträge nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit werde Sachsen nicht zu haben sein.

Die Erklärung des sächsischen Finanzministers auf die Anfrage des konservativen Führers läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die Forderung des konservativen Delegierten, keine direkten Reichsteuern zuzulassen, ist für die Regierung Sachsens wie Preußens Befehl. Damit ist aber der ganze Plan gescheitert, denn zu einer Reform der Matrifularbeiträge bedarf es der Zustimmung der Einzelstaaten. Die schöne Hoffnung der Liberalen ist also vernichtet.

Da Fürst Bülow die Erklärungen Rheinbabens gegen alle direkten Reichsteuern akzeptiert hat, bleiben nunmehr zur Deckung des Defizits nur die indirekten Steuern oder, was für die Volksmassen auf daselbe hinauskommt, die Monopole übrig. In der Tat betreibt die Regierung den Plan des Branntweinmonopols mit Nachdruck. Bereits in den nächsten Tagen wird sich der Bundesrat, dem die Vorlage des Reichsschatkammes zugegangen ist, mit dieser beschäftigen. Ueber den Inhalt der Vorlage erfährt das „Berl. Tageblatt“ folgende Details:

Nach dem Plane des Reichsschatkammes handelt es sich nun doch nicht, wie man nach den offiziellen Erklärungen bisher annehmen mußte, um ein bloßes Handelsmonopol, sondern um eine Kombination von Produktions- und Handelsmonopol. Nicht nur die Spirituszentrale soll übernommen, von den etwa 100 bestehenden Spiritusfabriken sollen außerdem etwa 40 bis 50 angekauft werden. Für die Spiritusfabriken ist eine Abfindung vorgesehen, für die als Maßstab der Schuldbeiträge der Zentrale in bezug auf Dauer und Menge zugrunde gelegt werden soll. Der Schuldbeitragsvertrag wird mit Eintritt des Monopols hinfällig.

Die Abfindung besteht in einer einmaligen Entschädigung in der ungefähren Höhe des Reinertrages mit einem Aufschlage, der die Entschädigung für die dauernde Aufgabe des Betriebes darstellen soll, soweit das Reich nicht die einzelnen Betriebe in seinen Diensten weiter beschäftigt. Für diese wird die Frage der Entschädigungen anderweitig geregelt.

Im allgemeinen ist, wie gesagt, für das Reich das Recht vorbehalten, die ihm geeignet erscheinenden Spiritusfabriken nach der Entschädigung zu erwerben, wobei die Gebäude und Betriebe nach ihrem gegenwärtigen technischen Werte bezahlt werden. Von sachverständiger Seite wird berechnet, daß für die gesamte Entschädigung der Spiritusfabriken mit der künftigen Liebernahme der geeigneten Betriebe zusammen eine einmalige Aufwendung von 60 Millionen Mark erforderlich sein dürfte.

Wir haben schon auf die außerordentlichen Gefahren des Branntweinmonopols aufmerksam gemacht. Für die Konservativen bedeutet die Kollage des Reiches nichts als eine Gelegenheit zu einer neuen Erpressung. Sie wissen ganz genau, daß der unerhörte Skandal der Branntweinliebhaberei absolut nicht auf die Dauer aufrecht zu erhalten ist. Sie wollen deshalb die Verlegenheit des Reiches dazu ausnützen, um sich einen weit höheren Extraprofit, als die Liebesgabe ausmacht, zu sichern. Zugleich schafft das Monopol mit einem Schlage eine Unzahl von Existenzen, die wirtschaftlich vom Staate vollständig abhängig sind. Daß den Konservativen ein solches Gesetz, das ihrer klassen neue Befriedigung gewährt, sehr passen würde, glauben wir gerne. Aber trotz allen Mißtrauens, das wir den liberalen Parteien entgegenbringen, können wir nicht annehmen, daß sie einen so schmähligen Verrat, wie es die Zustimmung zu diesem gefährlichen Monopol wäre, zu begehen wagen. Die Regierung braucht aber notwendig die Finanzreform. Der Reichstag ist daher in einer glänzenden Position. Das deutsche Parlament vermag wirklich einmal Macht auszuüben. Bleiben die liberalen Parteien fest, so müssen die verbündeten Regierungen unbedingt nachgeben. Wenn noch ein Funken von Verantwortlichkeitsgefühl in den liberalen Parteien lebt, so können sie nicht das deutsche Volk dem Terrorismus der sächsischen und preussischen Junker ausliefern. In der Frage der Finanzreform gibt es jetzt nur mehr ein Entweder — Oder. Wer für indirekte Steuern stimmt, ist ein Verräter der Volkrechte.

Der Displacementswettbewerb.

Man schreibt uns:

Es ist schon die fortgesetzte Vermehrung der Linienschiffe von verhältnißvollem Einfluß auf die Reichsfinanzen, so in noch höherem Maße die ständige Steigerung des Displacements, die durch die Verstärkung der schweren Artillerie, durch die Verbesserung des Panzerschutzes und durch die Vergrößerung der Maschinenleistung zum Zwecke erhöhter Geschwindigkeit verursacht wird. In welchem Tempo die vorbezeichneten Faktoren das Displacement bisher hochgetrieben

haben, das geht aus der nachstehenden Tabelle hervor, die nur die Linienschiffe enthält, die zur Zeit ihres Stapellaufes als die größten der Welt gelten konnten.

Name des Schiffes	Nation	Baujahr	Displacement
„Edinburgh“	England	1882	9 750 Tonnen
„Trafalgar“	„	1887	12 130 „
„Good“	„	1891	14 876 „
„Rajestic“	„	1895	15 138 „
„Formidable“	„	1898	15 240 „
„King Edward VII“	„	1903	16 612 „

Die Tabelle zeigt, daß es stets England gewesen ist, das mit der Steigerung der Schiffdimensionen voranging. Nach dem ostasiatischen Kriege ist aber eine neue Ära des Schlachtschiffbaus angebrochen, und ein geradezu wahrwüthiger Displacementswettbewerb, den die folgende Zusammenstellung nur zum Teil widerspiegeln kann, hat begonnen.

Name des Schiffes	Nation	Baujahr	Displacement
„Africa“	England	1906	16 612 Tonnen
„Dreadnought“	„	1906	18 157 „
„Vellerothon“	„	„	18 898 „
„Suzuma“	Japan	„	19 200 „
„Ati“	„	1907	19 800 „
Linienschiff „E“	im Bau	„	21 000 „
Linienschiff „N“	Rußland	„	21 800 „
„Delaware“	Amerika	„	22 500 „

„Africa“ war das letzte englische Schiff, bei dem die Kriegserfahrungen noch nicht berücksichtigt waren; es war eben vor Ausbruch des Krieges in Bau gegeben worden. Dann aber schufen die Engländer ihr Rekordschiff „Dreadnought“, das über die beispiellose starke Armierung von zehn 30,5 Zentimetergeschützen verfügte. Japan, Rußland und Amerika haben aber, wie die Tabelle zeigt, in ihren neuesten Typen die Größe des „Dreadnought“ erheblich überschritten, und wie verlannt, soll das Displacement der neuesten amerikanischen Projekte bereits 25 000 Tonnen betragen.

Erwähnt sei, daß das Displacement der im Bau befindlichen deutschen Schiffe („Sachsen“-Klasse) dem der „Dreadnought“ gleichkommt. Die Schiffe dieser Klasse haben die außerordentlich starke Armierung von 16 28 Zentimetergeschützen, die demnach aufgestellt sind, daß sie sämtlich nach beiden Seiten feuern können. Die 28 Zentimeterkanonen haben vor den 30,5 Zentimeterkanonen verschiedene Vorzüge: Feuereschwindigkeit und Treffergenauigkeit sind größer, die Rohr-abmahlung ist dagegen erheblich geringer. Da die „Dreadnought“ von ihren 10 30,5 Zentimeterkanonen nur 8 nach einer Seite in Aktion treten zu lassen kann, so ergibt sich, daß sie in 1 Minute bei einem Geschossgewicht von 385 Kilogramm nur 3000 Kilogramm Munition verfeuern kann, während es die deutsche „Sachsen“-Klasse bei 345 Kilogramm Geschossgewicht im gleichen Zeitraum auf ungefähr 6000 Kilogramm bringt. Sind also auch die neuen deutschen Schiffe der „Dreadnought“ artilleristisch erheblich überlegen, so werden nunmehr die Flottentreiber die Regierung drängen, den Wettkampf mit den allernuesten Typen der fremdländischen Marinen anzunehmen. Es ist eben das alte Lied: Das Rekordschiff von heute gehört morgen zum „alten Eisen“.

Wie weit nun die einzelnen Seemächte in dem Bestreben, die Gefechtsstärke ihrer Schiffe zu erhöhen, die Steigerung des Displacements fördern werden, entzieht sich jeder Berechnung. Nur das eine ist sicher, daß nämlich keine Macht vom Ebenbürtigkeitsprinzip abweichen und daß daher keine Macht einen nennenswerten Vorsprung bei dem Displacementswettbewerb haben wird!

Dieser gewaltigen Displacementssteigerung parallel geht natürlich eine nicht minder riesenhafte Steigerung der Baukosten. Während der deutsche Etat von 1905 die Kosten eines Linienschiffes zu 24,3 Millionen Mark berechnete, werden die Schiffe der „Sachsen“-Klasse bereits über 40 Millionen Mark kosten, und die Gesamtkosten des russischen Linienschiffes „N“ sind gar auf 60 Millionen veranschlagt. Dieses ungeheuerliche Emporschnellen der Baukosten gibt selbst Staatsmännern zu Bedenken Anlaß, und bezeichnend ist es, daß gerade Präsident Roosevelt, dessen Land augenblicklich die größten Schiffe im Bau hat, einer internationalen Festsetzung der Displacementgrenzen das Wort redete. Allerdings gab er auch gleich der Meinung Ausdruck, daß in absehbarer Zeit nicht an die Verwirklichung dieses Wunsches zu denken sei.

Selbstverständlich gibt es auch innerhalb der Marinekonstrukteure und Seecoffiziere Stimmen, die von einer weiteren Erhöhung des Displacements ganz energisch abraten. Sie weisen darauf hin, daß der Gewinn an Gefechtsstärke in gar keinem Verhältnis zur Vergrößerung des Displacements steht. Und auch Mahan, der hervorragendste amerikanische Marinehistoriker, ist der Ansicht, daß der Zuwachs an Gefechtswert nicht im Verhältnis zu der damit verbundenen enormen Mehrbelastung des Budgets steht, daß es also vorteilhafter ist, kleinere Schiffe zu bauen.

Wir halten, wenigstens was Deutschland anbelangt, auch den letzten Vorschlag nicht für richtig. Zieht man nämlich die großartigen Erfolge des Torpedobootes im ostasiatischen Kriege und die neuesten Fortschritte im Torpedowesen in Betracht, und erwägt man dann weiter, daß die Entwidlung der Torpedowaffe noch lange nicht abgeschlossen ist, so ersieht man, daß diejenigen durchaus nicht geirrt sind, die den Bau von Panzerschiffen aus ökonomischen Gründen als eine zu große und gewagte Geldausgabe belächeln, die in dem Torpedo eine wirksame Defensiv- und Küstenverteidigungswaffe erblicken und daher die Notwendigkeit einer starken Schiffsflotte zum Zwecke der Verteidigung unserer Küsten überhaupt in Abrede stellen.

Herrn Harden ist nicht wohl!

Im kleinen Schwurgerichtssaal des Kriminalgerichts zu Moabit — vor einigen Wochen war's, bei der Verhandlung der Privatbeleidigungsklage des Grafen Kuno Roltke wider den Schriftsteller Maximilian Harden — sprach der Justizrat Vernstein, als der Verteidiger des Beklagten, mit faktatischer Betonung den Satz: „Ich ersehe daraus (aus einem ärztlichen Attest über den Gesundheitszustand des Liebendbergers), daß dem Fürsten Philipp Eulenburg nicht wohl ist.“ Wenn Herr Sello, der Rechtsbeistand des Nebenklägers Grafen Roltke, hohhaft sein wollte, er könnte daselbe heute mit demselben faktatischen Tonfall von Herrn Harden sagen, wenn seine Verteidiger sich in wohltemperierten Sätzen auf das gefährdete Leben ihres Klienten ergehen: Dem Herausgeber der „Zukunft“ ist durchaus nicht wohl und das nicht bloß wegen der ärztlich attestierten Rippenfellentzündungsreizung, sondern mehr, weil uns scheinen, wegen des nicht zustande gekommenen Vergleiches.

Aber er ist gekommen, obgleich ihm nicht wohl ist und der Prozeß hat begonnen. Mit zwiespältigen Empfindungen sehen wir ihn anheben. Was wir über Herrn Hardens Vaterlandsretter-Rolle denken, haben wir in der Besprechung des Schöffengerichtsprozesses deutlich genug gesagt. Damals konnte man ihn ruhig angreifen, denn er war in dem Kampf der Kamarillen der Beginnstage und er wußte die Situation nichtschuldig für sich und wider den Gegner zu nützen. Heute ist er ein Verfolgter. Heute hat sich die Lage zugunsten seines Gegners geneigt. Während fordert die Junterpresse den Kopf des Vermeßenen, der es gewagt hat, Glieder der herrschenden Junterklasse dem Volke naht zu zeigen. Das alte Schauspiel droht sich zu wiederholen, das landesübliche, daß der Zeitungsschreiber, der sich unterfing, den Mantel von der Scham der Herrschenden zu lüften, der sich unterfing, auf faule Stellen der Gesellschaft zu weisen, ins Gefängnis spaziert. Die Enthüllungen des Schöffengerichtsprozesses haben der Staatsanwaltschaft die Erkenntnis vermittelt, daß die Beleidigung des Grafen Kuno v. Roltke im öffentlichen Interesse geführt werden muß. Diese nachträgliche Erkenntnis hat für die Öffentlichkeit bitteren Beigeschmack — das „Berliner Tageblatt“ war's, das dieser Tage die Justizverwaltung beschwor, alles zu vermeiden, was den Anschein von Stabilität zu erwecken könne. Einerlei, wie man über die Persönlichkeit Maximilian Hardens denken mag, und so sehr man über die naive Vorstellung des patriotischen Phylister lächeln muß, daß die Befestigung einer Kamarilla eine Vaterlandsrettung sei, mit einigem Recht konnte Harden verlangen, daß man in seinem jetzigen Prozeß einen Kampf um Pressefreiheit, einen Kampf um das Recht der Kritik erblicke.

Aber wenn man den Prozeß Harden als einen solchen Kampf anerkennen soll, dann muß ein Kämpfer da sein. Dann muß der Mann da sein, der unbestimmt um die Folgen vertritt, was er gesagt und geschrieben hat. Und dieser Mann ist Harden nicht. Das hat der erste Tag des Prozesses deutlich gezeigt. Auf dem Plage des Angeklagten sitzt ein Mann, dem nicht wohl ist, aber kein Kämpfer. Ein Mann, der nichts gesagt, nichts getan haben will. Wo ist der selbstgefällige Kämpfer aus der Schöffengerichtsverhandlung geblieben? Der kofette Held, der sich den Huttenischen Wahlspruch: „Ich hab's gewagt!“ ans elegant geackelte Wams heftete? Jetzt, da es Ernst wurde, will Herr Harden nichts gesagt haben. Damals der großspurige Hinweis, daß den Zeitungsschreiber, der solches wie er ohne haltbare Unterlage geschrieben, längst der Staatsanwalt gepackt, daß die Gefängniszelle ihn aufgenommen hätte. Heute weiß Herr Harden ganz genau, daß die Absicht, solche Angriffe zu machen, niemals „in seiner Seele“ gewesen ist. Die Situation ist heute eine andere und Herr Harden ist nicht mehr derselbe.

Ein Vergleich liegt in der Luft, schrieben wir am Montag. Es ist nicht zustande gekommen. Aber es scheint, Herrn Harden liegt sehr viel daran, daß er noch zustande kommt. Das ist seine Sache, in die wir gewiß nicht hineintreden wollen.

Wir gönnen ihm von ganzem Herzen, daß ihm wieder wohl werde. Aber der gute Geschmack sollte ihm sagen, daß er dann die Pose des Vaterlandsretters schleunigst ablegen muß.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 19. Dezember 1907.

Trotha als Kolonialaktionär.

General v. Trotha, der ehemalige Oberkommandierende in Südwestafrika, ist nach dem Vorbild des Erninsters v. Podbielski unter die Kolonialaktionäre gegangen. Zwar nicht als Teilhaber der Firma Toppelstrich, sondern als Teilhaber einer neugegründeten „Südwestafrikanischen Transport- und Handelsgesellschaft“. Diese Gesellschaft n. b. G. „bezwackt“, wie das Scherblatt mittelt, „die Erschließung des Schutzgebietes durch Einrichtung eines Verkehrs von Lastautomobilen, welche die vorhandenen Eisenbahnrouten miteinander verbinden sollen“. Das Reichskolonialamt hat der Gesellschaft bereits bis zum Jahre 1915 die Konzession erteilt.

Unsere Kolonialpresse wird diese Gründung wahrscheinlich als eine dankenswerte Tat deutscher Kapitalisten darzustellen suchen. In Wirklichkeit aber handelt es sich nur wiederum um ein Kolonialgeschäft einiger feudaler und der Handelsaristokratie angehöriger Herren, für die das deutsche Volk den Rebbach aus seiner Tasche zu zahlen hat!

Denn zu „erschließen“ gibt es in West- und Ostafrika nichts. Die ganze „Kolonie“ lebt von den 5000 Mann Schutztruppen- und Polizeitruppenmannschaften, für die die deutschen Steuerzahler jährlich 30—40 Millionen blechen müssen! Die Transporte der Lastautomobil-Gesellschaft dienen direkt und indirekt lediglich der Verpflegung dieser Schutztruppe, denn auch alle Händler und Farmer leben ja von ihr!

Die Trotha und Konjorten heimsen also nur die Zinsen der 600 Millionen ein, die uns der südwestafrikanische Kolonialschuldwandel bisher gekostet hat!

Als es noch keine Eisenbahnen und keine so starke Schutztruppe gab, hüteten sich unsere Kapitalisten, durch Lastautomobile das Land zu „erschließen“. Heute, wo der Gewinn auf Kosten der Gesamtheit garantiert ist — solange wenigstens die 5000 Mann Schutztruppen in West- und Ostafrika bleiben — gründet man die famose „Verkehrs- und Handelsgesellschaft“. Der Ausrottungsstrategie und seine Geschäftsfreunde stecken den Profit ein, den ihnen die koloniale Steuerfahne ohne jedes Risiko in den Schoß wirft!

So wird's gemacht! —

Die Wiedergabe von Gerichtsverhandlungen stört die öffentliche Ordnung.

So lautet die salomonische Sentenz der Zensur, die ja in Preußen tatsächlich noch gehört wird. Und das Oberverwaltungsgericht billigte am Montag diese neueste Urteilsentscheidung preussischer Kultur. „Vor dem Schöffengericht“ teilte sich der Einakter eines Breslauer Rechtsanwalts. Ihn wollte der Theaterdirektor Erich Jügel in Breslau zur Ausführung bringen. Der Polizeipräsident verbot die Ausführung wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung. Das Schöffengericht ist recht harmlos. Es gibt nur einen Ausschnitt aus einer Schöffengerichtsverhandlung. Das aber sollte ihm gerade zum Verhängnis werden. Wenn der Vorhang sich gehoben hat, spielt sich vor dem Schöffengericht die letzte Szene der Verhandlung eines Schöffengerichtes ab. Es kommt dann — und das ist der eigentliche Inhalt — die Sache eines jungen Arbeiters zur Verhandlung, der aus Eifersucht einem Fabrikanten mit dem Spazierstock den Hinterschädel eingetrieben und ihm einen Faustschlag gegeben hat. Er kommt mit einer milden Geldstrafe davon, weil der Gerichtshof ihm allerlei zugute hält. Mit der Frau, die er in dem jetzt als falsch erkannten Verdacht hatte, sie wolle ihn mit jenem Fabrikanten hintergehen, verabschiedet sich der junge Mann während der Beratung. Das ist so der Kern des einfachen Vorgangs, den noch einige moralische und humoristische Episoden aufzuziehen. Der Vorhang fällt, nachdem die nächste Sache aufgerufen ist und der nächste Angeklagte seine Vermahnung wegen scheinbarer „Anbeuerung“ weg hat.

Der Theaterdirektor Jügel beschwerte sich wegen des Ausführungsverbotes vergeblich beim Oberpräsidenten der Provinz Schlesien und klagte dann beim Oberverwaltungsgericht. Vor diesem vertrat ihn der Verfasser des Stückes. Er betonte, daß er nur eine Schöffengerichtsverhandlung geschildert habe, wie sie sich in Wirklichkeit abspiele. Es werde auch keinesfalls der Eindruck erweckt, daß eine staatliche Institution, insbesondere die Institution des Gerichtshofes lächerlich gemacht würde. Es hätte ihm auch völlig ferngelegen, etwa das preussische Gerichtsverfahren lächerlich zu machen. Die Wiedergabe des Stückes mache im Gegenteil den Eindruck, daß auch einfache Leute zu ihrem Rechte kämen. Und wenn auf der Bühne dreimal Eide geleistet würden, worauf der Oberpräsident verweise, so sei doch bekannt, daß in zahlreichen Theaterstücken gottesdienstliche Handlungen vorgenommen würden.

Das Oberverwaltungsgericht in Berlin wies die Klage mit folgender Begründung ab: Der Gerichtshof beweise gar nicht die Verletzung des Verfassers, daß es nicht seine Absicht gewesen sei, gerichtliche Verhandlungen und Autoritäten herabzusetzen. Es handele sich aber nicht um die Absicht, sondern um dasjenige, was objektiv dargestellt werde, und darum, welchen Eindruck es machen müsse. Der Gerichtshof sei nun der Ansicht, daß es an sich durchaus zulässig wäre, eine Gerichtsverhandlung in einem größeren Drama zu bringen, wo eine solche Verhandlung hineinpasse als ein notwendiges Glied der weiteren Entwicklung der sonstigen Handlung. Das liege hier nicht vor. Schon daß das Ende des vorigen Schöffensalles und der Anfang des nächsten Schöffensalles hineingezogen würden in den Bühnenvorgang müsse den Eindruck erwecken, daß es sich handele um die naturgetreue Darstellung einer Gerichtsverhandlung als des Ausschnittes einer fortwährenden Schöffengerichtsverhandlung, die unter staatlicher Autorität vor sich gehe. Das halte der Senat für der öffentlichen Ordnung zuwiderlaufend und für unzulässig. Das genüge schon für das Verbot. Hinzu komme hier noch, daß einige dialektische Einfügungen des Verfassers, die in sich trockene Verhandlung dem Publikum schmackhaft machen sollten, nicht so wirkte, daß der Ernst einer solchen Verhandlung beim Publikum gewahrt werde.

Wenn schon die Wiedergabe einer Gerichtsverhandlung gegen die öffentliche Ordnung verstößt — wie steht es dann mit der wirklichen Gerichtsverhandlung? —

Ein Paasche-Dementi.

Die „Kreuznacher Zeitung“ veröffentlicht folgenden Brief des Abg. Paasche, den er am 7. Februar 1906 an einen Parteigenossen des Wahlkreises Kreuznach-Simmern schrieb:

„Ich habe die Notiz des „Berliner Tageblattes“ über meine Berufung in das Kolonialamt bereits durch die „Nationalliberale Korrespondenz“ dementieren lassen.“

Ich darf Ihnen aber persönlich bemerken, daß es diesbezüglich doch gut ist, dort die Berberereitungen zum Wahlkampf nicht zu weit hinauszuschleichen; denn ich bin tatsächlich vom Reichszentralamt um Uebnahme des Unterstaatssekretariats gebeten worden. Die Verhandlungen können natürlich erst zum Abschluß kommen, nachdem die Stelle etatsmäßig bewilligt ist. Meine hiesigen politischen Freunde raten mir freilich zur Ablehnung des Angebotes; doch glaube ich, daß man mir gestatten würde, im Parlament zu bleiben; — falls mich die Kreuznacher wieder haben wollen.“

Dies alles zu Ihrer persönlichen Information ganz vertraulich. Sie können sich denken, daß ich jetzt öffentlich nicht die Wahrheit sagen kann. Ihr erg. Dr. Paasche.“

Das Dementi bezog sich auf die, wie sich bereits herausgestellt hat, ganz richtigen Mitteilungen des „Berl. Tagbl.“ über Verhandlungen, die mit Herrn Paasche betrefte seines Eintritts in die Kolonialverwaltung geführt wurden. Da die Mitteilung richtig war, wurde sie sofort dementiert, wieder ein gutes Beispiel dafür, welchen Wert derartige Dementis haben. Nebenbei hat dieselbe „Nat.-Lib. Korresp.“, die damals die Meldung dementierte, dies bereits vergessen. In der vorigen Woche hat sie nämlich selbst mitgeteilt, daß im vorigen Frühjahr mit dem Herren Paasche und Hagemann wegen ihres Eintritts in das neu zu begründende Kolonialamt verhandelt worden sei!

Herrn Paasches Pech ist, daß er zu früh ministerielle Gewohnheiten angenommen hat. Als Minister hätte er wahrscheinlich mit Ablehnungsversuchen mehr Glück; denn wenn auch das, was ein Minister sagt, nicht wahr zu sein braucht, so gibt es doch genug Leute, die so gefällig sind, es für wahr zu halten. Da Herr Paasche das wahrheitswidrige Dementieren nicht lassen kann, muß er unbedingt Minister werden; fehlen ihm auch sonst so manche Fähigkeiten, im Dementieren genügt er den weitgehendsten Ansprüchen. —

Wies.

Das Blatt des Herrn Wiemer füllt 1 1/2 Spalten mit allerhand Ungereimtheiten über „sozialdemokratische Schädigung der Arbeiterinteressen.“ So weit in dem konfusigen Gerede ein leitender Gedanke zu erkennen ist, besteht er darin, daß die Sozialdemokratie das Verbrechen begangen habe, die Arbeiter zur Solidarität der Interessen zu erziehen, das heißt die Entsehung einer der proletarischen Interessen entfremdeten Arbeiteraristokratie zu verhindern, die sich — wie das zeitweilig beispielsweise in England der Fall war — um die Lage der großen Masse der nicht gelernten Arbeiter nicht kümmert, sondern egoistisch ihre Sonderinteressen verfolgt. Daß die Loslösung gewisser Schichten qualifizierter Arbeiter vom Gesamtproletariate dem Ausbeutertum sehr erwünscht ist, liegt auf der Hand. Der verstorbenen Sozialistenführer Max Lorenz hat ja oft genug dem Unternehmertum und der Reaktion den Rat gegeben, die Arbeiter nach dem Rezept „teile und herrsche“ zu unterjochen und anzubeten. Und es versteht sich ganz von selbst, daß die „Frei. Zig.“ darin mit Max Lorenz eines Sinnes ist.

Zimmerhin hätte Max Lorenz niemals so dummes Zeug geschrieben, wie die Sozialpolitiker des Wiemer-Blattes. Er würde die Arbeiter niemals für so idiotisch gehalten haben, der Sozial-

demokratie einen Vorwurf daraus machen zu können, daß der größte Teil des Proletariats nicht die Möglichkeit besitzt, sich dem Verufe eines gelernten Arbeiters zuzuwenden. Er wäre immerhin, wir wollen nicht einmal sagen: zu ehrlich, sicher aber zu intelligent gewesen, um das Proletariat selbst oder die Sozialdemokratie dafür verantwortlich zu machen, daß die Not die meisten Arbeiter zwingt, so rasch als möglich ihren Lebensunterhalt zu verdienen und daß die moderne industrielle Technik die qualifizierte Arbeit zum großen Teile überflüssig gemacht hat. So etwas weiß natürlich ein Wiener nicht!

Kennzeichnend für den blühenden Blödsinn des Artikels der „Frei. Zig.“ aber ist folgende Stelle:

„Die in dieser Richtung von der Sozialdemokratie seit mehreren Jahrzehnten betriebene „Gleichmacherei“ hat dem auch den Erfolg gehabt, daß die Arbeitsleistung des gelernten Arbeiters vielfach heruntergedrückt worden ist auf das Niveau der Leistung ungelernter Arbeiter. Aus den Kreisen der Industrie werden vielfach Klagen laut, daß, während ein Ueberflus an ungelernten Arbeitern vorhanden ist, gelernte Arbeiter nicht zu haben sind. Es ist dahin gekommen, daß tatsächlich gelernte Arbeiter häufig in eigenen Interessen besser daran tun, die Verrichtungen ungelernter Arbeiter zu übernehmen, als wenn sie in ihrem Beruf, in dem sie ausgebildet sind, Beschäftigung finden.“

Trotzdem also qualifizierte Arbeiter die Arbeit ungelerner Arbeiter übernehmen müssen, um ihre Existenz zu sichern, dürfte es nach der „Frei. Zig.“ womöglich überhaupt keine ungelerten Arbeiter geben! Der Ertrag für gelernte Arbeiter, die in Lohnkämpfe eingetreten sind, wäre dann freilich leichter! Man sieht, hinter dem Aufium birgt sich wenigstens ein dumm-pfiffiger Unternehmerrgedanke! —

Schwarzes Vieh.

Die Zeitschrift „März“ gibt folgendes Inserat aus der ostafrikanischen „Kambara-Post“ wieder:

Engelaufer

ein Nufuma, angeblich Gurasa heißend, unterseht, kräftig, rechtes Auge grauer Star. Ohne Entlassungsschein. Soweit zu ergründen, von Schamba in Gegend von Makinumbi. Der Herr sei „uzee“ und „fupi“, Name ihm unbekannt. Gegen Erstattung der Angehörigen abzuholen. Pflanzung Tanga, 27. August 07.

Ostafrika-Kompagnie.

Es handelt sich um keinen Hund ohne Steuerkarte, sondern um einen schwarzen Arbeiter. Und dabei sind wir nach Afrika gegangen, um die Sklaverei zu bekämpfen!

Selbst der Ex-Theologe und ehemalige Landeskommissar Dr. Koberbach empfahl letzter Tage in einem Vortrag, für alle Eingeborenen unserer Kolonien den Juchten in Gestalt des Arbeitszwangs einzuführen! Jeder Eingeborene soll also mindestens 30 Tage jährlich unentgeltliche Aulidienste für den Staat oder koloniale Ausbeuter verrichten! Auch alle Schulen, die die Eingeborenen etwas anderes lehren als manuelle Geschicklichkeit, verwarf Koberbach prinzipiell. Der Eingeborene soll eben nichts sein als das blinde, wehrlose Arbeitstier und Ausbeutungsobjekt für unsere kolonialen Freibeuter! Schwarzes Vieh! —

Schöffe Praktiken.

Eine ganze Anzahl bürgerlicher Wähler sind so unanständig, es so darzustellen, als ob Genosse Dr. Frank bei der Beratung des Gesetzesentwurfs über den Wechselprotest im Reichstage von den Postunterbeamten als von „Postkulis“ gesprochen habe. Diese „Ungenauigkeit“ dient natürlich nur dem löblichen Zwecke, die betreffenden Beamten gegen die Partei und ihren Redner ob solch vermeintlicher Beleidigung einzunehmen.

Wir wollen diesen schollen Praktiken gegenüber feststellen, daß Genosse Dr. Frank den Ausdruck „Postkulis“ nicht gebraucht hat, wie das amtliche Stenogramm anzeigt. Genosse Frank sprach vielmehr davon, daß die Vorlage den unteren Postbeamten mehr Verantwortung und mehr Arbeit auferlege und daß hieraus der Regierung die Verpflichtung erwachse, auch die Gehaltsverhältnisse dieser Angestellten aufzubessern!

Und aus diesem Eintreten unseres Genossen für die Postunterbeamten suchen bürgerliche Wähler durch entstellte Berichte eine Ehrenkränkung zu machen! —

Harden-Ressame. Volle vier Wochen hindurch wurde in einem Spezialitätentheater in Breslau für Abend dem Publikum ein seltsamer Genuss zuteil: Der Bioskop zeigte neben Monarchenempfangen, Automobilwettrennen und sonstigen Goldpokals eine an 3000 Bilder enthaltende Serie: „Maximilian Harden in seiner Villa im Grunewald.“ Und in welcher Vollständigkeit! Da fehlte auch kein Baumstumpf, kein Zaunloch und kein Hühnerstanz! Hardens Gänse und Enten, Karmel und sonstiges Viehzeug — alles wurde naturgetreu auf die Leinwand geworfen. Und erst „Er“. In unmaßstablicher Pose tritt er auf. Ganz Majestät. Ganz Intellekt. Stumm, träumend, nervös die Lippen bewegend. Und gramersfüllten Blickes schreitet er durch die Baumreihen und legt die gut gelegte Lode von Zeit zu Zeit an die richtige Stelle — zwischen Ohr und Mund an die bleiche Wangen. In der Hand ein Buch. Natürlich. Christliche Gedichte.

... Wenn man nicht an verschiedenen Bewegungen des Bioskophelden allzu deutlich gemerkt hätte, daß er die Pose eigens für den Resame-Bildapparat einstudiert und gemimt hat — wer weiß, welche Ovationen er eingestimmt hätte. So aber: Eilige Rühle. Keine Hand rühete sich.

Ein böser Traum.

Bist man in der „Frankfurter Zeitung“ einmal etwas Demokratisches finden, so muß man unter dem Strich suchen. Oben wird Wilsoptik verzapft; unten ist's amüsanter, wie folgendes nettes Gesprächchen zeigt:

„Ein Leser schreibt und: Man kann nicht vorsichtig genug sein in der Abendlektüre. Ich muß beim Lesen des Artikels der „Kreuzzeitung“ eingeschlafen sein. Wüßlich sah ich mich in einer Versammlung von Männern in Wassersteifen, die mich feindselig musterten. Sie hatten etwas Teufelmäßiges, kleine funkelnde Augen, aufwärts gesträubte Schnurrbartspitzen, die wie die Hauer aus den Mundwinkeln aufragten, und alle blühten in zweifellos böser Absicht auf meine Fußbekleidung. Ja, jetzt kommt mich zu Bewußtsein, ich trage Poststiefel! Da hat mich auch schon einer am Genick und fährt mich in ostelbischen Schnartron an: „Aphall, liberal, was? Hat wohl noch nie braves Schwein geschmeckt? Mensch ohne Kr und Halm, was suchst er hier?“ Ein anderer sagte mich an der Kehle — es war ein selbender Selbstbinder, zu meiner Schande gesagt — und inquirierte: „Woher stammt denn das Zammerbild?“ — Ich sammelte: „Aus Frankfurt.“ Ein dießsagendes „Aha!“ ging durch die Versammlung. „Was ist er?“ fragte ein Dritter. „Rechtsanwalt,“ flüsterte ich demütig. „Rechts-

verbrecher, Republikaner, überhaupt: Stadtkrieger! rante es im Chor. „Was sollen wir mit ihm machen?“ fragte ein anderer. „Gebt ihm die Wassertrüffel zu fressen!“ halle es wieder, „trete ihn nieder, den Kspalliberalen!“ Im Nu spürte ich ein halbes Duzend Stiefelstöße im Kreuz. „Gnade, meine Herren,“ rief ich, „zertreten Sie mich nicht, ich bin ja kein Bloch!“ „Bloch, sagt er? Nu, erst recht!“ Und von neuem begann die Prozedur. „Ich nehme alles zurück,“ flehte ich weiter. „Ich habe gesündigt, ich komme gar nicht aus Frankfurt, sondern aus dem Vogelberg, wo er am tiefsten ist. An meiner Bege grunzte das brave Schwein und es noch nach bestem Stillsitzen.“ Keine Gnade. „Ich will meine Adressatur niederlegen, mein Gymnasium und meine Universitätsstudien verlegen oder Corpsstudent werden! nur lassen Sie mich los!“ Noch immer spürte ich die Tritte. Da entsann ich mich zur rechten Zeit der „Kreuzzeitung“ und schrie: „Meine Herren, lassen Sie mich los, und ich werde Mitglied der freisinnigen Volkspartei!“ Da ging ein Schmunzeln durch die Reihen und der dickste sagte: „Na, lassen wir ihn laufen, wenn er schwört, daß er Wort hält.“ Noch einen wohlwollenden Klaps auf die untere Rückenhälfte bekam ich, und dann erwahte ich schweißgebadet. Von der Straße her rief er nach Altpolit. . . . Müssen Sie mich von dem Kluche nicht befreien? Ich zittere heute noch. — Ein Altpolitliberaler.

Oesterreich.

Die Wahl Daszynski erfolgte bei folgendem Stimmenverhältnis: Daszynski 6715, der Gegenkandidat Bura 2440.

Frankreich.

Zur Nachahmung empfohlen!

Paris, 10. Dezember. Der Finanzausschuß beschloß gestern bei Beratung des Marinebudgets, an der sich auch Marineminister Thomson beteiligte, die Marineausgaben um eine Million Franken zu verringern.

Die Absetzung einer lumpigen Million bedeutet ganz gewiß keine bestaunenswerte Tat; sie findet und verdient Beachtung nur um deswillen, weil wir uns ein deutsches Pendant zu diesem Vorgang schon gar nicht mehr vorzustellen vermögen: als da wäre Reduzierung des Marinebudgets im Beisein des Marineministers, ohne daß dieser einen Ohnmachtsanfall, Wutausbruch oder dergleichen bekäme. —

Das gefährdete Wahlgeheimnis.

Paris, 17. Dezember. (Fig. Ver.)

Die parlamentarische Maschine ist in einen ganz hoffnungslosen Zustand geraten. In der Deputiertenkammer will keine der großen Resolven, die auf dem radikalen Programm stehen, auch nur einen Schritt vorwärts rücken, und die kleinen Verbesserungen, die sie mit Ach und Krach fertig bringt, werden im Senat gefühllos zunichte gemacht.

So ist es auch dem Gesetz über die Sicherung des Wahlgeheimnisses ergangen, das die Deputiertenkammer im Mai beschlossen hat. Seine wichtigste Bestimmung, die auf die energische Intervention unseres Genossen Constant hin angenommen wurde, war die Einrichtung der Wahlzelle. 803 gegen 176 Stimmen sprachen sich für sie aus. Der Senat aber hat den Artikel über die Wahlzelle ohne Federlesen abgelehnt und damit das ganze Gesetz unbrauchbar gemacht. Dabei ist zu bedenken, daß die Bestimmung für die Wahl der Senatoren ohne Bedeutung ist.

Das Vorgehen des Senats bedeutet, wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich eine Einmischung in die Rechte der Deputiertenkammer, die sicher eher befragt ist, die Formen zu bestimmen, unter denen ihre Abgeordneten gewählt werden sollen. Die monarchistischen und republikanischen Reaktionen, die Krautjunker, Schlotbarone und Alienbesitzer im Oberhaus wollen nicht, daß die städtischen und namentlich die ländlichen Arbeiter ihren Stimmzettel ohne Kontrolle abgeben. Es ist die Klasse fürcht vor dem Sozialismus, die den Senat zu einem Verhalten betrogen hat, das selbst Blätter wie der „Temps“ provokatorisch und skandalös finden.

Italien.

Rast.

Am Mittwoch beriet die Deputiertenkammer den Bericht der Kammerkommission über die Frage, ob infolge der durch Artikel 45 der Statuten gegebenen Garantie Kast in den Stand gesetzt werden soll, seine Pflichten als Deputierter auszuüben. Nach lebhafter Beratung wurde in namentlicher Abstimmung mit 230 gegen 91 Stimmen bei 31 Stimmenthaltungen die von der Mehrheit der Kommission vorgeschlagene einfache Tagesordnung angenommen, womit der Auftrag zur Verhaftung Kasts als geschehäftig erklärt wird. — Die Regierung enthielt sich der Abstimmung, da es sich um parlamentarische Vorrechte handelte.

Finland.

Ein Heer von Heulern.

Petersburg, 19. Dezember. Nach einer Blättermeldung sieht die Entscheidung eines ganzen Armeekorps aus dem Militärbezirk Petersburg nach Finnland, angeblich zur Abhaltung von Wintermanövern (i) bevor. Dies wird vielfach als ein weiteres Zeichen eines bevorstehenden Umschwungs in der russisch-finnischen Politik betrachtet und mit der kürzlich viel besprochenen Ernennung des Generalmajors Sejn, des früheren Vertrauensmannes von Bobriss, zum Gehilfen des Generalgouverneurs von Finnland in Verbindung gebracht.

Persien.

Die Niederlage des Schahs.

Nach dem allgemeinen Eindruck zu schließen, macht die Parlamentspartei fortschreitend moralische Eroberungen, während die zum Schah haltender fragwürdigen Antinationalisten allmählich — bei mehr oder minder sanftem Nachdruck von Seiten des Volkes — das Gefühl für die traurige Rolle bekommen, die ihnen in dieser Phase persischer Geschichte zuteil geworden ist. Darum bröckelt wohl in den Reihen der Reaktionen, oder ist wenigstens numerisch zum Stillstand gekommen, wohingegen die Nationalisten sich manches Zuwachses zu erfreuen haben.

Aus der Stimmung heraus, die sich bei dieser Sachlage von selbst ergibt, mag in der Tat, wie das „B. Z.“ meldet, der Präsident des Parlaments am Mittwoch das große Wort gesprochen haben: „Wenn der Schah den Kampf will — wir sind bereit!“

Noch deutlicher scheint die Verschiebung der Machtgruppierung zuungunsten Muhammed Ali Mirzas aus dem Umstande hervorzugehen, daß dieser, offenbar um nicht den letzten, für ihn allenfalls noch günstigen Augenblick zu verpassen, in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag loszuschlagen beschloß! Die Ausführung dieses Planes wird unmöglich, weil keine wackeren Soldaten ihm zum Glück den Gehorsam weigerten, als er von ihnen forderte, sie sollten auf Vater, auf Mutter und Brüder schießen!

Das „B. Z.“ erhielt über diese Vorgänge folgendes Privattelegramm:

„Wir schwebten hier die Nacht, ohne es zu wissen, in großer Gefahr. Wie ich soeben erfahre, hatte der Schah nachts der Kosakenbrigade den Befehl erteilt, das Parlament zu bombardieren und dessen Verteidiger rücksichtslos anzugreifen. Die Folge wäre ein allgemeines Blutbad gewesen. Im letzten Augenblick riet der russische Kommandeur dem Schah von dem Unternehmen ab, weil er sich auf seine Leute nicht verlassen konnte! Die Kosaken, bekanntlich Verfer, weigerten sich einfach, zu marschieren. Der Schah zeigte sich infolgedessen wieder einmal zum Nachsehen geneigt. Er befahl, den Platz von seinen Anhängern räumen zu lassen, wenn der Medschläh (Parlament) ein gleiches tue. Da kein Teil dem andern traut, sind die Bewaffneten beiderseits zwar zurückgezogen worden, sie werden aber verborgen gehalten. Die Forderung des Schahs, ein neues Ministerium zu berufen, wird gegenwärtig im Parlament beraten. Eine große Gefahr liegt jetzt auch in der eventuellen vorläufigen Entlassung des von der Schahpartei herangezogenen Böbels, der nur auf Ordnung und Plünderung wartet, da jede Autorität untergraben ist.“

Auf die Furcht vor dem am Ende dieses Telegramms erwähnten Elementen ist es wohl zurückzuführen, daß man in Teheran Anstalten trifft, die Europäer zu ihrem Schutze in den Gefandtschaften aufzunehmen und persische Soldaten zu deren Bewachung zu fordern.

Aus einer Depesche, die uns kurz vor Redaktionsschluss zugeht, ist ersichtlich, daß der Schah gute Miene zu dem für ihn beinahe übel beendeten Spiel zu machen beginnt — ohne Zweifel das Allergeldeste, was er schließlich tun kann.

Die Depesche lautet: London, 19. Dezember. (B. Z. B.) Bei einer Sitzung der kaiserlich persischen Bank zu London teilte der Präsident mit, ihm sei von dem Bankverwalter in Teheran eine Kabeldepesche des Inbals zugegangen, daß die dortige Lage heute früh infolge der Verzögerungsumhandlungen von gestern abend wesentlich ruhiger sei. Die Verhandlung Kasse el Muls, Sala ed Daulchs und Korn ed Daulchs sei aufgehoben worden!

Amerika.

Die Abfertigung der Flotte nach dem Stillen Meere.

Schon Ende Juni dieses Jahres kündigte die Washingtoner Verwaltung nach vieler Geheimtueri und nach vielen Gerüchten an, daß eine amerikanische Flotte nach dem Stillen Ozean entsandt werden solle. Ueber den Zweck dieser kostspieligen Maßregel — die Fahrt dürfte mehr als 40 Millionen Mark kosten — wurden zwei verschiedene Angaben gemacht. Eine besagte, der Zweck sei eine Demonstration der amerikanischen Seemacht gegen Japan; die andere besagte, der Zweck sei, die Manövrierfähigkeit und die Schlachtfähigkeit der Flotte auf die Probe zu stellen.

Um die Mitte des Oktober sollte die Ankündigung ausgeführt werden, aber erst am letzten Montag konnte die Flotte in See gehen. Die erste Konzentration hat offenbar bedeutende Mängel an den Tag gebracht, sodas zwei Monate Zeit für Reparaturen erforderlich wurden. Die nach dem Stillen Meer entsandte Flotte besteht nunmehr in Summa aus 16 Linien Schiffen, 8 Kreuzern und 29 kleineren Kriegsfahrzeugen, insgesamt: aus 53 Schiffen!

Vor 55 Jahren — am 24. November 1852 — ging der amerikanische Kommodore Perry mit einem kleinen Geschwader in See und erreichte die Bucht von Jeddo im Juli 1853. Scharfen bemächtigte sich der Japaner, die sich schließlich gezwungen sahen, am 31. März 1854 einen Vertrag mit Amerika abzuschließen. Japan hatte eingesehen, daß es außerstande war, mit seinen wenigen Segelschiffen den Amerikanern entgegenzutreten.

Wie sehr hat sich seitdem die Lage geändert! Heute scheinen die Amerikaner Vorurteile zu hegen, wenigstens zeigen sie zum ersten Male in ihrer selbständigen Geschichte so etwas wie Furcht. Wurden doch vor der Abreise des Geschwaders sämtliche Japaner, die in der amerikanischen Flotte dienen, entlassen oder doch auf die zurückbleibenden Schiffe verkehrt!

In Japan sieht man der großen Erbedition mit gelassener Ruhe entgegen. Die Japaner sind also wahrscheinlich über den wirklichen Zweck der Expedition unterrichtet. . . . Ist dieser Zweck ein kriegerischer, so würden vermutlich die philippinischen Häfen, welche die Basis der amerikanischen Flotte bilden sollen, im geeigneten Momente von einem Teil der japanischen Flotte und Arzree besetzt werden, und es würde die japanische Kriegserklärung folgen. Die amerikanische Flotte wäre auf diese Weise ihrer Stützpunkte und Kohlenstationen beraubt und dennoch zum Kampfe gezwungen, also in eine Situation gedrängt, die mit der russischen Flotte im Kriege gegen Japan viel Ähnlichkeit hätte.

Angehts des Verhältnisses Großbritanniens zu Amerika und zu Japan ist es kein Wunder, daß die Engländer die Operationen der amerikanischen Flotte mit ganz besonderer Teilnahme beobachten und besprechen. Schon wird in England darauf hingewiesen, daß man neutral bleiben könne, wenn Japan formal der Angreifer sein sollte. Das heißt: falls Amerika aggressiv vorgeht, solle England sich einmischen.

Die „Times“ leitartikelte am Dienstag über die „Pazifische Fahrt“ mit vielen verlegenen Worten und diplomatischen Nichtsagen. Sie teilt Freundlichkeiten nach allen Seiten aus; denn es ist ihr offenbar recht unangenehm zumute. Sie schließt mit der Warnung, daß angehts der amerikanischen Anstrengungen zur Kriegsbereitschaft in beiden Ozeanen (in der amerikanischen Flottenpolitik gewinnt jetzt die Phrase vom „Two Ocean Standard“ an Geltung) England diesen Erscheinungen sehr genaue Aufmerksamkeit schenken müsse. —

Die russische Revolution.

Späte Erkenntnis.

Petersburg, 19. Dezember. Ein an den Kriegsminister gerichteter kaiserlicher Restrikt führt aus, daß eine der Hauptaufgaben des Kaisers die Festigung der Waffenmacht des Reiches sei und daß der Kaiser bereits eine Reihe von Maßnahmen zur Beförderung der Existenzverhältnisse der gemeinen Soldaten angeordnet habe. Er erkenne jetzt, daß auch eine Beförderung der materiellen Lage des Offizierskorps notwendig sei. Trotz der traurigen Ereignisse der vergangenen Jahre, welche den Wohlstand des Reiches schädigten und schwere Opfer und die äußerste Anspannung der Finanzmittel erforderten und trotz der hieraus sich ergebenden Vermehrung der Staatsausgaben sei es unbedingt notwendig, die Offiziersgehälter vom 1. Januar 1900 ab zu erhöhen.

In bezug auf die den gemeinen Soldaten zugebachten Maßnahmen zur Beförderung ihrer Existenzbedingungen verhält sich das Restrikt merkwürdig schweigsam. Es werden doch nicht etwa

„Besserungen“ der Art gemeint sein, wie die zur selben Zeit bekannt gegebene Verfügung, die Änderungen in der Bezeichnung sowie in der Uniformierung einzelner Regimenter vorzuzi. . .

Im übrigen scheint Nikolais — was man ihm gar nicht zugestanden hätte — „auf die alten Tage“ noch fähig zu sein, Erkenntnis und Belehrungen in sich aufzunehmen. Dieses neu entdeckte Talent kommt dem Jaren leider so spät, daß selbst mit seiner Hilfe die vielen Sünden der letzten Jahre kaum mehr gut gemacht werden können.

Judenverfolgungen.

Petersburg, 19. Dezember. Nach Meldungen aus Wladivostok erhielten fast sämtliche Juden den Befehl, die Stadt binnen vier Tagen zu verlassen. Nur denjenigen Juden, welche Grundbesitz haben, wurde eine dreiwöchige Frist gewährt.

Kommunales.

Stadterordneten-Versammlung.

36. Sitzung vom Donnerstag, den 19. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Der Platz des Vorsitzers auf der Präsidialestrade ist mit einem Blumenarrangement geschmückt, der Sessel bekrönt.

Die Sitzung wird nach 5 1/2 Uhr vom Vorsitzervertreter Richlet eröffnet, der vor der Tagesordnung dem Stadtv. Goffel das Wort erteilt.

Stadtv. Goffel richtet im Auftrage der Fraktion der Linken an den Vorsitz Dr. Langerhans eine längere Ansprache. Er würdigt in seinen Ausführungen die langjährige, regenreiche Tätigkeit des mit Ende des Jahres aus seinem Amte als Vorsteher scheidenden alten Herrn und schlägt: Nehmen Sie den Dank unserer Fraktion, die Sie mit Stolz den Ihrigen genannt hat, entgegen. Seien Sie überzeugt, in unserem Herzen werden Sie ständig und immer den ersten und den Ehrenplatz in alle Zukunft bewahren. (Bravo!) Zu Rat und Tat ein froh-frohlich Wiedersehen! (Beifall.)

Stadtv. Sanger (Soz.): Hochgeehrter Herr Vorsitz! Im Namen meiner Freunde habe ich die Ehre, Ihnen ein Wort des Dankes und des Wunsches in der Stunde zu sagen, wo Sie sich entschlossen haben zurückzutreten. Wir danken Ihnen insbesondere für die strenge Unparteilichkeit, die Sie allen Teilen der Versammlung gegenüber bewahrt haben, und für die freundliche, liebenswürdige Art, mit der Sie die Verhandlungen leiteten und die Rechte der einzelnen Gruppen wahrten. Wir danken Ihnen aber auch dafür, daß Sie als leuchtendes Vorbild der Eigenschaften des Bürgers und stets als Vorkämpfer vorgeschritten haben. Wir danken Ihnen, daß Sie zur Zeit des Niederganges bürgerlicher Auffassung als aufrechter Mann dastehen, daß Sie das Vertrauen der Mitbürger so zur Geltung gebracht haben, daß die Städteordnung, die Selbstverwaltung für Sie als unantastbares Sakrament gegolten hat. Wir danken Ihnen für die Mühe und Arbeit, die Sie dem Gemeinwohl geleistet haben und fügen ein Wort des Wunsches hinzu. Wir empfinden mit tiefem Bedauern, daß Sie bei Ihrem körperlichen Zustand nicht mehr glauben, die Last und Würde des Amtes auf sich nehmen zu können, aber gleich dem Vorredner sind wir auch der Meinung, daß gerade diese Entlastung dazu beizutragen wird, Sie als Mitglied noch lange Jahre in unseren Reihen wirken zu sehen. Wir wünschen, daß es Ihrer geistigen und körperlichen Kraft vergönnt sein möge, noch lange die Ehre der Versammlung zu sein, die Sie bisher gewiesen hat, und wünschen von ganzem Herzen, daß Ihr Lebensabend sich in voller Sonnenheit entfalten möge und daß Sie imstande seien, die liebgewordene Arbeit für die Sache der Stadt und der Bürgerschaft fortzusetzen und hoffen, zu unserer aufrichtigen Freude, zu unserer Belehrung und Führung Ihren Rat, wenn auch nicht mehr als Vorsteher, so doch als besonders geachteter und verehrter Senior, noch lange genießen mögen! (Beifall.)

Für die Freie Fraktion dankt Stadtv. Kommissen dem scheidenden Vorsteher, ebenso Stadtv. Rosenow für die Neue Linke.

Stadtv. Alkein (Soz.-fortschritt.) spricht als Vertreter der Kleinsten Fraktion dem Vorsteher besonderen Dank für die Unparteilichkeit und Liebenswürdigkeit seiner Geschäftsführung aus und hofft, daß der Vorsteher das demnächstige Jubiläum der Städteordnung in voller Frische erleben möge. (Beifall.)

Vorsteher Dr. Langerhans (mit bewegter Stimme): Es wird mir schwer, die Menge der mich bewegenden Dankesfühle noch zu steigern. Ich habe das Glück gehabt, Ihr Vertrauen mit erworben zu haben, und ich glaube, meine Amtsführung hat dieses Vertrauen einigermaßen gerechtfertigt. Einen Teil des Angenehmen, das mir die Herren gesagt haben, nehme ich an, gern an. Mein Lebensstreben war auf die Freiheit und das Glück meiner Mitbürger gerichtet. Ich habe das auch im Abgeordnetensaal verfolgt; aber hier habe ich meine Heimat gefunden. In mir selbst zweifelhaften Fällen in meiner Tätigkeit als Vorsteher habe ich gern nachgegeben und der Versammlung die Entscheidung überlassen. In dieser Arbeit war ich glücklich und ich fühle mich unter Ihnen zu Hause. Das hundertjährige Jubiläum der Städteordnung erfüllt mich mit Trauer, daß wir nicht weiter gekommen sind. Vergleichen Sie die Städteordnungen von 1808 und 1853, sie gelten noch heute unverändert. Aber gewonnen haben wir an Ansehen und auch bezüglich der Ausübung der Städteordnung. So haben wir es doch dahin gebracht, daß auch politische Debatten gestattet waren. Unser Kreis hier, die Mehrheit, sind alles Männer, die eigentlich dieselbe Bestimmung haben und sich in ihren Ansichten nur zu trennen scheinen; eins eins uns immer wieder, die Wohlfahrt unserer Mitbürger. Die erste Jugend aber ist, unseren Nächsten zu lieben und für ihn zu sorgen; hier haben wir die volle Gelegenheit dazu, wenn wir es auch manchmal falsch anfassen. Ich weiß, meine Mitbürger achten mich und haben mich gern; von Ihnen weiß ich keinen, der mir nicht persönlich bekannt ist, möchte sagen, befreundet ist. (Allseitiger Beifall.) Wollen wir Achtung haben und genießen, so werden wir allerdings etwas wie Bürgerstolz bewahren und großstehen müssen. Dieses zu erreichen war meine innerste Triebfeder. Dieses Bewußtsein ist für mein Alter ein außerordentliches Glück. Das Alter hat seine Beschränkungen, aber die werden dann ertragen. Ich werde die Erinnerung an jeden einzelnen von Ihnen als Freund mit bewahren. (Allseitiger Beifall.)

Darauf tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein.

In den Ausschuss zur Vorbereitung des Antrages Arons betreffend die Speisung bedürftiger Kinder von Stadtv. wegen hat die sozialdemokratische Fraktion die Stadterordneten Borgmann, Bruns und Manasse deputiert.

Vorweggenommen wird die Verichterstattung des Ausschusses über den Antrag Arons: „Den Magistrat zu ersuchen, dem Verein für Kinderwaisenkinder sofort die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, da mit derselben in der Lage ist, diesen Winter seinen Vereinszweck voll zur Durchführung zu bringen.“

Der Ausschuss empfiehlt folgende Beschlusfassung:

1. Die Versammlung ersucht den Magistrat, noch für diesen Winter Einrichtungen zu schaffen, welche es ermöglichen, daß diejenigen Schulkinder, welche noch erfolgter Feststellung im elterlichen Hause warmes Mittagessen nicht bekommen können, ein solches gegen Zahlung der Selbstkosten in der Schule erhalten. Kindern bedürftiger Eltern kann das Essen kostenlos gegeben werden, wenn die Refektoren oder die Schulkommission solches für notwendig erachten. Die Gewährung freien Essens soll nicht als Armenunterstützung gelten.

2. Für den Fall, daß der Magistrat diesem Beschlus nicht beitrifft, ihn zu ersuchen, dem Verein für Kinderwaisenkinder die Subvention von 3000 M. um 12 000 M. zu erhöhen.

Referent ist Stadtv. Sonnenfeld (N. L.). Stadtv. Kommissen (Fr. Fr.): Wir haben doch erhebliche Bedenken dagegen, daß eine so weittragende Frage so rasch gelöst werden kann. Es wird ein neues Prinzip in unsere Gemeindefähigkeit

Vom Kampf der Textilarbeiter.

Krefeld, 13. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Arbeitgeberverband in der Textilindustrie hat beschlossen, jede Verhandlung abzulehnen. Erfolgt am Sonnabend die Aufnahme der Arbeit nicht, dann werden die Arbeiter der verwandten Industriezweige ausgesperrt. Von der angekündigten Aussperrung werden 3000 Arbeiter betroffen. Die unorganisierten Arbeiter sollen vom Arbeitgeberverband unterstützt werden.

Die Krise im Flottenverein.

Frankfurt a. M., 10. Dezember. (B. G.) Der „Frankfurter Fig.“ wird aus dem Allgäu berichtet: Infolge der Vorgänge im Flottenverein hat der Vorstand der Ortsgruppe Küssen des Flottenvereins sein Amt niedergelegt und seinen Austritt aus dem Flottenverein erklärt. In Scheidegg hat der Vorstand der dortigen Ortsgruppe ebenfalls seine Stelle niedergelegt, mehrere Mitglieder traten aus. Die gleiche Meldung kommt aus Weiler. In Wiggerbach ist der größte Teil der Mitglieder ausgetreten und die Vorstandschaft trat zurück. In Badenhausen erklärte eine große Anzahl Mitglieder ihren Austritt aus dem Verein. In einer Resolution des Ausschusses der Ortsgruppe Kempten wird es als unmöglich bezeichnet, daß der bayerische Landesverband dem Reichsverbande weiter angehöre, solange Fürst Salza und General Keim den Vorsitz führen. Es sei aber notwendig, daß der bayerische Landesverband, wenn auch zeitweise getrennt vom Reichsverband, seine Tätigkeit fortsetze.

Das Recht des Streikpostens.

München, 10. Dezember. (B. L. V.) Die Kammer der Abgeordneten verhandelte heute über eine Interpellation der Sozialdemokraten wegen des Verhaltens der Münchener Polizei bei dem letzten Streik der Möbeltransportarbeiter. Nachdem Abgeordneter Schmid (Soz.) die Interpellation begründet hatte, erklärte Minister v. Bretsch, das Ministerium und die Polizeidirektion entschieden sich grundsätzlich jeden Eingreifen bei Streiks, solange nicht die öffentliche Ordnung gefährdet oder geschädigt werde; das sei aber bei dem Ausmaß der Möbelstreiks der Fall gewesen. Das Streikpostensuchen sei an und für sich erlaubt, nicht aber unter allen Umständen. Sobald es zu den aus Rücksicht auf die öffentliche Ruhe und Ordnung usw. erlassenen Vorschriften in Widerspruch gerate, sei es nicht mehr erlaubt. Das habe das oberste Landesgericht entschieden. Die Polizei habe keine Anweisungen erhalten, die tatsächlich oder rechtlich nicht gerechtfertigt gewesen wären. Im weiteren Verlaufe der Verhandlung erkannte Oswald (Z.) das Recht auf Streik an, durch welches aber nicht alles erlaubt werde. Die persönliche Freiheit und Sicherheit müsse aufrechterhalten werden. Die Organisationen müßten ihre Arbeiter so erziehen, daß sie keine Ausschreitungen begingen. Die Sozialdemokraten dürften Andererseits nicht drohlos machen. Abgeordneter Schmid (Soz.) betonte, daß das Streikpostensuchen ein wesentlicher Bestandteil des Koalitionsrechtes sei und unter allen Umständen erlaubt sein müsse. Abgeordneter Held (Z.) beurteilte das Verhalten der Sozialdemokraten in dem Streik in Mauthäuser. Abgeordneter Dr. Casselmann (Lib.) erkannte das Koalitionsrecht an, beurteilte die schwarzen Listen sowie die Reberse als unethisch, verlangte aber Anerkennung des Rechtes der Arbeitswilligen sowie des Koalitionsrechtes der Arbeitgeber. Nach weiterer Diskussion wurde die Besprechung geschlossen.

Erdröselung der städtischen Verwaltung.

Wissau, 10. Dezember. (B. L.) Ein amtlicher Erlaß ordnet an, daß die Generalräte vom 2. Januar des nächsten Jahres ab durch Verwaltungskommissionen ersetzt werden sollen. Dasselbe Dekret ermächtigt die Zivilgouverneure Verwaltungskommissionen zu ernennen, die von demselben Tage ab die jetzigen Municipal- und Gemeinderäte ersetzen sollen.

500 Minenarbeiter verschüttet!

Wittsburg, 10. Dezember. (B. L. V. Auf deutsch-antlantischem Kabel.) In der der Wittsburg Coal Company gehörigen Darenine fand heute vormittag eine heftige Explosion statt, die in weitem Umfange vernommen wurde. Unmittelbar nach der Explosion entfielen dicke Rauchwolken dem Minenschachte. Vierhundert Minenarbeiter sind verschüttet; man befürchtet, daß sie sämtlich umgekommen sind. Die Mine brennt.

Wittsburg, 10. Dezember. (B. L. V. Auf deutsch-antlantischem Kabel.) Nach der letzten Nachricht sollen durch die Explosion in der Darenine 500 Minenarbeiter verschüttet sein. Wittsburg, 10. Dezember. (B. L. V. Meldung der der Associated Press.) Wegen des gleich nach der Explosion in der Dare Mine ausgebrochenen Brandes ist es bis zum Nachmittag nicht gelungen, den verschütteten Hülse zu bringen, unter diesen befinden sich gegen 100 Amerikaner, der Rest soll zum großen Teil aus Ungarn bestehen, auch der Leiter des Werks ist unter den Verschütteten.

Sturz des Schah von Persien?

Tachris, 10. Dezember. (B. L. V. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Vorgänge in Teheran haben auch hier ein Echo gefunden. Heute morgen wurden im Bazar die Läden der Kaufleute geschlossen. Heute abend erhielten die Konsula von der Ortsbehörde die Mitteilung, daß nach eingegangenen Depeschen der Schah wegen Verletzung der Verfassung vom Volk entfernt sei.

Furchtbare Explosionskatastrophe — 25 Tote. Palermo, 10. Dezember. (B. L. V.) In einem Waffenladen in der Kastanienstraße, in dem auch eine Niederlage von Pulver und Dynamit unterhalten wird, ereignete sich eine Explosion, infolgedessen das Haus einstürzte. Fünfundsiebzig Personen wurden getötet, ungefähr hundert verletzt. Infolge der Explosion wurden alle Fensterböden in einem Umkreise von 50 Metern von dem Orte der Explosion zertrümmert. Zur Hilfeleistung traf das Militär und die Feuerwehr an dem Orte des Unglücks ein.

Palermo, 10. Dezember. (B. L. V.) Die Explosion in dem Waffenladen ereignete sich um 5.12 Uhr nachmittags. Der Laden war um diese Zeit geschlossen. Bis heute abend wurden 10 Tote und ungefähr 50 Verletzte aufgefunden, man befürchtet aber, daß noch mehr Opfer unter den Trümmern liegen, weil in den Stadwerken über dem Waffenladen sich ein Hotel befand, in dem Auswanderer logierten.

Tod des russischen Handelsministers. Petersburg, 10. Dezember. (B. L. V.) Heute abend verschied plötzlich während einer Galabandstellung im Marientheater der Handelsminister Philoffow.

65 000 M. zu bewilligen

(Aubauer der Arm bei der Mehrheit. Zurufe: „Es kann ja gar nicht darauf ankommen! Ihr beahlt ja keine Steuern!“) Das ist ein ganz ungehöriger Zuruf, der einen Ordnungsruf verdient. Unsere Forderung geht also nicht zu weit. Wir können andererseits keinen Antrag annehmen, der den Stempel der Unzulänglichkeit an der Stirne trägt. Andere Städte leisten in dieser Beziehung weit mehr als die große Reichshauptstadt Berlin. Wollen Sie dem Rotstand ernsthaft zu Leibe gehen, so werden Sie den Hauptantrag des Ausschusses annehmen müssen, sonst aber, wenn technische Hindernisse dagegen stehen, können Sie sich nicht ablösen mit der lumpigen Summe von 12 000 M., sondern müssen die höhere Summe bewilligen! (Lebhafte Beifall.)

Oberbürgermeister Kirchner: Ich muß Herrn Münsterberg gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, daß er die Resultate seiner Erhebungen nicht im Ausschuss vorbrachte sondern hier, weil hier ein besserer Resonanzboden dafür gegeben sei. Ich war es, der Herrn Münsterberg um solche Erhebungen ersucht hat, deren Ergebnis ich selbst erst heute erfuhr, und ich habe veranlaßt, daß Ihnen jetzt diese Ergebnisse mitgeteilt wurden.

Stadtv. Cassel (A. L.): Der Ausschuh Antrag will dem anerkannten Bedürfnis der Speisung armer Kinder in der Schule durchaus entsprechen. Aber wir wollen keine Einrichtungen schaffen, die den Eltern die Pflicht abnehmen, für ihre Kinder zu sorgen. (Zurufe: Mit Eurer Milchsuppe!) Der Geldpunkt spielt da gar nicht so sehr die Rolle, als die Zerrüttung des Hauses und des Familienlebens. Wir stellen den Antrag I, weil wir nicht glauben, daß der Magistrat mit der Sache durch den Verein fertig wird. Das Schreiben des Vereins an Herrn Vorgmann muß stetig gemacht. Es ist doch ein starkes Stück, wenn der Verein Behauptungen des Stadtschulrats Fißcher als „unrichtig“ erklärt. Sleptisch macht es auch, wenn der Verein alle Einwürfe als aus „feindseliger Gesinnung“ hervorgegangen charakterisiert. Wenn Vorgmann fragt, warum wir es doch, 12 000 M. zubilligen wollen, so haben doch auch die von ihm geforderten 65 000 M. gar keine Unterlage. Stadtrat Münsterberg hat nach meiner Auffassung als Dezentent des Armenwesens sehr wohl die Pflicht, Erhebungen darüber anzustellen, ob Eltern ihre Pflicht gegenüber ihren Kindern bezüglich der Ernährung getan haben. Nehmen Sie unsere Anträge an, um dem Uebel zu steuern, soweit es vorhanden ist.

Stadtv. Dr. Büttow (Fr. Fr.): Durch die Ausführungen des Stadtrats Münsterberg ist auch jener Teil meiner Freunde dazu gekommen, den Antrag II abzulehnen, der bisher geneigt war, dafür zu stimmen. Es muß erst der Nachweis geführt werden, daß die Tätigkeit des Vereins eine zureichende ist, bis dahin können wir ihm keine bestimmten Mittel zur Verfügung stellen. Wir werden den Antrag I annehmen. Redner stellt dann unter anderem unter lebhaftem Hört! Hört! bei der Mehrheit aus den angeführten Erhebungen fest, daß bei 13 oder 16 Kindern, die ohne Frühstück in die Schule gekommen seien, die Mütter zu spät aufgestanden seien. Stadtschulrat Fißcher: Die eingegangenen Berichte erkennen das Bedürfnis allgemein an, erheben aber auch Bedenken bezüglich der Zuverlässigkeit der richtigen Verteilung. Der Verein hat sich sorgsam behütet, die Ermittlungen der Schulbehörde gelten zu lassen. In einzelnen Fällen sind die Schuldiener die Kochschere gewesen.

Stadtv. Dr. Brenß (Soz.-fortsch.): Es wäre ein kolossales Lob für den Verein, wenn allein seine Agitation es zu den jetzt erörterten Maßnahmen gebracht hätte. Die Kochschere haben für den Verein doch ein höchst günstiges Resultat geliefert; ich weiß nicht, ob entsprechende Kochschere bei der Armenverwaltung nicht eine größere Verhältniszahl Fauler und Unberühmter herauskäme. Für die Schulverwaltung fällt die Erwägung fort, ob die Eltern nicht können oder nicht wollen, ob die Mütter rechtzeitig aufstehen oder krank sind; die Kinder müssen frisch sein. Wenn das Familienleben zerrüttet ist, so ist es oft aus Not zerrüttet. (Stadtv. Hirtz: Sehr richtig!) Wir halten die Kennung einer bestimmten Summe für gleichgültig; mag der Magistrat sie nach dem Bedürfnis entscheiden.

Stadtv. Cassel teilt mit, daß seine Fraktion mit Rücksicht auf die Erklärungen des Stadtrats den Antrag II nicht mehr aufrecht erhalte.

Stadtv. Borgmann: Wir sind es ja gewohnt, daß die Regierung über unsere Köpfe hinweg die Vektoren zu Erhebungen veranlaßt, aber der Magistrat scheint sich ein Maß daran genommen zu haben. (Hört!) Warum soll ein Schuldiener unwürdig sein, Erhebungen anzustellen? (Zurufe: Im Gegenteil, aber ungeeignet!) Wenn die Kinder sich trotz aller Unbilden der Witterung kundenlang vor den Kinderschlösschen drängen, so geht doch daraus klar die Bedürftigkeit hervor. Für die Fälle, wo die Eltern tatsächlich sich ihrer Pflichten gegen die Kinder nicht bewußt sind, haben wir ja schon genügend Strafbestimmungen. Aus der von dem Verein geführten Statistik geht hervor, daß in den ärmsten Stadtteilen die meisten Portionen verteilt sind. Daran folgt, daß nur diejenigen diese Einrichtung in Anspruch genommen haben, die sie auch wirklich brauchen. Sorgen Sie dafür, daß derartige Erhebungen nicht mehr notwendig werden.

Damit schließt die Besprechung.

Stadtv. Sachs stellt persönlich fest, daß er dem Stadtv. Borgmann nicht zuzustimmen habe: „Sie beahlt ja keine Steuern.“

Der Antrag I wird darauf einstimmig angenommen.

Stadtv. Singer zieht mit Rücksicht auf den eben gefassten Beschluß den sozialdemokratischen Antrag zurück.

Antrag II wird abgelehnt.

Für die Robert Koch-Stiftung zur Bekämpfung der Tuberkulose schlägt der Magistrat 60 000 M. zu bewilligen vor.

Stadtv. Singer: Wir sind alle dem Magistrat dankbar für die hier gemachte Vorlage; die städtische Verwaltung sollte immer geneigt sein, Vorkerbungen zu unterstützen, wie sie mit dieser Stiftung zum Ausdruck kommt. Ich glaube, daß das Geld für die Gesundheit der Stadt reiche Früchte tragen wird. Wir können unsere Versammlungen in diesem Jahre nicht besser schließen, als indem wir die Vorlage annehmen.

Ebenso bekräftigen die Stadtv. Hermes (A. L.), Solmitz (Fr. Fr.) und Rosenow warm die einstimmige Annahme der Vorlage, die auch erfolgt.

Schluß 10 Uhr.

Aus der Partei.

Gemeindevahlen.

In Johannegeorgenstadt (Sachsen) wurden am 17. Dezember bei der Stadtvorordnetenwahl die sämtlichen sozialdemokratischen Kandidaten mit 308—318 Stimmen gewählt. Die Gegner hatten alles aufgegeben, um die bisherige sozialdemokratische Mehrheit im Kollegium zu sprengen. In echter Reichstagsverbandsmanier gingen sie gegen die Sozialdemokratie vor. Doch der Ordnungsmißbrauch brachte es nur auf 251—257 Stimmen.

Ein eigenes Heim.

In der schwarzen Wiskoffstadt: Bamberg macht die Arbeiterbewegung auf volkstümlich wie gewerkschaftlichem Gebiete fortzuschreiten, daß jetzt endlich Partei und Gewerkschaften daran gehen konnten, einen schon lange verfolgten Zweck zu verwirklichen und sich ein eigenes Heim zu schaffen. Das geschah dadurch, daß das große Restaurationsanwesen zum alten Schloßhaus auf längere Zeit gepachtet wurde. Die Uebnahme erfolgt am 1. Februar 1908.

hineintragen, ohne daß die nötige gründliche Prüfung der Sache in ihre letzten Konsequenzen hinein schon stattgefunden hätte. Der Antrag I ist ja recht vorichtig gefaßt, aber trotzdem in seiner prinzipiellen Tragweite noch unübersehbar. Ich glaube außerdem nicht ganz an diese so plötzlich in solchem Grade aufgetretene Kostlage, der nun Hals über Kopf abgeholfen werden soll; die Agitation des Vereins hat ja wohl dazu ein überiges getan. (Zustimmung.) Der Ausschuh Antrag ist jedenfalls auch ein ungewöhnlicher. Trotz aller Bedenken, auch gegen den Verein und seine Leitung, empfehle ich zurzeit den Antrag II. In Zukunft wird allerdings der Verein auf solche Unterstützung nicht mehr rechnen können; kommen wir zur Adoption des Prinzips, dann ist für die Vereinsstätigkeit kein Platz mehr, dann muß irgend eine kommunale Organisation an seine Stelle treten.

Es geht ein Antrag ein: statt „12 000 M.“ zu setzen „65 000 M.“ (Beifall.)

Stadtv. Rosenow: Der Berichterstatter hat gegen den Ausschuh Antrag polemisiert, indem er meinte, gegen den Vorschlag betr. die Armenunterstützung dürfe sich kein juristisches Gewissen auf. Von solchen Bedenken sollten wir uns nicht leiten lassen. Die Bedenken des Vorredners und sein Zweifel an der „Kostlage“ sind unberechtigt. Geholfen muß werden; die jetzige Form der Unterstützung ist weder zulänglich noch der Stadt würdig. Der wesentlich vegetarische Speisezettel des Vereins müßte auch reformiert werden. Der Verein der Volksschulen ist bereit, die verlangte Zahl von Portionen zu liefern und dahin zu schicken, wohin wir es bezeichnen werden; für 10 Pf. würde ein gutes, hinreichendes Mittagessen geliefert werden. Der Antrag I ermöglicht die Probe aufs Exempel; nehmen Sie ihn an. (Beifall.)

Stadtrat Münsterberg: Die Ausführungen des Vorredners, speziell die Möglichkeit der Unzulänglichkeit der Pflegegelder, beweisen gerade, daß auch die Armenverwaltung hier mitzusprechen hat. Unser Material, bestehend aus den 3000 Fragebogen des Vereins, deren Ausfüllung hauptsächlich von Lehrern und Lehrkräften besorgt worden ist, zeigt zwar den guten Willen der Kochschere, läßt aber vielfach die Hauptfrage, die Notwendigkeit der Freispesung, die Prüfung der häuslichen Verhältnisse, unberührt. (Hört! hört!) Die Zahl von 3700 Kindern, die der Verein im vorigen Jahre gespeist hat, scheint danach, wie mein Dezentent meint, in bezug auf die Notwendigkeit einer solchen Reduktion fähig; von 10 000 „hungernden“ Kindern zu sprechen, sei unverantwortlich übertrieben. Auch schon 1 Proz. hungernder Schulkinder würde dem Magistrat unerträglich sein; aber schon die kleine Unterstützung eines Tellers Suppe an solche, die selbst dafür aufkommen könnten, ist höchst gefährlich, weil sie das Pflichtgefühl abkumpft und die Leute an das Eingreifen der Gesamtheit gewöhnen würde. Die bloße Erklärung der städtischen Behörden, es handle sich hier nicht um Armenunterstützung, würde allerdings nicht genügen. Die Pflegegelder sollen im nächsten Etat erhöht werden. Aber es soll nur da gegeben werden, wo die Notwendigkeit festgelegt ist. Die sind über die Zahl der wirklich hungernden Kinder nicht unterrichtet, und man hat ungeheure Zahlen in die Welt geschleudert. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wir brauchen also zunächst gründliche Unterlagen; der Verein hat ja noch Vermögen, das er angreifen kann, um die Hungernden zu speisen. (Lebhafte Beifall und Pfischen, was sich mehrmals wiederholt.)

Stadtschulrat Dr. Fißcher: Daß die Schulärzte gegen die Schulspeisung sind, wie der Referent erwähnte, ist in diesem Umfang nicht zutreffend. Eine Enquete ist tatsächlich die erste Vorbedingung für die geforderte Maßregel; die Schuldeputation hat sie gestern beschlossen. Erst nach ihrem Abschluß kann der Magistrat endgültig Stellung nehmen.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Der Stadtrat Münsterberg hat all das Material, das er heute vorbrachte, im Ausschuss nicht vorgelesen, was doch seine Pflicht gewesen wäre. (Stadtv. Hoffmann a. n. Sprengelwörter!) Er hat wohl diese Vorlesung über mich, nicht in den Ausschuss zu gehen, sondern hier in der Versammlung damit zu kommen, wo die Resonanz eine ganz andere ist. Das Material aus dem Vorlesung scheint er allerdings zu beherrschen, aber von den Verhältnissen ist er nicht unterrichtet. Er hat es ja mit den dünnen Worten gesagt: „Weber die Zahl der hungernden Kinder sind wir nicht unterrichtet.“ (Der Vorleser unterbricht den Redner.) Ich glaube, es kann nicht zu scharf sein, wenn man die Worte des Vorredners zitiert. (Aufse: Sehr richtig! Armutszeugnis! Weiter!) Der Gang der Dinge im Ausschuss ist recht eigenartig gewesen. Der Ausschuss kommt zu dem Resultat, daß wenn durchgreifend geholfen werden soll, die Gemeinde die Sache sofort in die Hand nehmen muß. Ich und die Mehrheit des Ausschusses hat auch das Vertrauen zum Magistrat, daß er die Sache rasch durchzuführen kann. Es wird sich ja bald zeigen, ob er selbst dieses Vertrauen zu sich hat. In den bisherigen Erörterungen wird immer ein gewisses Mißtrauen in die statistischen Unterlagen des Vereins geäußert. Der Magistrat legt wahrscheinlich mehr Gewicht auf die Äußerungen der Rektoren, deren Schulen nicht an der Einrichtung teil haben; er hat jenes Material als nicht einwandfrei bezeichnet, und der Dezentent des Stadtrats Münsterberg ist zu demselben Ergebnis gelangt. Der Herr hat doch jedenfalls die ganze Sache mit dem Auge des Armendirektionsbeamten angesehen. Den Äußerungen der englischen Inspektoren stehen doch Äußerungen von Rektoren entgegen, welche wir in der uns zugänglichen Denkschrift des Vereins finden. (Redner verweist auf die Äußerungen der Rektoren u. a. der 67., 14. Gemeindegasse, die die gute Wirkung der Speisung in körperlicher, geistiger und moralischer Beziehung bezugend.) Gewiß ist es bedauerlich, daß die Kinder vor den Küchen lange stehen müssen, ehe sie ihren Kopf Speise in Empfang nehmen können; aber Stadtrat Ramsau hat uns im Ausschuss erklärt, er habe z. B. die Küchen bereist und das damals schon mit Bedauern konstatiert. Diese Mißere zu beseitigen ist also in 14 Jahren trotz des Einflusses des Herrn Ramsau nicht gelungen! Das zeigt wieder, wie schwerfällig die städtische Verwaltung vortwärts kommt, und daß es zu einer Besserung immer erst eines energischen Anstoßes bedarf. Die gesamten Kochschere des Vereins kommen doch lediglich von Rektoren, Lehrern, Lehrerinnen und Geistlichen; welches Material wollen Sie denn heranziehen, wenn diese Elemente Ihnen nicht genügende Beweise leisten? Die Armenverwaltung müßte die Armenkommissionsmitglieder heranziehen; sollen diese denn höher als jene geschätzt werden? Eine besondere Kostlage für Berlin bestritt der Chef der Armenverwaltung; eben! solle der Verein seinen Reserverfonds angreifen. Herr Münsterberg hat über dem Studium der englischen Verhältnisse die Berliner Verhältnisse zu studieren verstanden; denn der Verein hat im Laufe des November allein

100 000 Portionen mehr an Kinder abgegeben, als im verflochtenen Jahre! Nicht nur die Schulärzte haben sich nicht in dem behaupteten Umfange gegen die Schulspeisung ausgesprochen, sondern ebensowenig die pädagogischen Zeitungen. Nur eine einzelne Zuschrift, die an Rücksichtlosigkeit nichts zu wünschen übrig läßt, ist anzuführen gewesen. Der Vorschlag des Ausschusses soll praktisch nicht durchführbar sein. Warum muß es denn bei Mobilisierungen u. dergl. gehen? Und da geht es; also wird es auch hier der Fall sein. Tatsächlich wächst die Zahl der Kinder noch unaußgeseht. Aus der Denkschrift und der Statistikaufstellung des Vereins ergibt sich, daß er schon jetzt an 25 000 M. Defizit haben würde; außerdem sind noch alle die anderen Kinder da, die nicht berücksichtigt werden konnten; die müssen doch auch gespeist werden und dafür müssen doch auch Mittel bewilligt werden. Wie sind Sie denn zu der fernen Zahl von 12 000 M. gekommen? (Zuruf des Stadtv. Cassel.) Wenn wir gewagt hätten, die Befindungen von Lehrern und Rektoren so heranzuziehen und in Zweifel zu ziehen, wie Sie es tun, dann hätte ich mal das Hallo hören wollen! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten; große Unruhe bei der Mehrheit.) Wir empfehlen Ihnen also, dem Verein nicht 12 000, sondern 65 000 — 40 000 —

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratentf. verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblätter

Zum Vereinsrecht.

Der Arbeiter-Radsfahrerverein zu Groß-Beeren wollte im August einen Aufzug veranstalten. Nach §§ 9 und 10 des Vereinsgesetzes ist hierzu eine polizeiliche Genehmigung erforderlich. Sie darf nur verweigert werden, wenn aus der Veranstaltung des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu besorgen ist.

Zu der Beschwerde gegen diesen Bescheid wird betont, daß nach dem Gesetz doch nur Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder für die Ordnung als maßgebend betrachtet werden dürfen, für das Vorliegen einer dieser Voraussetzungen aber nichts vorlag noch angeführt sei. Der Regierungspräsident wird deutlicher, weshalb in der Tat die Genehmigung zur Veranstaltung des Aufzuges verweigert sei. Er führt aus:

„Es war nach dem gesamten Verhalten des sozialdemokratischen Radsfahrervereins zu Groß-Beeren seit seinem Bestehen anzunehmen, daß der Umzug des Vereins, dessen Festordnung mit roten Armbinden — (fürchterlich) — gekennzeichnet werden sollten, lediglich demonstrativen Zwecken dienen sollte. Der Amtsvorsteher, welcher von diesem Umzuge eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung befürchtete, war auf Grund der §§ 9 und 10 des Vereinsgesetzes befugt, die Genehmigung zur Veranstaltung des Aufzuges zu verweigern.“

Die von Vergemann hiergegen an den Oberpräsidenten gerichtete Beschwerde betont die Unvereinbarkeit dieses Bescheides mit dem Gesetz. Der Radsfahrerverein ist nicht sozialdemokratisch. Aber darauf kommt es überhaupt nicht an, da nach der Verfassung alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind. Die Hervorhebung des angeblich sozialdemokratischen Charakters des Vereins ist recht kennzeichnend für die Stellung der Behörden, die auf die vermeintliche Parteizugehörigkeit Rücksicht nehmen, während doch Gesetze ohne Ansehen der Person, ohne Rücksicht auf die politische Ansicht der Bürger zu handhaben sind. Der Regierungspräsident verkennt ferner, daß nach §§ 9 und 10 des Vereinsgesetzes die Genehmigung nur verweigert werden darf, wenn aus der Abhaltung „des Aufzuges“ Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu befürchten ist. Der Regierungspräsident spricht statt von der öffentlichen Sicherheit von öffentlicher Ruhe. Aber vor allem verstößt er gegen den Grundsatz, den das Oberverwaltungsgericht wiederholt zur Eindämmung von Willkür auf Grund des Gesetzes aufgestellt hat und der dahin geht:

„Die Befürchtung darf sich nicht lediglich auf eine abstrakte Möglichkeit gründen; es müssen Tatsachen vorhanden sein, aus denen sich ergibt, daß die Möglichkeit so nahe liegt, daß ihre Berücksichtigung nicht außerhalb der Grenzen des vernünftigen Ermessens liegt.“

Ferner führt der Regierungspräsident die „roten Armbinden“ ins Gesicht. Da man es aber in Groß-Beeren mit Menschen und nicht irgend welchen unvernünftigen Tieren zu tun hat, die beim Anblick der roten Farbe in gewalttätige Erregung geraten könnten, so ist auch dies Moment schwerlich zur Rechtfertigung des behördlichen Vorgehens geeignet. Endlich behauptet der Regierungspräsident ohne einen Versuch, seine Behauptung zu erweisen, „demonstrative Zwecke“ des Aufzuges. Soll damit auf den angeblich politischen Charakter des Radsfahrervereins hingewiesen werden, so ließe das darauffolgende allen politischen Vereinigungen, also auch Kriegervereinen und dergleichen generell die Möglichkeit verlagern, Umzüge zu veranstalten. Inwiefern aber ein demonstrativer Zweck einen gewalttätigen, die öffentliche Ordnung oder Sicherheit gefährdenden Charakter ausmache, ist schlechterdings unersichtlich. Die angebliche Demonstration hätte doch offensichtlich nur eine durch und durch friedliche sein sollen und können.

Ob die danach vollberechtigte Beschwerde Erfolg haben wird, möchten wir trotz alledem nicht voraussetzen: in Preußen bleibt Recht haben und Recht bekommen zweierlei. Die Art der Anwendung behördlicher Befugnisse in Preußen zeigt, daß auch auf dem Gebiete der öffentlichen Aufzüge, die in süddeutschen Staaten selbstredend einer behördlichen Genehmigung nicht bedürfen, ohne daß deshalb die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch einen Radsfahrerverein bislang gefährdet wurde, das Reichsverordnungsrecht die preussische Plauderei auf die übrigen Bundesstaaten zu übertragen geeignet ist.

Prozeß Harden.

Zweiter Verhandlungstag.

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Lehmann eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr.

Der Angeklagte Harden ist zu seiner Stelle. Ein ärztliches Attest, das sein Verteidiger, Justizrat Dr. Kleinholz, vorliest, sagt, daß Harden nicht imstande sei, vor Gericht zu erscheinen, ohne seine Gesundheit ernstlich zu gefährden. Harden erklärt jedoch auf eine Frage des Vorsitzenden, daß er hoffe, die Anstrengung auszuhalten zu können.

Vor Eintritt in die materielle Verhandlung verliest Justizrat Kleinholz einen Einwand gegen die Zuständigkeit des Gerichts auf Grund des § 10 der Strafprozessordnung. Der Beschluß der 3. Strafkammer auf Eröffnung des Hauptverfahrens datiere vom 22. November 1907; die Voraussetzung zu diesem Beschluß sei aber, daß die Anklage in zulässiger Weise erhoben sei. Dies sei hier aber nicht der Fall, denn die Anklage sei in unzulässiger Weise zu einem Zeitpunkt erhoben worden, bevor das Verfahren vor dem Amtsgericht I rechtskräftig abgeschlossen war. Das gegenwärtige Verfahren verstoße auch gegen den Grundsatz: ne bis in idem!

Justizrat Bernheim schließt sich diesen Ausführungen durchaus an.

Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel dankt den Herrn Verteidigern aufrichtig, daß sie ihm von vornherein Gelegenheit gegeben haben, den Standpunkt der Staatsanwaltschaft bezüglich der Zuständigkeit in dieser Sache vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Er sucht in längeren Ausführungen sein Eingreifen in das Verfahren in juristisch-wissenschaftlicher Weise zu begründen gegenüber den Ausführungen berühmter Rechtslehrer, die auf anderem Standpunkt stehen. Er beruft sich dafür auf die bekannten drei Reichsgerichts-urteile und auf die Entstehungsgeschichte der Strafprozessordnung, die im besten Sinne von liberalem Väterlichen Geist erfüllt sei und dem Staatsanwalt ein späteres Eingreifen nicht deshalb gestattet wolle, weil er sich vorher über das öffentliche Interesse getäuelt habe, sondern weil das öffentliche Interesse erst während der Verhandlung entstehen kann. So liege es hier. Die Justizverwaltung habe nicht das mindeste materielle Interesse, die Sache in der einen oder anderen Weise zu erledigen. Speziell ihm wäre es völlig gleichgültig gewesen, welches Gericht über die Sache entscheidet, denn er und die preussische Justizverwaltung haben zu jedem Gericht

das gleiche Vertrauen. Man müsse bei Berücksichtigung all der Begünstigungen zwischen Privatklageverfahren und öffentlichem Verfahren zu dem Schluß kommen, daß es eigentlich nicht möglich ist, ein Privatklageverfahren, nachdem der Staatsanwalt eingegriffen hat, fortzuführen.

Dann fährt der Oberstaatsanwalt fort: Von den zahlreichen Angriffen, denen ich in den letzten Wochen ausgesetzt war, hat mich am schwersten betroffen der Vorwurf, den mir einige hochangesehene und verehrte Abgeordnete des Reichstages gemacht haben. Man hat gesagt, das Verfahren des Staatsanwalts sei „unbegreiflich“, das Verfahren sei „geschwändig“, der Staatsanwalt habe das Verfahren ruhig angesehen und nach seinem Abschluß habe er gesagt: „Die Sache hat mir so gut gefallen, nun fange ich die Sache noch einmal an.“ Rein, der Staatsanwalt hat sich gesagt: Die Sache hat mir so schlecht gefallen, die Sache muß anders angefaßt werden! Der Angeklagte hat gar keinen Grund, sich zu beklagen. Er ist vor seinen zuständigen Richter gestellt worden und er hätte alle Veranlassung, der Staatsanwaltschaft dankbar zu sein. Sie hat seine Situation wesentlich verbessert. Denn auch bei der Berufung würde ihm doch dieselbe Erregung der Nerven, über die er in der „Zukunft“ klagt nicht erpart geblieben sein, denn auch bei der Berufung würde doch die Wirkung die sein, daß das erste Erkenntnis in suspensio bleibt bis zur Entscheidung der Berufungskammer. Der Angeklagte wird mir vielleicht einwenden, daß er das erste Erkenntnis noch verwenden und verlesen lassen wolle. Dem steht ja aber auch hier gar nichts entgegen. Der Angeklagte steht aber in allen anderen Punkten besser: er steht jetzt vor einem fünfgliedrigen Kollegium, zu seiner Verurteilung sind jetzt vier Stimmen nötig, während bei einem dreigliedrigen Kollegium dazu nur zwei Stimmen nötig sind. Der Angeklagte würde in seinen Weisungsträgen vor der Berufungskammer im Privatklageverfahren nicht frei, sondern an das Ermessen des Gerichts gebunden sein, während er hier seine Weisungsträge in Höhe und Fülle stellen kann, sie können nur abgelehnt werden, wenn sie zur Sache absolut nicht gehören. Schließlich hat der Angeklagte jetzt auch die volle Revision an das Reichsgericht an Stelle der Revision an das Kammergericht. Der Angeklagte hat also vollen Anlaß, sich über das Vorgehen der Staatsanwaltschaft zu freuen. Wenn er es nicht tut, so kann ich es nicht verstehen, dann habe ich den Verdacht, daß versucht wird, von der Hauptsache auf Nebenangelegenheiten der Öffentlichkeit abzulenken. Ich beantrage, die Bemängelungen der Verteidigung zu verwerfen und in die Verhandlung einzutreten.

Justizrat Dr. Sells erklärt, daß seitens des Nebenklägers zu dieser Frage absichtlich keine Stellung genommen werde. Auch den Nebenkläger solle nicht ein Vorwand gegeben werden zu der Behauptung, daß sie Interesse habe, die Sache vor dieses oder jenes Gericht zu bringen.

Justizrat Bernheim wendet sich ausführlich gegen die juristischen und tatsächlichen Ausführungen des Oberstaatsanwalts. Ebenso Justizrat Kleinholz.

Auf eine Frage des Vorsitzenden, ob Anträge auf Ausschluß der Öffentlichkeit

gestellt werden, erklärt Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel: Nach meinen Wünschen würde die Verhandlung so viel als möglich in der vollen Öffentlichkeit stattfinden, denn es ist in dieser Sache nichts zu verschweigen. Andererseits aber kann nicht gewünscht werden, daß die unsauberen Sachen, die die Masse so sehr erregt haben, daß all das wieder hier aufgerollt wird, obwohl es mit dem hier zur Verhandlung stehenden Fall wenig zu tun hat. Ich werde mir deshalb vorbehalten, bei der Beweisaufnahme, soweit sie den Vorwurf der Homosexualität und Perverstheit betrifft, den Ausschluß der Öffentlichkeit zu beantragen; dagegen möchte ich dem Angeklagten, in der Voraussetzung, daß er nur in taktvoller Weise vorgehen wird, Gelassenheit geben, sich in voller Öffentlichkeit zu äußern.

Justizrat Kleinholz: Ich glaube nicht, daß es notwendig werden könnte, den Ausschluß der Öffentlichkeit herbeizuführen. Das, was vom Angeklagten gesagt werden muß, wird in taktvoller Weise gesagt werden.

Justizrat Bernheim: Im gegenwärtigen Augenblick glaube ich nicht, daß irgend ein Anlaß zum Ausschluß der Öffentlichkeit vorhanden sein wird. Sollte der Angeklagte genötigt sein, zum Zwecke des Beweises irgend welche für die Öffentlichkeit nicht geeigneten Sachen zur Sprache zu bringen, so werden wir selbst vorher Ausschluß der Öffentlichkeit beantragen.

Es folgt hierauf die Verlesung des Eröffnungsbeschlusses, wonach Harden nach den §§ 185 und 186 der Verleumdung angeklagt ist.

Die bekannten zur Anklage stehenden „Zukunft“-Artikel werden dann verlesen.

Präs.: Die Anklage vertritt die Ansicht, daß in diesen Artikeln dem Grafen Kuno v. Moltke der Vorwurf homosexueller Veranlagung, der geschlechtlichen Perverstion und Betätigung gemacht worden sei. — Angeklagter Harden: Ich muß den hohen Gerichtshof bitten, meine rednerische Mitwirkung in diesem Verfahren mit Rücksicht auf meinen Gesundheitszustand auf das unbedingt Notwendige zu beschränken. Ich bin trotzdem hierher gekommen, weil ich es dem Gerichte, dem Nebenkläger und mir selbst schuldig bin. Ich habe die Artikel geschrieben, weil ich glaubte, dem Lande, in dem ich lebe und das ich liebe, damit ein wenig nützen zu können. Ich habe, wie ich hier ganz uneingeschränkt erklären will, nicht im entferntesten daran gedacht, den Grafen Kuno v. Moltke zu beleidigen. Ich habe auch die Heberzeugung, daß ich ihn nicht beleidigt habe. — Präs.: Was haben Sie aber sagen wollen? Sie haben den Grafen von Moltke doch als einen homosexuellen hinstellen wollen? — Angekl.: Nein. — Präs.: Ihre Ansicht ging doch wohl dahin, daß der Kreis, auf den Sie hinwiesen, unheilvoll auf E. Majestät einwirkte und Ihre Ansicht ist doch gewesen, diesen Kreis zu entfernen. Dazu bedienten Sie sich des Mittels, einen Rasel auf die Mitglieder dieses Kreises zu werfen. Ist das richtig? — Angekl.: Nein. Ein Kreis dieser Art ist mir erst durch die Klageschrift imputiert worden. Von einem „Kreis“ ist keine Rede. Es kommt in den Artikeln zweimal der Ausdruck „Lafetrunde“ vor und der Ausdruck „Gruppchen“. Das bezieht sich darauf, daß der frühere Reichskammerherr Graf Philipp Eulenburg seit 40 Jahren sehr intim befreundet ist mit dem Privatkläger und daß diese beiden Herren in gutem Verkehr — ohne jeden sexuellen Beigehmaß — mit dem damaligen Vertreter der französischen Republik stand. Diese drei bezeichnete ich als ein Gruppchen. Von einem Kreis pervers Veranlagter ist gar keine Rede.

Die Artikel sind von politischer Art, was in der Anklage steht, sind doch nur kleine Ausdrücke. Ich habe versucht, mit den Mitteln, über die ich als Journalist verfüge, größere Bilder politischer Zustände und Aspekte zu geben. In diesen großen Bildern wird auch ein paarmal ein Mädchen mit dem Namen des Fürsten Philipp Eulenburg ausgefüllt. Es gibt eine ganze Reihe von Menschen, zu denen auch ich gehöre, die das politische Wirken dieses Fürsten für unheilvoll halten, und deshalb habe ich mich bemüht, diesen Einfluß zu beseitigen.

Vors.: Die Staatsanwaltschaft behauptet, daß die Artikel zusammenhängen. In dem ersten Artikel wird von dem Grafen Moltke und dem Prinzen Joachim Albrecht von Preußen gesprochen. Diesem Prinzen wurde damals eine besonders starke Sinnneigung zum weiblichen Geschlecht nachgesagt. In dem Artikel werden die genannten hohen Offiziere als „zwei Keiseln von verschiedener Sinnesart“ bezeichnet. Die Verlobung des Grafen v. Moltke mit dem Prinzen und dem Grafen Moltke ist so aufgeführt worden, als wenn damit dem Privatkläger die Sinnneigung zum männlichen Geschlecht nachgesagt werden sollte.

Harden: Es ist mir nichts bekannt davon, daß die öffentliche Meinung das so aufgefaßt hat. Ich habe es jedenfalls nicht gesagt und nicht sagen wollen. Ich habe lediglich die interessante Tatsache erwähnt, daß die Sinnneigung der beiden Herren ganz verschieden ist. Prinz Joachim Albrecht ist ein Mann, der ein echtes, jugendliches Draufgängerleben führt, während Graf Moltke ganz anders ist. Darunter habe ich noch nicht verstanden, daß der Gegenstand zur Frauenfreundschaft Männerfreundschaft bedeutet. Ich habe die Heberzeugung, daß Graf Moltke nicht irgendwelche Aktivitäten mit Männern jemals getrieben hat. Er weiß das, ich habe auch nie daran gedacht, mit diesem Keinen Säbchen etwas anderes zu sagen als: abgeneigt dem weiblichen Geschlecht.

Auf weitere Fragen des Vorsitzenden und des Oberstaatsanwalts Dr. Jsenbiel über den Sinn des Artikels erklärt Harden: Hier ist ein Artikel geschrieben, in dem weiter gar keine Absicht vorliegt, als die hohenhohen Memoiren zu besprechen. Ich pflege nicht Dinge, die ich getan habe oder tun wollte, zu verleugnen.

Vors.: In diesem zweiten Artikel sprechen Sie schon von „rührender Freundschaft“ zwischen dem Fürsten Eulenburg und dem Grafen Moltke. In noch stärkerer Rage bringen Sie dies aber in dem dritten Artikel zum Ausdruck. Es ist dies jenes „Nachgespräch“ zwischen dem „Hornet“ und dem „Süßen“. Geben Sie vor allen Dingen zu, daß Sie mit dem „Hornet“ den Fürsten Eulenburg und mit dem „Süßen“ den Herrn Nebenkläger gemeint hatten?

Harden: Ja wohl. Ich muß jedoch etwas näher auf den Sinn dieses Artikels eingehen. Ich wollte keinesfalls auf irgendwelche Dinge anspielen, die etwa die Öffentlichkeit scheuen müssen. Der Sinn des Artikels ist ein sehr einfacher. Das Gespräch des Hornets und des Süßen soll bedeuten: Da ist einer, der Standa macht, weil Eulenburg zu großen Einfluß hat. Wenn er jetzt noch Briefe kennen würde, in denen die Person des Kaisers mit dem Worte „Liebchen“ bezeichnet wird, so ist für uns die Sache sehr unangenehm. Irrenden weiteren Sinn sollte dieses „Nachgespräch“ überhaupt nicht haben. Was von anderer Seite vielleicht aus dem Artikel herausgelesen wird, ist ja sehr schon kombiniert, aber nicht meine Absicht gewesen, als ich ihn geschrieben habe.

Auch bei den weiteren Artikeln bekämpft der Angeklagte die ihm von dem Vorsitzenden vorgehaltene Auffassung der Anklage über den wahren Zweck und die Bedeutung dieser Artikel in bezug auf den Grafen Moltke. Er bittet wiederholt, doch zu glauben, wenn er sage, was er wirklich habe zum Ausdruck bringen wollen, und nicht das für richtig zu halten, was von außen her nachträglich aus den Artikeln herausgelesen sein soll. Er weicht sich namentlich gegen den Vorhalt des Vorsitzenden, daß der eine Artikel, der den Ausdruck „die Herren sitzen ja warm genug“ aber ähnlich enthält, doch wohl auf homosexuelle Beziehungen hindeuten solle. Der Angeklagte betont, daß er nicht hier vor Gericht stehe, um sich darüber zu verantworten, was er über den in dem Artikel erwähnten Herrn Legatte gesagt habe. Wenn er nun statt des angeführten Wortes „Hintergang“ den ganz geläufigen Ausdruck „Hinterterrepp“ gebraucht hätte, so würde doch kein Mensch darin einen Hinweis auf eine perverse Verleumdung erblicken. Es sollte nur gesagt werden, daß man unter Umständen über die deutsche Politik nicht nur durch die amtliche Stelle sich orientieren kann, sondern der Weg auch über Hinterterreppen gehen kann. Kein Wort steht in dem Artikel von pädastischen Reigungen. Der Ausdruck „warmes Säbchen“ steht in einem rein politischen Artikel. Es sei ferner gesagt, daß ein Engländer spricht, der die Leute abführt, die da immer sagen: Die Deutschen wollen die Engländer vernichten und niedermachen. Der Engländer sagt ihnen dagegen: Das ist ja gar nicht so, sie denken ja gar nicht daran, dies zu tun; seht euch doch die Männer an, die in ihrem warmen Säbchen sitzen und gar keine Kriegsgelüste haben. Der Gedankenengang ist derselbe gewesen, wie ihn der Reichstangler neulich im Reichstage gegeben hat, indem er sagte, die Entfremdung zwischen England und Deutschland habe auf einer Reihe von Mißverständnissen beruht. Fürst Bülow habe dabei auch von „Hintergedanken“ gesprochen. Wenn ich das geschrieben hätte! (Heiterkeit.) Der Angeklagte weist auf verschiedene andere Artikel der „Zukunft“ hin, in welchen gleichfalls von „warmen Säbchen“ und dergleichen die Rede sei, ohne daß auch nur entfernt ein Zusammenhang mit normwidrigem Gefühlsleben bestünde.

Präs.: Es kommt aber doch auf den Zusammenhang an. Der Ausdruck „warmes Säbchen“ kann doch auch eine andere Bedeutung haben. — Angekl.: Ich habe niemals, auch in meinem Privatleben nicht, den Ausdruck gebraucht, den man für den Ausdruck „warme Säbchen“ unterstellen will. — Präs.: Glauben Sie nun nicht, daß die Artikel bei den Lesern den angeblich von Ihnen nicht beabsichtigten Effekt hervorgerufen müßten? — Angekl.: Ganz und gar nicht. Ich glaube, ich habe hier nicht nötig, das, was ich über die vita sexualis des Fürsten Philipp v. Eulenburg denke, zu illustrieren. Seit 6 Monaten schreie ich schon in die Welt hinaus, daß ich nichts anderes schreiben wollte, als was ich wirklich geschrieben habe; daß ich lediglich hinweisen wollte auf ein von der Norm abweichendes Empfinden, und eine von diesem abweichende Auffassung ist erst entstanden durch eine Verkettung von Umständen und nach Ereignissen, die von meinem Willen völlig unabhängig waren.

Es entspinnt sich nun eine lange Auseinandersetzung zwischen dem Vorsitzenden und dem Angeklagten über die Frage, ob Harden dem Privatkläger in seinen Artikeln den

Vorwurf der Homosexualität im Sinne des § 175 hat machen wollen.

Der Vorsitzende verweist auf den letzten Artikel und auf den Brief Hardens an den Klosterprobst Moltke, in denen der Angeklagte selbst zugegeben habe, daß er den Grafen Moltke normwidriger Gefühlsregungen beschuldigt habe. Normwidrig sei aber doch daselbe, was jeder gewöhnliche Mensch als homosexuell versteht. Die meisten Leser hätten das so aufgefaßt und die Artikel hätten doch auch den Zweck gehabt, den Fürsten Eulenburg und seine Freunde mit einem Rasel zu befängeln, um sie aus ihrer politischen Stellung zu verdrängen. Wenn mit dem Vorwurf der Normwidrigkeit der Eulenburggruppe nicht der Rasel der Homosexualität angehängt werden sollte, so hätten die Artikel doch ihren Zweck verfehlt.

Harden: Ich kann mich in meiner Zeitschrift nicht auf den Standpunkt stellen von Menschen, die gar nichts von solchen Dingen gehört haben. Wenn ich „normwidrig“ schreibe, so kann ich nicht darauf Rücksicht nehmen, was der oder jener sich darunter denkt. Ich habe dieses Wort aber gar nicht geschrieben; es ist etwas anderes, wenn ich das Wort später anwandle, um meine Artikel zu integrieren. Meine Artikel waren längst erschienen, da ist das Ereignis am Hofe eingetreten, die Forderung des Privatklägers zum Zweikampf und dann kam eine Reihe von Zeitungsartikeln, in denen das Hunderisache von dem behauptet wurde, was ich geschrieben hatte. Darauf mußte ich antworten und ich habe damals schon erklärt, daß ich von all dem, was aus meinen Artikeln herausgelesen wurde, nichts geschrieben habe.

Der Vorsitzende weist auch bei weiteren Vorhalten immer wieder darauf hin, daß der Angeklagte sich als Menschenkenner doch hätte sagen müssen, daß andere Leute eine andere Deutung aus den Artikeln herauslesen müßten. Der Angeklagte erwidert, daß eine solche Auffassung erst nach den ihm ganz unabhängigen Ereignissen aufgetaucht sei. Als er die Artikel geschrieben, habe ihm niemand eine solche Auffassung entgegengetragen. — Auf den Vorhalt, daß eine fortgesetzte Dandlung vorliege, erklärt Harden, daß es ihm gar nicht eingefallen sei, eine Serie von Artikeln gegen den Fürsten Eulenburg und den Grafen

von Rolke zu schreiben. Er habe bei Gelegenheit anderer poli-
tischer Erörterungen hier und da wieder eine Rede diesen beiden
Seiten gerichtet. Es doch nicht so, daß man sie später zu einem
Ganzen zusammenhalten kann. — Präsi.: Was verstehen Sie unter
normwidrigen Gefühlsregungen?

Angell.: Normwidrig sind nach meiner Auffassung alle die
Gefühlsregungen, die dem widersprechen, was nicht Norm der
Männer in diesen Dingen und Gesplogheiten ist. Wenn Männer
sich so ansehnen, in derartig unniger Weise ihr Leben an-
einander stellen, so weit gehen, daß sie sich besondere Namen
gulegen, wenn ihre Gefühle zueinander so stark sind, daß sie nach
einer kurzen Abwesenheit von einander ergriffen werden, wenn
ihre Gefühle eine große Eile annehmen, so weicht dies von der
Norm der Männer ab, so kann es schädlich werden, wenn es in
die Politik übergreift. — Präsi.: Die breite Öffentlichkeit wird
es doch kaum anders verstehen, als daß unter normwidrigen
Gefühlsregungen doch nur Homosexualität gemeint sein soll. Oder
Sie hätten doch andernfalls sich so deutlich ausdrücken müssen, daß
ein Richterhändnis unzulässig war.

Angell.: Ich glaube, daß ich mich meinem Leserkreis gegen-
über nicht anders auszudrücken brauche. Wenn solche Massen-
suggestionen aber dann Schlag greift, wie es hier der Fall war, dann
wird natürlich aus den Dingen ganz etwas anderes, als sie sich
ursprünglich darstellen sollten. Mir gegenüber hat niemand eine
solche andere Auffassung ausgedrückt, auch der Nebenkläger hat sie
ja ursprünglich nicht gehabt. Ich habe hier gesagt, was ich mit
meinen Artikeln bezweckt habe, ich bitte, es mir zu glauben und
wenn ich mich geirrt haben sollte, so muß ich die Konsequenzen
tragen. — Präsi.: Der Zweck der Artikel war doch,
die Herren zu bestrafen.

Angell.: Die Artikel haben doch einen ganz anderen
Hintergrund. Von etwa 120 Seiten handelt kaum eine halbe
Seite vom Grafen Rolke. Fürst Eulenburg sollte be-
lämpft werden und seine Freunde, Graf Rolke ist nicht be-
lämpft worden, es mag sein, daß er sich hier und da ein wenig
geäuert haben mag. — Präsi.: Haben Sie sich nicht gesagt, daß
die Artikel auch formal beleidigend sind, da sie den Grafen
Rolke verhöhnen, von dem „Lügen“ sprechen usw. — Angell.:
Das habe ich mir durchaus nicht gesagt. Auch heute nicht.
Sätze wie „dies noch erlaubt“ und wenn ein Wigblatt ein Bild
bringen würde mit der Aufschrift „Der Lüge“, so würde es
deshalb gewiß nicht angeklagt werden. Hohn und Spott sind für
die laubte Waffen im politischen Kampfe, Spott ist doch nicht gleich
eine ehrenschädende Beleidigung. Ich habe nur das Gruppchen
politisch bekämpft und nur hin und wieder ein Wort eingefügt,
was auf Sexualverbrechen hindeutet.

Präsi.: Falls nun aber das Gericht dazu kommt, den Vorwurf
der Verberührung in den Artikeln zu finden —

was ist die dann der Wahrheitsbeweis antreten?

Angell.: Nein, ich habe ganz und gar nicht die Absicht, etwas
zu beweisen oder zu entküllen. Ich sehe hier als ein Mensch, der
bestimmte Artikel geschrieben hat, in welchen nichts davon steht, was
die Anklage behauptet. Ich glaube dem Lande einen Dienst zu er-
weisen, wenn ich nicht darauf zurückkomme. Dem Gerichtshofe
liegen meine Artikel vor, er hat gehört, wie ich sie erkläre und er
möglicherweise Urteil sprechen. Ich habe auch das erste Mal nicht den
Wunsch gehabt, Beweise beizubringen, der Gang der Dinge hat mir
aber damals die Beweisführung aufgezwungen; wir haben alle
daran gelitten, Graf Rolke wie auch ich. Ich habe das be-
stimmte Gefühl, daß ich den Grafen nicht beleidigt habe. Ich
denke nicht daran den Beweis führen zu wollen, daß sich der
Nebenkläger homosexuell betätigt hat und ich habe gar kein Inter-
esse an irgend welchen Beweisen. Sollen Sie mich schuldig
sprechen, so muß ich es über mich ergehen lassen.

Oberstaatsanwalt Dr. Hensel: Ich bitte nur eine einzige
Frage möglichst prägnant zu beantworten: Hat der Angell. mit
all den Andeutungen in seinen Artikeln dem Grafen Rolke die
Gefühle seiner Hochachtung oder seiner Mißachtung zum Ausdruck
bringen wollen?

Angell.: Diese Pointierung ist ganz ausgezeichnet. Ich habe
aber keinen Grund, dem Grafen Rolke meine Hochachtung zu
beweisen und von einer Mißachtung ist mir nichts bewußt. Ich
habe eben politische Artikel geschrieben.

Präsi.: Die Wirkung der Artikel ist doch aber gewesen, daß
Graf Rolke

seinen bunten Rock ausgezogen hat.

Angell.: Meines Wissens ist Graf Rolke noch im Besitze
seiner Uniform.

Präsi.: Jedenfalls hat er aber sein Amt als Stadtkommandant
niedergelegt.

Angell.: Ich habe noch keine Klarheit bekommen,
aus welchen Gründen dies geschehen ist.

Präsi.: Die Gründe hängen jedenfalls mit ihren Artikeln
zusammen.

Harben: Nach meiner Ansicht liegen für die Entlassung noch
andere Gründe vor: Vorwürfe und Diffonanzen persönlicher Art,
an denen ich nicht beteiligt bin. Ich sehe in meinen Artikeln kein
einziges Wort, das für Graf Rolke beleidigend ist.

Präsi.: Man kann auch mit halben Worten beleidigen und das
wird Ihnen zum Vorwurf gemacht.

Justizrat Bernheim: Herr Harben steht auf dem Standpunkt,
den er heute präzisiert hat, daß er nämlich den Privatkläger in
den inkriminierten Artikeln nicht beleidigt hat. Herr Harben hat
bis zum Ueberdruß schriftlich und mündlich erklärt, daß er den
Grafen Rolke nicht beleidigen wollte. Darauf ist ihm immer
seitens der Anklagebehörde gesagt worden: Das ist nicht richtig,
Sie haben schwer beleidigt! Dadurch ist sehr gegen unser
Empfinden und unsere Willen und die Beweisführung, welche soviel
Mißempfinden erregt hat, aufgezwungen, aufgedrängt worden.
Hätte man dem Wunsch, den Herr Harben als Ehrenmann und
anständiger Privatkläger hegte, entsprechend seinen Versicherungen,
daß er den Privatkläger nicht beleidigen wollte, geglaubt, so wäre
zu einer Beweisaufnahme nicht der mindeste Anlaß gewesen. Durch
die Nichterfüllung seines Wunsches ist Harben die Beweisführung
aufgezwungen worden. Unsere Absicht ist, das alles wieder
zu tun, was in erster Instanz geschehen ist, nur so weit mit der
Beweisführung über die tatsächlichen Dinge zu gehen, als im
Interesse des Angeklagten notwendig ist. Es wird also lediglich
von der Stellung der Anklagebehörde und des Gerichts abhängen,
wie weit er Beweis zu führen hat. Da wir uns jetzt im öffent-
lichen Verfahren befinden, so hat ja nicht mehr der Angeklagte
allein darüber zu entscheiden sondern das Gericht.

Präsi.: Falls das Gericht dazu kommt, anzunehmen, daß die
Behauptungen in Ihren Artikeln dazu angehen, auf Grund
des § 166 Str.-G.-B. keine Bestrafung herbeizuführen, dann
würden die Behauptungen nur straflos werden, wenn der Beweis
der Wahrheit erbracht wird. Soweit muß der Angeklagte den
Beweis führen.

Justizrat Bernheim: Herr Harben behauptet, daß die Artikel
die Wirkung, die ihnen von der Anklage zugeschrieben, erst da-
durch erzielt hätten, daß aus ihnen etwas herausgelesen wurde,
was der Angeklagte gar nicht geschrieben hat.

Justizrat Kleinholz: Der Angeklagte sagt, er habe nie be-
leidigen wollen, habe auch nicht das Bewußtsein gehabt, daß diese
Artikel beleidigen könnten, insoweit erklärt er: Ich bin nicht
der Beleidigung schuldig. Es ist ihm doch unmöglich, den
Wahrheitsbeweis für Beleidigungen zu führen, die er nach seiner
Auffassung gar nicht aus-
gesprochen hat. Das würde ihn in die unangenehme Lage
bringen, jetzt erst mit Behauptungen vorzutreten, die er in den
Artikeln nicht ausgesprochen hat. Deshalb kränken wir uns
wegen die Beweisaufnahme und wollen das vermeiden, was in der
vorigen Sitzung aufgeführt wurde.

Oberstaatsanwalt Dr. Hensel: Das wäre alles sehr schön
und sehr gut, was die Herren da sagen,

wenn sie das nur in der ersten Instanz im Privatklageverfahren
gesagt hätten.

Dann würde ich nur den Gerichtshof zu bitten brauchen, sich
zurückzuziehen und zu entscheiden. So liegt die Sache aber nicht.
Als ihm in der ersten Instanz gesagt wurde, er hätte den Grafen
Rolke beleidigt, sagte der Angeklagte zwar erst: Ich habe es
nicht getan, wenn es aber behauptet wird, dann will ich den
Beweis der Wahrheit antreten. Da hat Herr Harben
den ganzen unerlässlichen Beweis aufgestellt. Deshalb muß ich
dagegen protestieren, wenn er jetzt sagt, ihm ist der Beweis auf-
gezwungen worden. Wer den Beweisvorgang hineingebracht
hat, ist Herr Harben. Die Erklärungen des Angeklagten und
seiner Verteidiger sind ja sehr dankenswert, aber dann ver-
stehe ich nicht, warum die Herren so viele Zeugen
geladen haben. Ich werde von meinem Standpunkt aus
nicht zugeben, daß hier zunächst über die Vorfrage entschieden
wird, ob Harben das gesagt hat, was ihm zur Last gelegt wird.
Die Tatbestandsmerkmale hat allerdings der Staatsanwalt nach-
zuweisen. Deshalb werde ich beweisen, daß die behaupteten Tat-
sachen nicht erweislich wahr sind.

Harben: Ich habe gesagt, was mein Wunsch in der Sache
ist; wenn meine Herren Verteidiger Zeugen geladen haben, so
hat sie ihr juristisches Gewissen dazu getrieben.

Justizrat Sells: Die Verteidiger haben meinem Wunsch nicht
entsprochen, mir über das, was die von ihnen geladenen Zeugen
bekunden sollen, Angaben zu machen. Ich werde deshalb einen
umfangreichen Beweis antreten müssen, dessen ganze Wucht sich
gegen die Frau v. Elbe

richten soll.

Die Verhandlung wurde hierauf auf morgen, Freitag, 10 Uhr,
vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Preussens Ernte im Jahre 1907.

Preußen hat in dem zu Ende gehenden Jahr eine im ganzen
recht günstige Ernte gehabt, obgleich ein beträchtlicher Teil des
Wintergetreides schlecht durch den Winter gekommen ist, so daß große
Blößen umgepflügt werden mußten.

Am schwersten hat der Weizen gelitten, von dem nach dem
Berichte über den Saatenstand im Mai d. J. 84,03 Hundertteile ver-
nichtet wurden. Hauptsächlich betroffen waren die Provinzen Sachsen,
Hannover und Ostpreußen.

Geerntet wurden im Jahre 1907 an Winter-Weizen, Spelz und
Roggen zusammen 8640 Tausend Tonnen, an Sommer-Weizen,
Roggen, Gerste und Hafer deren 8872, im ganzen also an Getreide
17512 Tausend Tonnen. Die Ergiebigkeit dieser Ernte zeigt sich
bei einer Vergleichung mit den nachstehenden Ertragszahlen der
Vorjahre.

	Tausend Tonnen		
	Winter- getreide	Sommer- getreide	Getreide überhaupt
1899	8837	6278	14 915
1900	8579	6485	15 064
1901	8765	7168	15 933
1902	9318	6800	16 118
1903	9017	7480	16 497
1904	9812	6408	16 220
1905	9225	6480	15 655
1906	9482	7810	17 292
Mittel aus 1899—1906	8955	6857	15 712

Hiernach hat 1907 unter allen Jahren die größte Getreideernte,
11,5 Proz. mehr als im Mittel aus 1899—1906.

Die Kartoffelernte dieses Jahres übertrifft mit 81 086 Tausend
Tonnen die vorjährige um 0,6 Proz. und das Mittel aus den acht
Vorjahren (29 485 000) um 5,6 Proz. Reichlicher war der Ertrag
nur 1905 und 1901, welche 84 020 und 83 998 Tausend Tonnen
brachten. Die Ertragsziffer ist aber 1907 sehr hoch und zwar
im Staatsdurchschnitt 7,5 Proz. gegen 3,8 im Vorjahre. Am
höchsten war sie in den Provinzen Ost- und Westpreußen mit 12,1
und 10,7, in Schleswig-Holstein, Posen und Westfalen mit 8,7, 8,2
und 8,0 Proz.; aber auch Brandenburg und Pommern sind mit 7,8
und 7,7 Proz. noch über dem Durchschnitt geblieben.

Auch die Heuermasse ist recht gut ausgefallen. Es wurden 5200
Tausend Tonnen Heu, 478 000 Luzern- und 12 288 000 Wiesenheu,
zusammen 17 913 Tausend Tonnen Heu eingebracht gegen 17 796 im
Mittel. Allerdings wurden die Erträge der beiden letzten Vorjahre
22 849 und 20 402 Tausend ebenso wie die der Jahre 1903 und 1902
mit 19 924 und 19 180 Tausend Tonnen nicht erreicht. Von den
übrigen Jahren brachte 1899: 16 510; 1900: 14 993; 1901: 14 827
und 1904: 14 170 Tausend Tonnen.

Altklebranerei Friedrichshagen. In der gestrigen General-Ver-
sammlung wurde die Dividende für das abgelaufene „schlechte“
Geschäftsjahr festgesetzt. Der Entbehrungslohn für die Aktionäre be-
trägt zu deren Leidwesen nur 4 1/2 Proz.

Zur Lage des Eisenmarktes in Großbritannien. Wie dem „Berl.
Tagblatt“ aus London gemeldet wird, sollen in Schottland zwölf
Hochöfen ausgedient werden.

Soziales.

Sozialdemokratie — die „Religion der Armen.“

Das Christentum, das der darben und leidenden Mensch-
heit Erlösung bringen sollte, ist durch seine Auslegung ein Mach-
mittel der herrschenden Klasse geworden, das das Volk zum be-
mühtigen Ertragen seiner Leiden, statt zum kraftvollen Zorn gegen
seine Unterdrücker und zur energischen Tat zur Veränderung
seiner Gesellschaftsstellung erziehen soll. Um so erfreulicher weist
es, wenn einer unter der großen Schaar der Verkünder des Christen-
tums soviel Menschenliebe offenbart, daß er der Religion der
Reichen die Religion der Armen gegenüber stellt und das Christen-
tum der letzteren gleichstellt. Gegenüber einer Feier des Märker
evangelischen Arbeitervereins hielt Pastor Cordes aus Hamburg
eine Festrede, in der er sich auch mit der Sozialdemokratie beschäf-
tigte. Er bemerkte zunächst, daß viele Parteigenossen, die der
Kirche den Rücken gewandt hätten, dennoch keine Feinde der
Religion seien und behandelte dann die drei Fragen: Mehr Lohn;
mehr Recht und: Wie stehen wir als Christen zum Sozialismus?
Seine Antworten sind wert wiedergegeben zu werden.

Zum ersten Punkt meinte Cordes, die Forderung.

„Mehr Lohn“

hinge sehr natürlich und enthalte anscheinend nichts Ideales, die
menschliche Begehrlichkeit schreie aus ihr zu sprechen. Jedoch das:
„zu wenig Lohn“ bedeute Not und Elend, Zerstörung des Familien-
glücks, schlechte Kindererziehung, tagtägliche Sorgen und im Hinter-
grunde lauernde Gefahr der Alkohollüste. Gewiß seien in den letzten
Jahren die Löhne gestiegen, aber zugleich schneller und höher die
Lebensmittelpreise und Mieten. 230 000 Mütter seien tagtäglich
an der Maschine gefesselt und ihre Kinder der Verwilderung preis-
gegeben. Ueber 500 000 Kinder unter 14 Jahren mühten der Er-
werbsarbeit nachzugehen und die Jugend verkümmere. Einseitiges
Elend sei Tausender Heimarbeiters Los. Bedenke man als Christ
die Folgen dieses Elends und höre den Ruf nach mehr Lohn als
ruhige, feste Forderung der organisierten Masse, dann könne man
sagen: Gott sei Dank! Das ist das Einzige, was uns weiter
heissen kann!

Zum zweiten Punkt:

„Mehr Recht“

führte der Festredner aus: Unter dem wirtschaftlichen Druck sei
der sogenannte freie Arbeitsvertrag wertlos. Das patriarchalische
Verhältnis sei längst überholt. An Stelle des persönlichen Arbeit-
geber sei vielfach das unpersönliche Kapital getreten. Wenn der
Unternehmer „Herr im Hause“ bleiben wolle, so sei dieser Stand-
punkt nicht gerecht. Mindestens sei der Standpunkt der Arbeiter
mit dem Verlangen nach Gleichberechtigung bei Festsetzung
des Arbeitsvertrages ebenso berechtigt. Die Forderung nach:
„Mehr Recht“ sei berechtigt, denn ein Zustand, der von dem er-
wachsenen Arbeiter verlange, daß er sich stumm unter den Willen
eines anderen Menschen füge, sei unerträglich. Ein Volk dürfe
grundsätzlich nicht aus Herren und Unterdrückten bestehen. In dem
Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern bestehe zwischen
Sozialdemokraten und christlichen Gewerkschaften kein großer
Unterschied. Im christlichen Lager verwehre man zwar den Klassen-
kampf, doch die Kampfweise sei dieselbe. Auch die Sozialdemo-
kratie sehe im Streik das letzte Mittel, wisse, wieviel Existenzen
durch ihn aufs Spiel gesetzt werden und habe ein Herz für vater-
ländische Industrie.

Die Frage:

„Wie stehen wir als Christen zum Sozialismus“

beantwortet Pastor Cordes unter folgenden Gesichtspunkten: Der
Sinn der großen sozialistischen Bewegung sei, man solle sich nicht
als Gegner im Kampf ums Dasein gerissen, sondern als
Brüder gemeinsam die Errungenschaften der Kultur besitzen. Dahin
gelangen könne die Menschheit auf dem Wege der Entwicklung.
Auch die sozialistische Neuordnung werde nicht gleich das Paradies
auf Erden schaffen, sondern die Neuierung nur als eine höhere
Kulturstufe ansetzen. Wenn von christlicher Seite eingewandt
werde: Die Menschen sind einmal auf Erden schlecht, es wird
hier nicht besser, so teile er (Redner) diese Stimmung nicht.
Der Mensch müsse einem Ideal nachstreben, es sei nicht nötig, daß
Armut und Elend zu allen Zeiten weiter bestehen. Aufwärts müsse
die Menschheit streben, damit sich das Volk als ein Volk von
Brüdern fühle. Auch Jesus habe nicht gewollt, daß Elend und
Not unter den Brüdern weiter wachsen solle, sondern sein Wille
war, daß die Menschen wie Brüder sein sollten. Auch in der
radikalen Arbeiterbewegung könne man dem Christentum ver-
wandtes finden. Unerträglich sei es zu hören, wenn man drei
Millionen deutsche Arbeiter als eine Bande von Nordbrennern und
Vaterlandsverrättern schmähe, obwohl sie bei ihnen ein sehr patri-
otischer Idealismus, der Glaube an die Zukunft des Volkes, zeige!
In diesen, vom Geist des wahren Christentums getragenen
Ausführungen sollten sich nicht nur die Sozialdemokraten und Zentrum-
spaffen, sondern auch viele Arbeiter eine nützliche Lehre ent-
nehmen. Cordes Darlegungen erinnern an die prächtigen Schriften
des Pastor Kuttner.

Gewerkschaftliches.

Eine absolute Notwendigkeit.

Die Geschäftsleitung der „Freien Vereinigung der Maurer
Deutschlands“ veröffentlicht in der „Einigkeit“ die Einigungs-
bedingungen, die unter Vorbehalt des Parteivorstandes zwischen
der „Vereinigung“ und dem „Zentralverband der Maurer“
festgelegt sind. Dabei erörtert die Geschäftsleitung auch die
Gründe, welche sie veranlassen — nein z w a g e n — einer
Einigung zuzustimmen.

Am bemerkenswertesten erscheint uns aus dieser Be-
gründung der folgende Passus:

„Das deutsche Unternehmertum, insbesondere das im Bau-
gewerbe, hat durch seine Handlungen gegen die organisierten
Maurer den Weg gewiesen, der bezüglich der Einigungs-
frage zu gehen ist. Ein Zusammenstoß der Kräfte der
Arbeiter erschien uns demgegenüber als absolute Not-
wendigkeit.“

Ein jeder Kollege, der die Entwicklung der Unternehmer-
organisation in den letzten Jahren beobachtet hat und die enorme
Ausdehnung und Entfaltung ihrer Macht kennt, die nur gegen die
Organisationen der Arbeiter im Baugewerbe Anwendung gefunden
hat und auch künftig in verstärktem Maße finden soll, der würde,
nach unserer Meinung gelinde gesagt, seine gute Handlung be-
gehen, wenn er angesichts solcher koalitierten, zentralen Unter-
nehmerverbände sich gegen eine angebotene Einigung stemmen
würde.“

Berlin und Umgegend.

Achtung, Kohrleger und Heiser!

Anläßlich der kommenden Weihnachtsfeier machen wir die
Kollegen darauf aufmerksam, daß laut § 2 des Tarifvertrages am
letzten Arbeitstage vor Weihnachten die Arbeitszeit zwei
Stunden früher als wie sonst beendet werden muß.

Ferner verweisen wir nochmals auf den § 21 des Tarifs, wo-
nach die Ocularfrage von den Arbeitgebern geregelt werden muß. In
den Fällen, wo die Arbeitgeber diese tarifliche Bestimmung nicht
erfüllen, ersuchen wir um dementsprechende Mitteilung.
Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Kohrleger und Heiser!

Bei der Firma Rolke in
Wilmersdorf, Auguststr. 66/67, dauert der Streik unverändert
fort. Die Firma ist für Kohrleger und Heiser bis auf weiteres
geperrt, ebenso der Bau Baalstr. 8/9. Die Bauarbeiter werden
erzucht, von dieser Sperre Rolks zu nehmen.
Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Warmwasserwerker nahmen in einer am Mittwoch abgehal-
tenen Versammlung die Abrechnung von ihrem Streik entgegen.
Derselbe begann am 2. September und erstreckte sich auf 10 Firmen.
13 Firmen bewilligten die Forderungen ohne Streik. Am Streik
waren 203 Arbeiter beteiligt, dazu kommen 45 Arbeitslose, so daß
im ganzen 247 Kollegen zu unterstützen waren. Von diesen ge-
hörten 23 dem Verbände an, 14 waren nicht organisiert. Von den
Streikenden waren 186 verheiratet und 81 ledig. Anläßlich des
Streiks ergingen vier polizeiliche Strafbefehle, zwei über 15 M.
und zwei über je 30 M. Im Laufe des Streiks fanden sich
30 Streikbrecher. — Die Kosten des Streiks belaufen sich auf
10 445 M. — Durch den Streik gingen 5400 Arbeitstage mit einem
Arbeitsverdienst von 81 048 M. verloren. — Von den Firmen, die
vor dem Streik in einem Vertragsverhältnis mit dem Verbände
standen, ist nichts erreicht, dagegen sind bei den anderen Firmen
wesentliche Verbesserungen durchgeführt worden. Der Mißerfolg bei
einem Teil der Firmen ist zurückzuführen einestheils auf die Be-
bindungung des Streikpostens durch die Polizei, andererseits
darauf, daß auswärtige Firmen die notwendigen Arbeiten an die
vom Streik betroffenen Gewerkschaften lieferten. Eine günstige Position
hatten die Unternehmer auch dadurch, daß die Verwendung von
Maschinen, an denen ungelernete Arbeiter beschäftigt werden, in den
letzten Jahren zugenommen hat.

Deutsches Reich.

Weihnachtsgeschenk für die Bergleute.

Auf den Einneschen Gruben Boaker Mulde in Linden und
Sachsenwinkel in Zählhausen sind den Bergleuten Lohnreduktionen
von 10 bis 25 Proz. gemacht worden. Es wurden pro Wagen
durchschnittlich 10 bis 20 Pf. gebohrt, das Berglohn wurde teil-
weise ganz genommen. Auch auf anderen Gruben sind bereits Lohn-
reduzierungen angekündigt.

Warnung vor Zuzug nach dem Hamburger Hafen — ein Streikbruch?

Anfang November d. J. erschienen im „Vorwärts“, „Hamburger Echo“, „Stettiner Volksboten“ und „Hafenarbeiter“ Aufrufe, in denen unter Darlegung der Verhältnisse im Hamburger Hafen, wo ein großer Teil der Schauerleute usw. arbeitslos ist, vor Zuzug nach Hamburg gewarnt wurde. Da die Meeder sich durch Anstellung fester Kontraktarbeiter für alle „Eventualitäten“ rüsten wollen, sie statt der 2000 „gewöhnlichen“ Kontraktarbeiter nur deren 1300 haben (die Hamburger Arbeiterkassette geht aus den schon mitgeteilten Gründen kein einjähriges Kontraktverhältnis ein), zogen sie immer mehr auswärtige Arbeiter nach Hamburg, wodurch die Arbeitslosigkeit unter den Hamburger Hafenarbeitern vermehrt wurde. In den Warnungen vor Zuzug erklärten die Meeder eine Verlegung des am 18. April 1907 zwischen Hafenbetriebsverein und Hafenarbeiterverband abgeschlossenen Vertrages, weshalb sie gegen diesen eine Zivillage angestrengt haben.

Den beantragt der Hafenbetriebsverein den Erlass einer einstweiligen Verfügung, dahingehend:

1. b. Der gerichtsjetzt entsprechend der Wichtigkeit der Angelegenheit noch anzusehenden Strafe zu verbieten:

a) den Zuzug von Hafenarbeitern nach Hamburg irgend einer Weise, sei es direkt oder indirekt, zu fördern, insbesondere öffentliche Warnungen vor solchem Zuzug zu erlassen oder zu veranlassen,

b) die von dem Kläger angenommenen Kontraktarbeiter als „Streikbrecher“ zu bezeichnen, sonst rechtlich zu machen oder zur Aufgabe ihres Kontraktes zu beeinflussen;

2. aufzuerlegen, zur Sicherung des Klägers gegen fernere Verletzungen des am 9. April nebst Zusatz vom 18. April 1907 abgeschlossenen Vertrages einen Betrag von 50.000 M. bei der Hinterlegungsstelle des Amtsgerichts zu hinterlegen.

Diese Klage gelangte am Donnerstagnachmittag vor der Zivilkammer III des Landgerichts Hamburg zur Verhandlung.

Der Vertreter des klagenden Hafenarbeiterverbandes, Dr. Blig, beantragte die Aussetzung der Verhandlung, da ihm erst heute morgen ein Schriftsatz zugegangen sei, den er noch nicht habe durcharbeiten können. Dr. Ehlers, Vertreter des Hafenbetriebsvereins, beantragte sofortige Verhandlung, weil es sich um eine schleunigst zu erlassende einstweilige Verfügung handele; die Entscheidung müsse noch heute erfolgen, denn nach den Feiertagen sei viel Arbeit zu bewältigen. Das Gericht beschloß sofort zu verhandeln, worauf Dr. Blig die Erklärung abgab, daß unter diesen Umständen die Verhandlung bis in die späte Nachtstunde dauern werde, da er sämtliches Material (ein ungeheurer Altkasten) vorlesen müsse. Ferner beantragte Dr. Blig die Verlegung der notariellen Vollmacht des Klägers. Das Gericht hob hierauf den Beschluß auf und setzte eine neue Verhandlung auf Sonnabendmittag an.

Der Lohnkampf in der Maximilianshöhe (Oberpfalz) dauert fort. Die bürgerliche Presse, allen voran der schwarze „Regenburger Anzeiger“, fährt fort, die Bewegung durch unverschämte Lügen zu diskreditieren. Die Zentrumpresse wird von den Christlichen bedient, die wegen ihres Unfalls zum Streikbruch die Lohnabwertung plüßlich für unbedeutend erklären. Die neueste von den Christlichen verbreitete Lügenbeuterei ist, daß den 800 Streikenden vom Metallarbeiterverband die Streikunterstützung gekürzt bzw. für die Ledigen ganz eingestellt sei. Das ist direkt aus der Luft gegriffen. Die Streikunterstützung wird für Weihnachten sogar erhöht. Ferner wird mit einer Unverschämtheit sonderbar die Nachricht verbreitet, am Montag sei ein halbes Bataillon Infanterie ins Streikgebiet abgegangen. Kein Wort davon ist wahr. Die Gendarmen allein langweilen sich furchtbar.

Husland.

50 Jahre Kampf.

Ihr 50-jähriges Bestehen feiert die „Helvetische Typographia“, das Organ der Buchdrucker der deutschen Schweiz, durch eine soeben herausgegebene Festschrift. Sie ist das älteste schweizerische Gewerkschaftsblatt.

Aus der Arbeiterbewegung in Baku.

Die eigenartigen Produktionsbedingungen in Baku haben der dortigen Arbeiterbewegung ein ganz besonderes Gepräge verliehen. Obwohl ein bedeutender Teil der Arbeiter aus halbproletarischen, unaktivierten Elementen besteht, verleiht die günstigen Arbeitsbedingungen des in Baku produzierten Naphthas der Arbeiterbewegung einen ganz besonderen Schwung. Hierzu kommt noch, daß sich die Naphthaindustriellen in Baku von den Unternehmern im Innern des Reiches sehr zu ihren Gunsten unterscheiden. Die ungeheuren Dividenden und die sichere Stellung, die sie auf dem Weltmarkt einnehmen, veranlassen sie, jene kleinliche Knauererei aufzugeben, die für russische Großindustriellen gegenüber so charakteristisch ist. Andererseits sehen sich die Industriellen in Baku gezwungen, den Arbeitern Konzessionen zu machen und ihre Organisationen anzuerkennen und zu fördern, weil ihnen eine unorganisierte Masse keine Garantie bieten kann, den Betrieb ohne Unterbrechung aufrecht zu erhalten. So gelang es denn auch den Arbeitern schon im Dezember 1904, einen Kollektivvertrag — den ersten in Husland — mit den Unternehmern abzuschließen, und gegenwärtig stehen sie wieder vor der Abschließung eines neuen Vertrages.

Zu letzter Zeit wurde hier immer häufiger ein neues Kampfmittel in Anwendung gebracht — der „italienische Streik“. Zum ersten Male wurde er im letzten Sommer von den Arbeitern bei Rothschild angewendet. Ihnen folgten bald die Arbeiter anderer großer Werke. Auf den ersten Blick verspricht dieses neue Kampfmittel nichts als Vorteile; der Arbeitslohn bleibt derselbe, während der Unternehmer gezwungen ist, starke Verluste zu tragen. Diese Vorteile sind aber rein negativer Natur. Die „Dampfpfeife“ („Gubol“), das Organ der Naphthaarbeiter in Baku, charakterisiert die negativen Ergebnisse dieser Kampfmethode wie folgt: „Sie lenkt die Arbeiter vom gemeinsamen Kampf für gemeinsame Interessen ab. Sie desorganisiert sie, insbesondere den weniger entwickelten Teil derselben, indem sie sie nicht an geschlossene, vorbereitete, offene Aktionen der ganzen Masse gewöhnt, sondern an verdeckte, heimliche Angriffe; von dieser Kampfmethode ist bloß ein Schritt zu noch weniger erwünschten, die organisierten Aktionen und die Geschlossenheit des Proletariats während untergraben — zu allerhand anarchischen Kampfmitteln.“

Zur Lage in Ostfelds (Kenada). Die große Ost, mit der Roosevelt Truppen nach dem Streikgebiet sandte, ist den Grubenbesitzern unbedeutend geworden. Es schloß jeder Anlaß, die Truppen zu behalten, und die Vorbereitungen, die Bergwerke mit unorganisierten Arbeitern zu besetzen, sind noch nicht erledigt. Das war der Zweck, zu welchem die Unternehmer die Truppen brauchten, sie wollten die Nacht der Vereinigung der Bergleute der „Bergbauern“ brechen und den ausgebrochenen Streit dazu benutzen. Es ist dies dieselbe Gewerkschaft der Bergleute, deren Führer in Idaho wegen Verschwörung zu Mordtaten verurteilt worden (Dahwood ist bekanntlich schon freigesprochen) und die Roosevelt öffentlich als „nicht wünschenswerte Bürger“ bezeichnet hat.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen- oder Damenwahlrecht in Niederland?

Eine der sonderbarsten Mißgebungen von Wahlrecht oder Wahlrecht ist das niederländische Wahlrecht zur zweiten Kammer der Generalstaaten, das im allgemeinen auch für die

Provinzialstaaten, die die Erste Kammer zu wählen haben, und für die Gemeindevertretungen gilt. Man kann Wähler werden vermöge seiner Steuerkraft; man kann Wähler werden, wenn man einen bestimmten Minimalbetrag an Bohnungssteuer zahlt und lange genug in ein und derselben Wohnung bleibt; der Arbeiter oder Angestellte kann das Wahlrecht erhalten, wenn er eine bestimmte Lohnsumme verdient — und wenn er außerdem im Laufe eines Jahres nicht öfter als einmal seinen Arbeitgeber gewechselt hat, und zu diesen drei Sorten von Wählern kommen noch die „Sparbankwähler“, wahlberechtigt auf Grund einer Sparanlage von bestimmter Höhe, sowie die „Examenwähler“, denen das Wahlrecht zuerkannt wird, weil sie irgendein Examen, sei es auch nur als Zuerkennungsbeamte, Schullehrer, Kollege, Steuerbeamte usw. bestanden haben. Man hat also furchtbar Gelegenheit, Wähler zu werden. Aber alle diese Bestimmungen sind so schlau ausgedacht, daß die große Masse der Arbeiterkassette vom Wahlrecht ausgeschlossen ist, und dann gelten sie auch nur für Männer, so daß die Frauen von vornherein für wahlrechtlos erklärt werden.

Die Wahlrechtsbewegung der niederländischen Arbeiterkassette war natürlich zunächst, solange die Frauen selbst nicht kräftig genug eingriffen, auf das allgemeine Wahlrecht für die Männer gerichtet. Schon man das Frauenwahlrecht in den Vordergrund, so mußte man damit rechnen, daß ein Damenwahlrecht daraus gemacht werde, das, indem es die politische Uebermacht der Bourgeoisie stärkt, der proletarischen Frau mehr Schaden als Nutzen bringt. Daß es die bürgerlichen Parteien nach einem Damenwahlrecht gelüftet, dafür liegen sehr wenige Gründe vor. Inzwischen hat die Frauenwahlrechtsbewegung einen solchen Einfluß gewonnen, daß man sich in den verschiedenen Parteien so ziemlich darüber einig ist, daß der Frau ihres Geschlechtes wegen das Wahlrecht nicht länger vorenthalten werden kann. Es handelt sich für die bürgerlichen Parteien meist nur noch darum, wie man das Frauenwahlrecht beschneiden soll, um es „unschädlich“ zu machen. Allerdings gibt es auch noch grundsätzliche Gegner des Frauenwahlrechts in den bürgerlichen Parteien. So haben sich von den fünf Mitgliedern einer von den katholischen Wahlvereinen Niederlands eingesetzten Wahlrechtskommission drei grundsätzlich gegen das Frauenwahlrecht erklärt, und ein viertes Mitglied hält die Frauen im allgemeinen noch nicht für „reife“ dazu, ein fünftes möchte das Frauenwahlrecht allmählich eingeführt wissen.

Etwas anders sieht es in der größten religiös-politischen Partei, der calvinistischen oder „antirevolutionären“, wie sie sich nennt. Hier hat sich selbst der geistliche und geistliche Leiter Dr. Kuyper, der frühere Ministerpräsident, für ein Frauenwahlrecht erklärt. Er hält jedoch nur die Frauen, die das Oberhaupt einer Familie bilden, also im allgemeinen Witwen, des Wahlrechts für würdig. Etwas anderes hat Vorgesius, der Mann der Unionsliberalen, ausgesprochen. Er hält es für eine gerechte Regelung, wenn den unverheirateten Frauen und den Witwen vom 30. Lebensjahre ab das Wahlrecht zuteil wird, also gleichsam als eine Art Prämie für die alte Jungfernschaft und Witwenchaft. Die Altersgrenze für das bestehende Männerwahlrecht ist das 25. Lebensjahr, und wenn der liberale Führer die Frauen erst 5 Jahre später für wahlberechtigt erklären will, so deswegen, weil sonst allzu vielen Frauen, wenn sie und weil sie sich verheiraten, das Wahlrecht wieder genommen würde, was aufreizend wirken müßte. Praktisch würde das Witwenwahlrecht verbunden mit der Bestimmung, daß es durch Armenunterstützung ausgeglichen wird, dahin wirken, daß Tausende armer Witwen davon ausgeschlossen wären, und das Alltagswahlrecht würde natürlich auch vor allem den mehr bemittelten Schichten zugute kommen, während die Masse der Arbeiterinnen, alle die, die vor dem 30. Lebensjahre heiraten, davon ausgeschlossen wären oder auf den Tod ihrer Männer warten und dann in ständiger Not müßten, eine vielleicht zahlreiche Kinderschar ohne öffentliche Unterstützung großzuziehen.

Wie man sieht, laufen die Vorschläge der bürgerlichen Parteien darauf hinaus, eine Art Damenwahlrecht zu schaffen. Sollte man es einfach von Vermögen oder von der Steuerkraft abhängig machen, so wäre das Unrecht allzu offensichtlich. Darum sucht man das Ziel auf anderem Wege zu erreichen, der Frau Wahlrecht zu geben, jedoch so, daß es zur Stärkung der Bourgeoisie in ihrem Klassenkampf gegen die Arbeiterkassette dient, und damit zur Unterdrückung der Proletarierfrau. Um so mehr ist es Aufgabe der Proletarierinnen, vor den falschen Frauenwahlrechtsfreunden auf der Hut zu sein und mit den Männern unbedingt das wirklich allgemeine, gleiche Wahlrecht zu fordern. Diese Ueberzeugung findet sich denn auch unter den niederländischen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen immer mehr Bahn, und sicherlich wird es nicht gelingen, sie mit einem Damenwahlrecht irgendwelcher Art zu täuschen.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Spandan. Freitag, den 20. d. M., im Restaurant Wölfe, Linden- ufer 17: Bedeutliche Mitgliederversammlung. Der Vorstand.

Gerichts-Zeitung.

Ein Nachklang zum Prozeß Hau.

Gestern begann vor der vierten Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe die öffentliche Anklage wegen verurtheter Erpressung, wegen Verleumdung und wegen Verunglimpfung gegen den Freiherrn Karl Friedrich von Lindenan aus Mannheim. Die Erpressung wird in einem am 18. Juli 1907 an Fräulein Olga Kollitor gerichteten Briefe erlitten, durch welchen sich der Angeklagte einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen suchte. Die Verunglimpfung wird darin erlitten, daß er in diesem Briefe sowie in einem weiteren Briefe an den Verteidiger Dr. Dieck Andeutungen nach der Richtung hin machte, daß Hau nicht der Mörder der Frau Kollitor sei, daß nach seiner Ansicht vielmehr Fräulein Olga Kollitor den tödlichen Schlag abgegeben haben müßte. Die Verleumdung wird in diesen die Ehe des Fräulein Kollitor verlegenden Andeutungen erlitten und ferner in der Tatsache, daß v. Lindenan die Dame neben der Ermordung ihrer Mutter auch des Meines, begangen im Hauptprozeß, beschuldigte. Der Sachverhalt ergibt sich aus dem Inhalt der beiden inkriminierten Briefe. In dem Schreiben an Fräulein Kollitor heißt es: „Hochverehrtes Fräulein! Ich habe den gestrigen Verhandlungstag abgewartet, um zu hören, welche Aussagen Sie in der Angelegenheit Ihres Schwagers Hau zu machen für angemessen finden werden. Demgegenüber sehe ich mich heute veranlaßt, Ihnen eine kleine Geschichte zu erzählen, die wohl nicht so ohne Interesse für Sie sein dürfte, als ich vielleicht und außer Ihnen wahrscheinlich der einzige bin, der über den Verlauf der Vorangelegenen Auskunft geben kann. Da ich mich zu verheiraten gedenke, so halte ich anfangs November v. J. ein Inserat in der „Badischen Presse“, worin ich bekannt gab, daß ich mich mit einer gebildeten und vermögenden jungen Dame zu verheiraten wünsche.“

Hierauf erhielt ich unter anderen Befehlen ein Bistell-doung aus Baden-Baden, wonach eine Dame mich einlud, zu einer persönlichen Aussprache am Abend des 6. November zu einem Rendezvous zu kommen, und sie schrieb weiter, sie erwartete mich zwischen 5 und 6 Uhr an den „Lindenstäffeln“, und wolle sie als Erkennungszeichen einen weißen Schal in der Hand tragen. Da die betreffende Dame eine ziemlich bedeutende Summe als ihr Vermögen angegeben hatte, so ließ ich mich die ziemlich weite Reife nach Baden-Baden nicht geteuen und traf ich pünktlich zu der angegebenen Stunde zu der mir bekanntgegebenen Stelle ein. Nachdem ich einige Zeit gewartet hatte, sah ich in einiger Entfernung zwei Frauengestalten erscheinen, worauf ich, annehmend, es könne dies meine Dame sein, schnell von der anderen Seite die Straße hinüberging, um mich zu überzeugen, ob etwa eine derselben einen weißen Schal in der Hand halte. Wer aber beschrieb mir Entsetzen, als gerade vor meinen Augen ein Schuß ertönte und ich wahrnehmen mußte, daß eine der beiden Damen, welche in diesem Augenblick dicht hinter

der anderen folgte, auf diese geschossen hatte. Als ich dann aber sah, daß die angeschossene Dame warnte und zu Boden fiel, entfernte ich selbst mich eilig, da ich befürchtete, möglicherweise selbst für den Täter gehalten zu werden, und zwar letzteres hauptsächlich aus dem sehr natürlichen Grunde, weil ich annahm, daß wohl niemand eine Dame für eine Mörderin halten werde. Ich habe seither aus wohlüberlegten Gründen geschwiegen und meine damaligen Wahrnehmungen gegen niemanden geäußert, weil ich den Verlauf des Prozesses und damit speziell Ihre Aussagen abwarten wollte. Heute aber will ich Ihnen, Fräulein Olga, und nur Ihnen mitteilen, daß ich in Ihnen geherr, und ohne mich zu täuschen, jene Dame wieder-erkannt habe, die an jenem Abend den Schuß abgegeben, demnach auf Ihre Mutter geschossen hat. Ich will hier nicht meine Ansicht ausdrücken, welches die Beweggründe Ihrer furchtbaren Tat gewesen sein können, ob Sie die Mitwisserin eines unter Umständen gefährlichen Geheimnisses, die Ihnen auch aus anderen Gründen zur Verwirklichung gehegter Zukunftspläne hindernd im Wege stand, beseitigen wollten, oder ob Sie dem heimlich Geliebten den Beweis Ihrer Zuneigung zu erbringen beabsichtigten, dann später aber, als Sie sich die entsetzlichen Folgen Ihrer Tat klar machten, diese eingestehen nicht mehr den Mut fanden und lieber den Geliebten opferten. — Für mich ist heute als leidenschaftlich Verliebter die Tatsache maßgebend, daß ich nicht daran denke, Sie zu beraten, hoffend, daß die Zeit nicht fern sein wird, wo auch Sie mich durch Ihre Liebe und dann auch selbstverständlich durch Ihre Hand für mein Schweigen belohnen werden. Dies ist das heiße Ziel, welches fröhlich ich als meine alleinige Lebensaufgabe zu erkiten gewillt bin; denn daß ich Sie liebe und stets lieben werde, ist mir heute, als ich Ihr liebendes Gesichtchen aus nächster Nähe sah, zur Gewissheit geworden, und fühlte erst heute, wie recht unser großer Dichter Goethe hat, als er die Worte schrieb, daß nur derjenige wahrhaft liebt, der für die Geliebte selbst ein Verbrechen zu begehen bereit ist, was ich also jetzt schon dadurch beweise, daß ich einen Unschuldigen meiner Liebe zu Ihnen opfere. Nochmals, teurer Olga, ich liebe Sie und werde Ihnen zuliebe der Mithuldige einer Mörderin. — Der liebe Herrgott möge mir die Sünde verzeihen! Einseitige Antwort erwarte ich bestimmt innerhalb der nächsten 14 Tage durch kurze Notiz in der „Badischen Presse“.

Der zweite an den Verteidiger Karl Hau's, Rechtsanwalt Dr. Ed. Dieck in Karlsruhe, gerichtete Brief lautete: „Nach langem Ueberlegen bin ich zu dem Entschluß gekommen, Ihnen als dem Verteidiger des Rechtsanwalts Hau wahrheitsgetreue Mitteilungen über den Mörder der Frau Kollitor zu machen, da ich wohl der einzige bin, der hierüber Auskunft zu geben vermag, indem ich gleichzeitig bemerke, daß ich derjenige Herr bin, der am Abend des 6. November im Augenblick, als der Schuß fiel, in unmittelbarer Nähe der Damen Kollitor mich befand, dessen Ausfindigmachung bisher nicht gelungen ist und auch in Zukunft wohl nicht gelingen wird, da ich mir gelobt habe, über die Person des Mörders aus Gründen, die tiefergehend sind als mein Gewissen, Stillschweigen zu beobachten. Wenn ich aber heute mich dennoch entschloß, Ihnen den wahren Sachverhalt mitzuteilen, so tue ich dies, da ich nicht will, daß ein Unschuldiger den Kopf unter das Henkerbeil legen soll. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Schreiber dieses ist Junggeselle, hat aber die Pflicht, sich wenn möglich, im Falle zu verheiraten. Zu diesem Zwecke veröffentlichte ich zu Anfang November ein Inserat, worin ich den Wunsch aussprach, mich mit einer gebildeten und vermögenden Dame zu verheiraten. Auf diese Annonce erhielt ich unter anderen Offert-schreiben einen Brief aus Baden-Baden, worin ich auf den Abend des 6. November zwischen 5 und 6 Uhr nach Baden-Baden bestellt wurde und hieß es weiter, die Dame wolle mich an den „Lindenstäffeln“ erwarten und als Erkennungszeichen einen weißen Schal in der Hand tragen. Da die Dame eine größere Summe als ihr Vermögen angegeben hatte, so ließ ich es mich nicht geteuen, nach Baden-Baden zu fahren. Nachdem ich an dem mir bekannt gegebenen Orte einige Zeit gewartet hatte, bemerkte ich in einiger Entfernung zwei Frauengestalten und näherte mich von rückwärts, um mich davon zu überzeugen, ob eine der Damen einen weißen Schal in der Hand trage. Wer aber beschrieb mir Entsetzen, als ich in unmittelbarer Nähe der Damen ein Schuß krachte und eine der Damen niederfiel, während die andere um Hilfe schrie.“

Dagegen ist genau gesehen, wer geschossen, Hau war es nicht, war ich infolge dieser Entdeckung so sehr überrascht und zugleich verwirrt, daß ich nur daran dachte, aus der Nähe der Mordstelle fortzukommen, annehmend, ich könne als Mörder angesehen und festgenommen werden, worauf ich mich eilends entfernte. Dies ist der objektive Tatbestand, den ich nach bestem Wissen zu Ihrer, und damit zur Kenntnis der Geschworenen und des Gerichts bringe.“

Der Angeklagte hatte in der Voruntersuchung mit Beweiskraft, Begehrtheit und Verlichkeit seine Unschuldigkeit bezeugt. In der gestrigen Verhandlung meinte er, das alles sei zutreffend, er sei wohl nicht ganz zurechnungsfähig gewesen. Der vom gebildeten Böbel während des Hau-Prozesses umjubelte Freiber machte den Eindruck eines völlig englischen Menschen. Die Beweis aufnahme wird voraussichtlich einige Tage dauern. Wir werden über das Urteil berichten.

Vermischtes.

Durch Kohlenoxydgas erstickt. In Wilhelmshafen sind, wie von dort gemeldet wird, in der vergangenen Nacht in einem Hotel zwei Dienstmädchen infolge Einatmens von ausströmendem Kohlenoxydgas erstickt.

Eine Hochstaplerin verhaftet. Nach einer Meldung aus Budapest verhaftete die Polizei die internationale Hochstaplerin Hamza, welche unter adeligem Namen umfangreiche Schwindelkuren ausgeführt hat.

In den Flammen umgekommen. In Benig entstand gestern Abend in einer Bodenstammer, in der zwei Kinder schliefen, durch das Umfallen einer Petroleumlampe Feuer. Wie das „Beniger Tagesblatt“ meldet, ist dabei ein zehnjähriger Knabe in den Flammen umgekommen. Das andere Kind hat lebensgefährliche Brandwunden davongetragen.

Erdbeben. Aus Rom wird berichtet: In Avellino und Salerno fanden gestern Abend heftige Erderschütterungen statt. Bis nach Mitternacht waren Meldungen über etwaige Schäden nicht eingegangen.

Lehrerverband, Solidarität. Heute Freitag 9 Uhr: Tages-ordentliche Versammlung im Lokale von Povel, Große Frankfurterstr. 99.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

	am	seit		am	seit
	18.12.	17.12.		18.12.	17.12.
	cm	cm		cm	cm
Hemel, Mühl	307,9	-21	Saale, Großhly	114	-8
Regel, Unterburg	67,9	+40	Saale, Spandau	98	-1
Weiße, Thron	98,9	-4	Elbe, (Ebenroth)	122	+1
Obere, Ralthe	117	-21	Spree, Spandau	102	0
Preußen	163	0	Preußen	135	+1
Frankfurt	157	+15	Elbe, Müritzen	-1	-1
Barthe, Schimm	142,9	-8	Elbe, Müritzen	102	-6
Landau, Landau	94	+5	Elbe, Müritzen	420	-8
Rehe, Bordanau	50	0	Elbe, Müritzen	248	+12
Elbe, Leimitz	5	-5	Elbe, Müritzen	367	-5
Preußen	-10,9	-4	Elbe, Müritzen	75	-20
Borde	157	-1	Elbe, Müritzen	174	+9
Magdeburg	141	-3	Elbe, Müritzen	167	-71

1) + beherstet Waß, — Fall, — 2) Unterbegl. — 3) Ustland. 4) Auf zwei Drittel Strombreite gestreut. — 5) Grundwassgang. — Die Ober hatte bei Krappitz und Briel Grundeis.

Wer bei
Jandorf
kauft
spart
Geld!

A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Unser Lebensmittel-Katalog ist erschienen.
:: Zusendung auf Wunsch portofrei. ::

Freitag, Sonnabend, soweit Vorrat.
Verkauf nicht an Wiederverkäufer.

Lebensmittel

Sonntag den 22. Dezember
geöffnet von 12-8 Uhr.

Stangenspargel I	1.20	65 Pf.	Bruchspargel prima	90	50 Pf.	Schoten junge	45	28 Pf.
Stangenspargel II	1.10	60 Pf.	Bruchspargel ohne Köpfe	60	35 Pf.	Mirabellen	65	38 Pf.
Stangenspargel IV	85	48 Pf.	Schoten extra fein	1.00	55 Pf.	Pflaumen süß/sauer	60	35 Pf.
Bruchspargel extra prima	1.10	60 Pf.	Schoten feine	55	33 Pf.	Preisselbeeren	65	— Pf.

Apfelsinen Dutzend **30, 45** Pf. **Fett-Gänse** Pfund **63** Pf. **Citronen** Dutzend **40, 50** Pf.

Cervelatwurst in Rinddarm, Pfd.	1.20	ff. Leberwurst	Pfund 95 Pf.	Knoblauchwurst	Pfund 1.10
Salamiwurst in Rinddarm	Pfund 1.20	Landleberwurst	Pfund 85 Pf.	Schinkenspeck	Pfund 95 Pf.
Schinkenwurst	Pfund 1.20	Mettwurst nach Braunschweiger Art	Pfund 90 Pf.	Mausschinken	Pfund 1.20

Weizenmehl 00	2 Pfund 38	5 Pfund 93	10 Pfund 1.80	Mandeln süß	Pfund 1.10	Diverse Liköre	Flasche ca. 1/2 Liter 58 Pf.
Kaiser Auszugmehl	40	98	1.90	Mandeln bitter	Pfund 1.15	Boonekamp (H. Underberg-Albrecht)	1/2 Fl. 2.30
Marke Matadormehl	46	1.15	2.20	Citronat	Pfund 75 Pf.	Wurms Magendoktor	ca. 1 Literflasche 2.20
Sultana-Rosinen	Pfund 60 Pf.	Pflaumen getrocknet	Pfund 25, 30	Kognak	1/2 Flasche 1.05, 1.50	Rum (Verschnitt)	1/2 Flasche 1.00, 1.20, 1.50
Grosse Rosinen	Pfund 50 Pf.	Pflaumen ohne Stein	Pfund 48 Pf.	Punsch-Extrakt	1/2 Fl. 1.60, 1/4 Fl. 85 Pf.		
Corinthen	Pfund 35 Pf.	Gemischtes Backobst	Pfund 40 Pf.				

Casseler Rippespeer Pfund **70** Pf.

Photographie-Bons gratis bei einem Gesamteinkauf von **5 Mark** **10 Mark** **15 Mark** **20 Mark**
1/4 Dtz. Visit oder Prinzess 1/2 Dtz. Visit oder Prinzess 1/4 Dtz. Griseldis oder Cabinet 1/2 Dtz. Griseldis oder Cabinet

Ausgeschlossen von dieser Vergünstigung sind Genussmittel und wenige andere Artikel, bei welchen wir an Verkaufspreise gebunden sind

Kronen, Lampen, sämtliche Zubehörteile, Gaskocher, Plättapparate etc.
Reparaturen prompt und billigst
Elektrische Klingelleitungen
Fernspr. 3, 3969.
Fritz Clemens
Inh.: Rud. Fahrholz, Ingenieur
Kanalisations-, Gas- und Wasser-Anlagen,
N. 58, Schönhauser Allee 128,
Laden, Hof geradezu.
Vorzugern dieses Inserats gewähre an der Kasse 5 Proz.



*Das müßt Ihr jungen Zeug
für Sommerkleider
mit bringen.*

Nur für Herren

Welche Wert auf elegante Garderoben legen, bietet sich Gelegenheit, sich in dem Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurterstraße 93 (zwischen Markus- und Krautstraße), mit gebrauchter moderner Kleidung zu versehen.
Wir beziehen unsere Anzüge, Paletots usw. teils aus ersten Abonnementhäusern, teils von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere usw., die nur bei ersten Schneidern arbeiten lassen.
Es bieten sich daher für jedermann ganz enorme Vorteile, da sich unsere Garderoben der meist sehr mangelhaft angefertigten Konfektionsware gegenüber durch besonders gute Verarbeitung (vielfach auf Seide) und tadellosen Sitz auszeichnen. Wir empfehlen gereinigte, reinwollene

	3 Monat	2 Monat	1 Monat
	getragene	getragene	getragene
Maß-Anzüge	8 M.	12 M.	16 M.
Maß-Paletots	6 M.	10 M.	14 M.

Kaufhaus für Monatsgarderoben
Große Frankfurterstraße 93
zwischen Markus- und Krautstraße.
Frack und Gesellschaftsanzüge werden zu billigen Preisen
verkauft.
Einziges christliches Geschäft dieser Art am Platz.
Achten Sie auf die blauen Schilder.

Zum Weihnachtsfest
kaufen Sie bei uns am besten.
Auf Teilzahlung
wöchentlich nur 1 Mark.
Grosse Auswahl in:
Herrn- und Damen-
Uhren, Fremdwährern,
Brosse en Klagen, etc. etc. echten Menzenhauer
Zitern, Phonographen, Plattensprech-
maschinen, Polyphons, Harmonikas, Mandolinen, Geigen etc.
Verkauf von prima Platten; echte Edisonwalzen Stück 1 Mk.
Jahre & König, Warschauerstrasse 72, I. Etage,
Reinickendorferstr. 101, I. Etage.
Beim Ankauf einer Plattensprechmaschine
erhält jeder Käufer
3 grosse doppelseitige Platten u. 200 Stück
Stahlnadeln gratis.
Achten Sie genau auf unsere Firma.

Kleider machen Leute!!

Wenn Sie elegant und schneidig gekleidet sein wollen, kaufen Sie bei

Alex Bohne

Landsberger Str. 79

Herren- u. Knaben-Moden.

Vornehme Maß-Anfertigung.

Herren-Paletots	von 20 Mk. an.
„ Anzüge	20 „
Schwarze Rock-Anzüge	28 „

Jünglings- und Knaben-Anzüge und Paletots in allen Preislagen.

Zu Weihnachten empfehle ich:

Schlafbrücke, Joppen, Phantasie-Westen etc.

Trotz meiner anerkannten sehr billigen Preise gewähre den Vorzugern dieses 5 Proz. Rabatt.

Die allerbeste Puppe

erhält man, wie seit Jahren bekannt, in der
Puppen-Fabrik Otto Kreyssig
jetzt nur **Brunnenstr. 83** früher Brunnenstr. 118.
Reparaturen beim Einkauf gratis!
von Ersatzteilen gratis!



Genau!!
genauere Feines
läuft man am besten
im größten
Optischen Spezialgeschäft von **Robert Arnoldi**
Berlin NO., Neue Königstraße 42.
(eine Minute vom Tiergärtelplatz).
Vorzugern dieses Inserates gewähre an der Kasse 5 Prozent.

Agitations-Kalender.

Deutsche Rechtspflege.

April.

8. In Pölkau wird Genosse Ficker wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. In einer Wahlversammlung hatte der Referent die bekannte Kaiserrede berührt, die den Soldaten die Pflicht zuspricht, auf Befehl selbst auf Vater und Mutter zu schießen. Dabei waren aus der Mitte der Versammlung zahlreiche Pfuirufe ertönt. Angeklagt wurden deswegen fünf Genossen. Die Belastungszeugen können nicht sagen, wer Pfui gerufen habe. Ein Gendarm aber will gesehen haben, daß Genosse Ficker den Mund spitzte und den Kopf nach vorn brugte. Deshalb wurden die anderen freigesprochen, Ficker verurteilt.

9. Genosse Schlegel von der „Frankl Volkstimme“ wird vom Schöffengericht zu Kulmbach in Zeugniszwanghaft genommen, weil er in einem privaten Beleidigungsprozeß den Verfasser eines Artikels nicht verraten wollte. Zugleich wurden ihm 150 M. Strafe auferlegt.

10. Genosse Ged von der „Volkstimme“ in Mannheim muß die Zeugniszwanghaft antreten, weil er den Verfasser des „Schmupstaba“ Artikels nicht verraten will.

16. Von dem Arbeitsnachweis der Gaugewerbe an der Unterweser war ein Kleinrenter D. verurteilt worden, weil er agitatorisch aufgetreten war und Geld für streikende Arbeiter gesammelt hatte. Er wurde entlassen. Erhöht er nach langem Suchen Arbeit, so würde er stets auf Verreiben des „Arbeitsnachweises“ wieder entlassen, und wollten die Unternehmer sich dem Nachtgebot des „Nachweises“ nicht fügen, so würde ihnen mit Materialsperrung gedroht. Mit diesen Worten wurde seitens des Nachweises dem Gaugewerbesten gesagt: „Es ist zwecklos, daß Sie noch kommen“. D. machte darauf gegen den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes für die Unterwesere eine Schadenersatzklage in Höhe von 588 M. geltend. Das Landgericht zu Bremen wies die Klage ab. Beim der Klager auch verheiratet sei, so hätte er trotzdem die Weiserorte verlassen können, um sich im übrigen Deutschland Arbeit zu suchen; denn die Frau bilde kein Hindernis, sie habe dem Manne zu folgen. Auf seine Berufung wies das Oberlandesgericht die Klage ebenfalls ab, weil der Geschäftsführer des Verbandes sich in gutem Glauben befinden habe. Es sei nach gewissenhafter Prüfung des Sachverhalts zu der Überzeugung gelangt, daß es im Interesse des Verbandes liege, einen Mann wie den Kläger in den Betrieben der Verbandsmitglieder nicht zu beschäftigen.

19. Genosse Ged aus Mannheim wird aus der Zeugniszwanghaft entlassen, weil er angeblich selbst der Mittäterschaft verdächtig erscheint.

23. Auf Verfügung des Oberreichsanwalts zu Leipzig wird die Schrift des Genossen Karl Liebknecht „Militarismus und Antimilitarismus“ beschlagnahmt. Es soll Anklage wegen angeblichen Hochverrats erhoben werden.

29. Vom Landgericht I Berlin ist der Schmied Billan, weil er zu einem Arbeitswilligen gesagt hat: „Schämst Du Dich nicht?“ zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Das Urteil wird vom Kammergericht bestätigt.

Mai.

15. Vor der Strafkammer in Bonn sind neun Mitglieder der Zentrumspartei angeklagt, weil sie zur Zeit der Reichstagswahl einige sozialdemokratische Flugblattverleiher in Prieseheim überfallen und schwer mißhandelt haben. Die Anklage lautet nicht, wie das bei Sozialdemokraten und Streikenden üblich ist, auf Landfriedensbruch. Hier geben ihre Beteiligung an den Leuten zu, fünf bestreiten sie. Die fünf werden freigesprochen, gegen die vier beantragt der Staatsanwalt je 30 M. wegen der Mißhandlung, und gegen einen von ihnen noch 30 M. wegen Rötigung. Verurteilt werden die ersten drei zu je 100 M., der vierte zu 150 M. Geldstrafe.

17. Im Dezember 1906 wurde der Töpfer Marin in Joppot wegen einer Schultafel von einer Frau, obgleich er deren Ablung abtat, verhaftet und im Gefängnis schwer mißhandelt. Zwei deswegen angeklagte Beamte werden von der Strafkammer zu Danzig zu 90 bzw. 30 M. Geldstrafe und einer Gesamtbüße von 100 M. verurteilt. In der Verhandlung legt der Staatsanwalt besonderes Gewicht darauf, festzustellen, daß die Strafanzeige von einem Sozialdemokraten geschrieben worden ist.

Dasselbe Gericht hat einige Tage später einen nicht vorbestraften 19jährigen Lehrling, der in angetrunkenem Zustande einen Arzt und seine Frau mehrmals anempelte und beleidigte, der hinterher betrieflich und vor Gericht seine Tat bereute und um Entschuldigung bat, zu einem Jahr und einem Monat Gefängnis verurteilt.

18. Bauarbeiter Brünig zu Berlin ist wegen Majestätsbeleidigung angeklagt, weil er beim Vorbeifahren des Kaisers die Zunge herausgestreckt hat. Der Staatsanwalt läßt die Anklage wegen Majestätsbeleidigung fallen und beantragt nur wegen großen Unfugs 14 Tage Haft. Das Gericht erkennt auf neun Monate Gefängnis.

29. Genosse Schlegel in Kulmbach wird aus der Zeugniszwanghaft entlassen, in der er sich seit dem 9. April befand.

28. Im Dorfe Lamitzsch des Reichstagswahlkreises Westlow-Storkow-Charlottenburg war der Genosse Töpfer Abtschlager aus Langenwahl am 25. Januar als Stimmzettelverteiler tätig. Am Nachmittage bot er dem Schneidemühlener Emil Roggatz einen Stimmzettel an und erhielt dafür von diesem einen Faustschlag ins Gesicht, daß ihm die Nase derb blutete. Abends in der Dunkelheit kam Roggatz wieder und schlug Abtschlager nochmals mit der Faust ins Gesicht. Den Strafantrag des Genossen A. beantwortete er ebenfalls durch einen Strafantrag. In der Tat wurde gegen beide Anklage erhoben. Das Schöffengericht in Westlow sprach Abtschlager frei und verurteilte den Herrn Roggatz zu — 15 Mark Geldstrafe!

20. Eine Fabrikantenvereinigung in Frankenhäusen hatte von einem Mitgliede eine statutenmäßige Konventionalstrafe von 150 M. gefordert, weil er einen Arbeiter angenommen hatte ohne Weisung desjenigen Fabrikanten, bei dem der Arbeiter vorher in Arbeit gestanden hatte. Es wurde Strafanzeige erstattet, jedoch lehnte die Amtsgerichtsbehörde in Frankenhäusen die Strafverfolgung des Vorsitzenden der Fabrikantenvereinigung ab. Erst auf Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft ordnete diese die Erhebung der öffentlichen Anklage an.

Gegen Arbeiter wird in gleichen Fällen stets nicht nur wegen Verstoßes gegen § 153, sondern auch wegen Erpressung Anklage erhoben.

30. Am 30. Dezember 1906 verteilten 3 Parteigenossen aus Bonn in dem Dorfe Oberdrees Wahlflugblätter. Sie wurden dabei von Anhängern der Zentrumspartei überfallen, verhaftet und schwer mißhandelt, die Staatsanwaltschaft konnte nur 2 der Täter ermitteln, die vom Schöffengericht in Rheinbach zu je 10 M. Geldstrafe verurteilt wurden.

Juni.

8. Das Schöffengericht Auerbach in Sachsen hatte den Genossen Adolf Hoffmann aus Berlin zu drei Wochen und zwei andere Genossen zu je zehn Tagen Gefängnis wegen angeblichen Hausfriedensbruchs verurteilt, weil sie bei der Reichstagswahl einige Patienten der Leuzschewitzsche Heilanstalt aufgefunden hatten. Die Strafkammer zu Plauen als Berufungsinstanz hebt das Urteil auf und spricht sämtliche Angeklagte frei.

13. Die seit Monaten in Mannheim schwebende Aktion gegen den „Schmupstaba“ treibt die sonderlichsten Mitten. Namentlich gehen Kriminalhauptleute in der Stadt herum und forschen Frauen aus, die seinerzeit den „Schmupstaba“ ausgetragen haben, ja sogar bei Drechselverkäufern bereichert die Kriminalpolizei ihre „Wissenschaft“ Frauen und Drechselverkäufer sollen u. a. auch angeben, wer den im kriminellen Artikel im „Schmupstaba“ geschrieben hat!!!

Terrorismus.

April.

18. Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein Zirkular des Arbeitgebervereins der Holzindustrie zu Düsseldorf vom 12. April an seine Mitglieder, worin mitgeteilt wird, daß in den nächsten Tagen alle Betriebe daraufhin kontrolliert werden sollen, ob Schreiner aus den im Lohnkampf befindlichen Orten beschäftigt werden. Weiter wird darauf aufmerksam gemacht, daß es sühnangsgemäß bei hoher Strafe verboten ist, Streikende oder Ausgesperrte aus Verbandsorten zu beschäftigen. Es werden dann die in Betracht kommenden Orte namhaft gemacht, und weiter wird aufgeföhrt, Leute, die zuletzt oder vor kurzem in den im Lohnkampf befindlichen Orten gearbeitet haben, sühnangsgemäß zu entlassen und ihre Personalien dem Vorsitzenden zu melden, ebenso wie etwaige zweifelshafte Fälle.

18. In derselben Nummer veröffentlicht der „Vorwärts“ ein Zirkular des Arbeitgeberverbandes für das Maler- usw. Gewerbe zu Duisburg an die Lieferanten von Material, worin oiefen gesagt wird, daß die Malermeister ihre organisierten Gehülfen ausgesperrt haben. Dann heißt es weiter: „Zur erfolgreichen Durchführung dieser Sperre ist es absolut notwendig, daß diejenigen Meister, die unserer Verbände noch fern stehen und aus der Bewegung Ruhen ziehen wollen, keine Materialien bekommen. Wir überreichen Ihnen deshalb umföhrend eine Liste unserer Mitglieder und bitten Sie dringend, an andere als die darin aufgeföhrteten Meister Materialien nicht verabsolgen zu wollen; ebenso bitten wir Sie, Aufträge von Ihnen bisher unbefannten auswärtigen Leuten nicht auszuführen zu wollen, ohne vorher mit uns Rücksprache zu nehmen. . . . Unser hiesiger Ortsverband hat beschlossen, diejenigen Lieferanten, welche unseren Wünschen nicht nachkommen, in Zukunft bei Vergebung ihrer Aufträge nicht zu berücksichtigen. In Private dürfen unter keinen Umständen Materialien verkauft werden, die darauf schließen lassen, daß es sich um Arbeiten handelt, die von streikenden (d. h. ausgesperrten!) Anstreichergehülfen ausgeführt werden.“

18. In Düsseldorf ist ein Schneiderstreik durch Abschluß eines Tarifs beendet worden. Anstatt die Ausperrung aufzuheben, verurteilt der Vorstand des Kapistellenverbandes an seine Mitglieder ein vertrauliches Zirkular, worin er bemerkt, daß „in den nächsten vier Wochen keine Arbeiter eingestellt werden dürfen, welche vor dem Streik in einem Geschäft eines der Mitglieder gearbeitet haben, es sei denn nur mit der ausdrücklichen Genehmigung des früheren Arbeitgebers.“

21. Die „Saarbrücken“ zu Saarbrücken berichtet: Der „Reichsanzeiger“ publiziert die Verleihung der Auszeichnungen gelegentlich des Redener Unglücks. Es wurde verliehen: dem Berginspektor Wilhelm Müller zu Reben der Rote Adlerorden 4. Klasse, den Steigern Peter Groß zu Heiligenwald und Ernst Barisch zu Reben der königliche Kronenorden 4. Klasse, sowie den Bauern Daniel Die zu Sandweiler, Johann Röhr zu Weichweiler, Johann Weiler und Johann Heiny, beide zu Heiligenwald, und dem Grubenschloffer Friedrich Schmidt zu Sandweiler das Allgemeine Ehrenzeichen. Der bravste Retter aber, der mit Gelden und in's Feuer stürzte und die Leichen der Kameraden barg, der Bergmann Walter von Neunkirchen, der nach dem Ereignis aller Vergleute die weissen Toten barg, ein Vater von 15 Kindern, der 33 Jahre die Leberschiffe des Bergbaus mehren half, wurde aus's Pfahler geworfen, weil er vor der Reichstagswahl ein sozialdemokratisches Flugblatt las.

Mai.

11. In Rieburg a. Soale wird ein Arbeiter, nachdem er eine friedliche Aussprache mit Streikbrechern gehabt, von diesen, die ihn auf der Straße aufschauern, durch Revolvergeschosse getötet. Der Mörder wird verhaftet.

Aus den bürgerlichen Parteien.

April.

23. Vom Schöffengericht zu Frankfurt a. M. wird ein Redakteur der „Frankfurter Zig.“ wegen Beleidigung des sozialdemokratischen Parteisekretärs Genossen Dittmann zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Am Stchwahltag (5. Februar) wurde in Frankfurt durch ein sozialdemokratisches Flugblatt mitgeteilt, daß ein Freisinniger versucht habe, durch das Angebot von 10 M. Stimmen für den Freisinnigkandidaten Oester zu fangen. Tags darauf bezeichnete die „Frankf. Zig.“ dies als „Salunkemoral“ und als „freche Lüge“ in einem Artikel, der auch sonst vom „Saarbrücken“ wimmelt. Außerdem behauptete sie, daß sozialdemokratisches Flugblatt sei schon am Tage vor der Stchwahl gedruckt gewesen. In einer Verurteilung am 6. Februar teilte Genosse Dittmann mit, daß das Flugblatt erst am Stchwahltag und zwar auf Grund frisch eingelaufener authentischer Nachrichten verfaßt und gedruckt worden ist.

Trotz dieser Verurteilung hat am 27. Februar der Reichsanwalt Kurt Bölow in Reichstags die Verleumdungen der „Frankfurter Zeitung“ wiederholt. Und trotzdem ein Telegramm Dittmanns ihn sofort auf die Verurteilung hinwies, hat er die Beleidigung nicht sofort, sondern erst nach längerer Frist widerrufen.

Vor Gericht wurden sämtliche Behauptungen der „Frankfurter Zig.“ (und damit auch die des Reichsanwalters) als falsch, die Behauptungen Dittmanns und des sozialdemokratischen Flugblattes dagegen als wahr erwiesen.

Mai.

5. Ueber die Gelder des Flottenvereins erzählt die „Medlenburgische Volkszig.“ vom Pastor Eugen Müller in Rostock: Der Flottenverein hat 1906 996 706 Mitglieder gezählt und eine Einnahme von 528 132 M. gehabt. Von dieser haben Million für Flottenzwecke nur 8730 M. für China, 3815 M. für Südwestafrika und 800 M. für das Seemannsheim in Lübeck und Steintin = 13 145 M. verwendet. Wo sind die übrigen 515 077 M. geblieben? Die sind für die Gehälter der Vorstandsmitglieder und die Agitation Reims gegen das Zentrum draufgegangen. . . . Nun hat der Rostocker Verein im „Rostocker Anzeiger“ am 23. April eine Rechnung veröffentlicht, die für 1906 für Medlenburg nur 3000 M. Ausgabe kalkuliert. Das muß ein Zerrum sein. Denn schon die Gehälter der Beamten machen mehr. Jetzt ist eine Reise nach dem Mittelmeer geplant, welche die Vorstände wahrscheinlich unisono mitmachen dürfen, die Untertanen aber teuer bezahlen müssen.

6. Genosse Schöpfflin, Redakteur der „Muldentaler Volkszig.“, hatte aus Anlaß der Wahl des Herrn v. Liebert bedauert, daß anstatt der roten Fahne jetzt der Schmuckklappen des Hottentottenbloß über dem Wahlkreise Borna weht. Daran machte Herr v. Liebert im Reichstag: Schöpfflin habe die Reichsfahne einen Schmuckklappen genannt. Schöpfflin wies diese Unwahrheit zurück. Herr v. Liebert bekam es daraufhin fertig,

Schöpfflin wegen verleumderischer Beleidigung zu verklagen. Damit drang er nicht durch. Doch verurteilte das Schöffengericht den Genossen Schöpfflin wegen einfacher Beleidigung zu 400 M. Geldstrafe.

Soziales.

April.

8. Auf Besche „Preußen I“ (zu Garpen bei Essen gehörig) befehlen beim Schichtwechsel sieben Bergleute verbotswidrig den Brandtschacht, wobei das Seil riß und der Förderkorb mit den Leuten in die Tiefe stürzte. Vier Mann waren sofort tot, die drei anderen sind nach kurzer Zeit ihren Verletzungen erlegen.

5. Um der Landwirtschaft nicht Arbeitskräfte zu entziehen, lehnt die Direktion der Bergheimer Kreisbahn (bei Köln) die Einlegung eines Frühzuges ab, durch den zahlreiche Arbeiter der Braunkohlenindustrie täglich einen Weg von 1 1/2 bis 2 Stunden hätten sparen können.

5. Aus den Berichten der Berufsgenossenschaften berechnet der „Vorwärts“, daß in Deutschland über 2 1/2 Millionen gewerblicher Arbeiter im Durchschnitt Tagelöhne von 1,75 bis 2,00 M. beziehen. Nach den Verpflegungssätzen der Gefangenen und des Militärs wären 4 M. pro Tag als Existenzminimum anzusehen.

6. Bei der Bellfirma Seidel u. Raumann in Dresden, wo 2000 Arbeiter in den Streik getreten sind, war bis August v. J. ein Radierer Scheinert in Stellung, der seit seinem 14. Jahre an 30 Jahre lang bei der Firma beschäftigt war und dort seine Kräfte gelassen hatte. Elend und schwach mußte er sich im September v. J. krank melden. Als der 45 Jahre alte Mann nach sechsmonatiger Krankheit sich wieder bei der Firma zur Arbeit meldete, wurde ihm erklärt: „Ihr Platz ist besetzt.“ Ohne ein Wort zu sagen, drehte sich der Entlassene nach dieser grausamen Eröffnung um, ging hin und erhängte sich.

11. Vom Schöffengericht zu Lübeck wird eine Witwe Müller, die ihre alte Dienstmagd Müller mit einem fingerbilden Stod mißhandelt hat, freigesprochen, trotzdem die Magd bewußtlos wurde und 2 Stunden später tot war.

Mai.

31. Etwa 10 000 M. in manchem Monat, nicht etwa im Jahr, hat ein Spröbling der bayerischen Geldaristokratie, der junge v. Lang-Rudolf schon als Gumnasist ausgegeben. Nach dem eidlischen Zeugnis seines Vaters, des Reichsrats v. Lang-Rudolf im Münchener Wucherprozeß.

Juni.

8. Die fremde kirchliche Verwaltung der Stadt Wachen hat von den Bauunternehmern schwarze Listen angenommen und weist ausländische Bauarbeiter, die sich um Arbeit beim städtischen Bauamt bewerben, zurück, wenn sie auf der schwarzen Liste stehen. Hiergegen sind die kirchlich organisierten Arbeiter genötigt in öffentlicher Versammlung zu protestieren.

13. Im Dorfe Ströbel am Jöbtenberge stehen die Steinbrucharbeiter seit sechs Wochen in Lohnkampf. Infolgedessen werden gegen 80 Arbeiterfamilien, die in den Arbeiterhäusern der Steinbrucharbeiter wohnen, zur Räumung ihrer Wohnungen aufgefordert. Die aus irgend welchen Gründen nicht sofort die Wohnung räumen können, werden samt ihrem Habstat auf die Straße gesetzt. Darunter Leute, die 8, 10 und 13 Jahre in den Steinbrüchen gearbeitet haben. Eine Woche vorher wurden bereits Familien auf die Dorfstraße gesetzt, die nirgends Unterkunft fanden. Vier Tage lang schliefen sie mit ihren Kindern auf der Straße, in der Nacht wärmten sie sich bei einem ständig brennenden Lagerfeuer. Am Sonntagabend, den 8. Juni, wurden im strömenden Regen zwei Familien aus ihrer Wohnung geworfen, obgleich sie kleine Kinder haben. Am Montag wurde eine Frau mit sieben Kindern (Ihr Mann liegt irgendwo in Sachsen im Krankenhaus) trotz Bitten und Zusammen mit ihren Kindern, das kleinste im Kinderwagen schlafend, aufgesetzt; die wenigen Habfeligkeiten wanderten in den Chauffeeegraben.

Aus der Partei.

April.

10. Tod Ignaz Auer's.
14. Leichenbegängnis Auer's in Berlin, woran nach Schätzung bürgerlicher Blätter 80—100 000 Menschen teilnahmen.
25. Tod Robert Schweigels.
26. Bei der Nachwahl in Claucha-Weerane (für Auer) wird Genosse Wollenskuhr mit 17 165 gegen 12 710 Stimmen gewählt. Das bedeutet seit der Januarnachwahl eine Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen um 400, eine Abnahme der gegnerischen Stimmen um 744.

Aus dem Lande der Schulen.

April.

4. Die Agrarier in der Gemeinde Harsum bei Hildesheim, die auch den Schulvorstand beherrschen, beschlossen, die großen Sommerferien, die bisher vom 15. August begannen, um vier Wochen zu verlegen, so daß sie vom 15. September bis zum 1. November dauern sollen. Der Grund besteht darin, daß die Agrarier die Kinder zum Hütenrodern anzuhalten wollen. Auf alle Einwendungen erklärte der Führer der Agrarier: „Wir müssen bezahlen, also wollen wir auch zu sagen haben.“

Juni.

26. Die Affäre in Harsum beschäftigt das Schöffengericht zu Hannover. Angeklagt ist nämlich der — Redakteur des hannoverschen „Volkswille“, Genosse Thomaer, wegen angeblicher Beleidigung des Hofbesizers Steinmann, Mitglied des Harsumer Schulvorstandes. Das Zeugnis des Hauptlehrers Fischer aus Harsum ergibt, daß der Schulvorstand in einer Zusammenkunft aus drei Agrariern und zwei Lehrern die Ferien vom 5. bis 19. August und vom 23. September bis 21. Oktober festgesetzt hat trotz des entschiedenen Einspruchs beider Lehrer, die nachwiesen, daß dies weder im Interesse der Schule noch der Schüler liege. Die Agrarier blieben dabei, weil es im Interesse der — „Landwirtschaft“ liege. Trotzdem wird der Genosse Thomaer zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus der Armee.

Mai.

11. Vor dem Kriegsgericht zu Sleswig ist der Unteroffizier Peterfon vom Infanterie-Regiment 84 angeklagt wegen 360 Mißhandlungen. Nachgewiesen werden 158. Einmal hat er einem Rekruten einen Eckel an den Kopf geworfen, einen anderen hat er gezwungen, Spindel vom Fußboden aufzulecken. Wieder einen anderen ließ er nachts im Grund freiliegen. Er wird zu sechs Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt.

Juni.

14. Neuer drohender Standa! im Militär-Reservat zu Hannover. Von den Angehörigen eines Reservatregiments wurde der vorgeleitete Vorkämpfer über eine Spickhülle des Offiziers im Betrage von 90 000 M. berichtet. Bis zu 60 Offiziere — die Hälfte der kommandierten Leutnants — sind bereits zu den

Regimentern zurückgeschickt. Auch Herren der Regierung sollen beteiligt sein. Der Verkehr in dem vornehmen Hotel A. ist den Offizieren verboten worden. Nach ein paar Tagen — am 27. Juni — weicht die „Tägl. Rundschau“ zu melden, daß die Forderungen der Geldgeber an die zu ihren Regimentern zurückbefohlenen Offiziere der Reitschule auf Veranlassung höchster Stelle durch Vermittelung der zuständigen Regimentskommandeure beglichen worden sind. Dadurch ist die Möglichkeit des angekündigten neuen Spielerprozesses aufgehoben und die ganze Geschichte endgültig der Öffentlichkeit entzogen.

14. Vor dem Kommandanturgericht in Koblenz stand ein Unteroffizier von dem Pionierbataillon Nr. 8, weil er einen Untergebenen derart gegen die Brust gestochen hat, daß der Mann rücklings zu Boden fiel und einen Bruch des Ellenbogengelenks erlitt. Er befand sich nach neun Wochen noch in ärztlicher Behandlung. Der Vertreter der Anklage verlangte für die brutale Tat eine Strafe von ganzen vier Wochen, noch dazu Mittelarrest. Und der Herr Verteidiger, ein Leutnant, betonte in seiner Verteidigungsrede, daß man solche Unteroffiziere, die den Mannschaften scharf gegenübertraten, gut gebrauchen könne. Eine Bestrafung des Unteroffiziers gefährde die Disziplin; denn wenn der Bestrafte wieder vor die Front trete, dächten die Leute: an dem haben wir mal Vergeltung geübt. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen „vorschriftswidriger Behandlung“ und Abhaltung von einer Wechwerde zu sage und schreibe neun — Tagen Mittelarrest.

Inlere Kolonien.

April.

25. Verhandlung gegen Jesko v. Buttamer vor dem Disziplinarhof in Potsdam. Dieser ehemalige Gouverneur von Kamerun ist angeklagt:

1. einen falschen Paß ausgestellt zu haben,
 2. eine Zeugin zu falscher Aussage zu verleiten versucht zu haben,
 3. eine kapitalistische Gesellschaft in Kamerun in unzulässiger Weise begünstigt zu haben,
 4. in die Rechtspflege der Kolonie unzulässig eingegriffen zu haben.
- Das Urteil lautet wegen des Eingriffs in die Rechtspflege auf einen Verweis, wegen der als fahrlässig erachteten Fahrlässigkeit sowie wegen des Briefes an die Zeugin auf 1000 M. Geldstrafe; die Anklage wegen Begünstigung der kapitalistischen Gesellschaft hat der Gerichtshof als widerlegt angesehen.

Mai.

4. Die kaiserliche Disziplinarkammer für die „Schutzgebiete“ verhandelt gegen den ehemaligen Gouverneur von Togo, Herrn Horn. Vom Strafgericht ist dieser bereits zu 900 M. Geldstrafe verurteilt worden. Der Gouverneur hat im März 1908 einen Neger namens Jedu, der Geld gestohlen und deshalb 25 Jahre und fünf Jahre Kettenhaft erhalten hatte, an einen Flaggemaß binden lassen, wo er den ganzen Tag in glühender Sonne und dann noch eine ganze Nacht blieb, und zwar ohne Nahrung. Erst am anderen Morgen, nachdem der Gouverneur Horn schon drei Stunden fort war, wurde Jedu losgebunden, der natürlich alsbald starb. Horn bestritt, daß er mit diesem Verfahren ein Geständnis habe erpressen wollen. (Es fehlten von dem gestohlenen Gelde 500 Mark, deren Versteck Jedu nicht angeben wollte.) Da dies ihm nicht bewiesen werden kann, verurteilt ihn das Gericht zur Dienstentlassung mit zwei Dritteln der gesetzlichen Pension. Horn kann also nun in Frieden ein arbeitsloses Einkommen als Pension verzehren, das sicher an Höhe hinter dem Gehalt eines in Deutschland amtierenden Richters nicht zurückstehen dürfte.

Juni.

5. Im erneuten Verfahren wird der ehemalige Geheime Sekretariatsassistent Pöplau nach 9tägiger Verhandlung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Stationsleiter Hauptmann Kannenberg hat in einer Nacht ein Kind einer Schwarzen, weil es in der Nähe seines Hauses lärnte, totgeschossen. Diese Tatsache hatte Weibel, ohne von Pöplau hierüber informiert zu sein, im Reichstag mitgeteilt. Der Kolonialdirektor Stübel gab ihre Wichtigkeit im Reichstage zu, teilte auch mit, daß Kannenberg zu drei Jahren Gefängnis wegen dieses schamlosen Mordes verurteilt und aus dem Dienste entlassen ist, verschwie aber, daß dem Kannenberg dann später in Gnadenwege Pension zugestimmt wurde. Die letztere Tatsache, also die Wahrheit, ist durch Mitteilungen Pöplaus bekannt geworden. Dies der Grund der Verurteilung. Dazu kam ein zweiter Fall. Da sind durch Pöplaus Mitteilung die bekannten Verfehlungen des Landeshauptmanns der Markhallinseln Brandeis aufgedeckt worden.

25. In München beginnt ein Verleumdungsprozess des Afrika-Peters gegen die sozialdemokratische „Münchener Post“.

Aus der inneren Politik.

April.

26. Dem Reichstage geht ein Gesetzentwurf zu betreffend Reform des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen. Danach soll die Beleidigung künftig nur dann strafbar sein, wenn sie „böswillig und mit Vorbedacht“ begangen wird. Bei nicht öffentlicher Beleidigung soll die Verfolgung nur mit Genehmigung der Landesjustizverwaltung eintreten. — Sollte das Gesetz in dieser Form angenommen werden, so würde es einem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten gleichkommen; denn bei diesen würde, im Fall einer Anklage, natürlich immer „Böswilligkeit“ und „Vorbedacht“ als vorliegend erachtet werden. Ueberdies spricht die Begründung des Gesetzes ausdrücklich von „gegen die monarchischen Einrichtungen sich richtenden Intentionen“, die „das Staatsinteresse so sehr berühren“, daß sie stets verfolgt werden müßten.

Juni.

4. Durch die Enthüllungen über die Liebenberger Tafelrunde des Fürsten Philipp Eulenburg wird bekannt, daß der entscheidende Grund für die Auflösung des Reichstages im Dezember 1908 der Wunsch des Kanzlers war, die von der Nebenregierung der Liebenberger gesponnenen Intrigen zu zerreißen und sich im Amte zu halten.

8. Der neue Staatssekretär der Kolonien, Herr Dernburg, leitet die liberale Aera der Kolonialpolitik damit ein, daß er gegen acht Sozialdemokraten im Herzogtum Gotha Strafantrag stellt, weil sie in Reden während der verflochtenen Reichstagswahlbewegung Kolonialbeamte beleidigt haben lassen.

22. Als erstes Ergebnis der Intrigen, die sich an die Enthüllungen über die Liebenberger Tafelrunde knüpfen, wird der Staatssekretär des Innern Graf Posadowsky entlassen. Mit ihm zugleich geht der preussische Kultusminister v. Studt.

Taten der Polizei.

Juni.

8. Der russische Student Seibow, der am 28. Mai zusammen mit anderen Russen in Berlin in einer russischen Lesehalle verhaftet worden, ist, wie er durch eine Postkarte aus Wilna mitteilt, durch die deutsche Polizei an die Grenze transportiert und dort der russischen Polizei übergeben worden.



Stiller-Stiefel

als Weihnachts-Geschenk!

- | | | |
|------------------------|----------------|---|
| 10⁵⁰ | Damen-Stiefel | Boxcall od. Chevreau zum Schnüren od. Knöpfen, mit und ohne Lackkappen in modernen Formen |
| | Herren-Stiefel | Boxcall zum Schnüren in moderner Fassung und gediegener Qualität und Ausführung . . . |
| 12⁵⁰ | Damen-Stiefel | Chevreau od. Boxcall zum Schnüren od. Knöpfen mit und ohne Lackkappen, Goodyear Welt . . . |
| | Herren-Stiefel | Chevreau oder Boxcall zum Schnüren, in eleganten neuen Fassons, Rand geölt |
| 15⁵⁰ | Damen-Stiefel | Chevreau od. Boxcall zum Schnüren od. Knöpfen, mit und ohne Lackkappen, Goodyear Welt . . . |
| | Herren-Stiefel | Chevreau oder Boxcall zum Schnüren, in eleganten neuen Fassons, Goodyear Welt |
| 18⁰⁰ | Damen-Stiefel | Chevreau zum Schnüren od. Knöpfen, m. u. ohne Lack, a. Lackbes. L. XV. Absätze, Goodyear Welt |
| | Herren-Stiefel | Boxcall od. Chevreau, z. Schnür od. Knöpf., auch m. Doppelsonhle, in feinst. Qualit., Goodyear Welt |

Stiefel mit Woll- und Pelzfutter

Ein grosser Posten Wert bis 4⁵⁰

Kinder-Stiefel

in den Grössen 17—22, schwarz u. farb., z. Schnüren od. Knöpfen jetzt 1⁸⁰

Praktische Kinder-Hausschuhe

Kinder-Stiefel	bestes Kalbleder, zum Schnüren oder Knöpfen, in rationaler breiter Sohlenform			
Kinder-Stiefel	25/27	28/30	31/35	36/38
	5 ⁵⁰	6 ⁵⁰	7 ⁵⁰	9 ⁰⁰
Kinder-Stiefel	Boxcall oder Chevreau zum Schnüren oder Knöpfen, in rationalen, bequemen Formen			
Kinder-Stiefel	25/27	28/30	31/35	36/38
	6 ⁰⁰	7 ⁵⁰	9 ⁰⁰	10 ⁵⁰

Besonders preiswerte Geschenk-Artikel!

- | | | |
|------------------|---|-----------------|
| Damen-Hausschuhe | Filz, in vielen schönen Farben mit leichter Filzsohle | 1 ⁹⁰ |
| Damen-Hausschuhe | Kameelhaar oder Filz mit Lasche, Filz- und Ledersohle | 2 ¹⁰ |
| Damen-Hausschuhe | Filz, in den schönsten Farben, mit gewendeter Ledersohle | 2 ²⁵ |
| Damen-Hausschuhe | Kameelhaar, mit Lasche, Filz- und Ledersohlen, feinere Qualität | 3 ⁰⁰ |
| Damen-Hausschuhe | Filz, in den feinsten Farben, mit gewendeter Ledersohle | 3 ⁰⁰ |
| Damen-Hausschuhe | Kameelhaar, mit Lasche, Filz- und Ledersohle feinste Qualität | 3 ⁵⁰ |
| Damen-Hausschuhe | Leder, schwarz, bordeaux, braun mit gewendeter Ledersohle | 3 ⁵⁰ |
| Damen-Hausschuhe | Kameelhaar, mit Umschlag, mit Filz- und Ledersohle feinste Qualität | 3 ⁸⁰ |

Luxus-Haus-Schuhe und Pantoffeln

in den feinsten Ledersorten — Filz — Sammet und Seide

Ball- und Gesellschaftsschuhe

Gold-Chevreau — Gold-Brokat — Silber-Brokat — Gold-Bronze — Silber-Atlas

Salon- und Spangen-Schuhe mit feinsten Stickerei

Ball-Ueberstiefel aus Stoff und Leder

Gummischuhe bester Fabrikate

Herren-Hausschuhe	Melton, mit Filz- und Ledersohle, Ia. Qualität	3 ⁰⁰
Herren-Hausschuhe	Melton, in verschiedenen Farben, m. gewendeter Ledersohl., Ia. Qual.	3 ⁵⁰
Herren-Hausschuhe	Leder, in schwarz, braun, bordeaux, Ia. Qualität	3 ⁸⁰
Herren-Hausschuhe	Kameelhaar, mit Filz- und Ledersohle, Ia. Qualität	3 ⁸⁰



Jerusalemstr. 38-39
 Potsdamerstr. 2
 Friedrichstr. 75
 Tauentzienstr. 19a
 Versand-Abteilung:
 Jerusalemstr. 38-39

Illustrierter Katalog gratis u. franko

Sonntag bis 8 Uhr abends geöffnet.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, 22. Dezember, vorm. 10 Uhr, bei Kern, Weinstr. 11:

Versammlung

sämtlicher im Berufe beschäft. Hilfsarbeiter.

Tages-Ordnung:

Wie stellen sich die Hilfsarbeiter zum Eintritt in den Dachdecker-Verband?
Die Kollegen in sämtlichen Werkstätten haben die Pflicht, die Hilfsarbeiter auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.
Der Vorstand.

Tischler-Verein (E. H. No. 89).

Sonabend, den 21. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Weichhorstr. 15:

Vereins-Versammlung.

Vereinsangelegenheiten. Bildl.-Ausgabe zum Weihnachtsgeschenken am 1. Feiertage in Ritzems Sälen.
191/16 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987

Sonntag, den 22. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Lokal von Hollnack, Brangelstr. 136:

Abrechnung der Vertrauensleute der Schraubendreherbranche.

Die Arbeitslosen-Sozialberechtigten Branchenangehörigen werden ersucht, sich um 6 Uhr in demselben Lokal zu melden.
191/4 Die Ortsverwaltung.



Weihnachts-Ausverkauf!!!

Enorm billige Preise.

Palettkleider prima Tuch, in allen neuen Farben u. englischen Stoffen
jetzt 12, 15, 20, 25, 30, 40 M. etc.
früher 20, 25, 30, 40, 50, 60 M.

Garnierie französische Kleider neueste Phantasiestoffe 15, 20 M., früher 25-50 M.

Liftboy- u. Bolero-Costüme
jetzt 15, 18, 20, 25, 30 M.
früher 20, 25, 30, 40, 50 M.

Trauerkleider, auch für starke Damen, 20 M.

ca. 1500 Engl. Paletots

aus glatten u. englischen Phantasiestoffen
jetzt 9, 11, 14, 16, 18, 21, 25 M.
früher 16, 20, 25, 28, 32 bis 48 M.

3000 Jacketts u. Paletots

jetzt 10, 12, 15, 20, 25, 30 M.
früher 18, 20, 25, 28, 35, 45 M.

Plüsch-Paletots, Liftboy u. Jacketts
prima Velours, Seiden-Astrach. u. engl. Seal
jetzt 40, 50, 60 M., bish. Preis 70, 80, 90 M.

Eleg. Abendmäntel, Theatermäntel
aus feinem Tuch, in den neuesten Pastellfarben
20, 30, 40, 50 M., früher 30-85 M.

3000 Costümröcke

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstrasse 3 u. 4, Parterre u. I. Etage, Ecke Lindenstr. 2 Häuser vom Dönhofsplatz.

12 Schautenster.

Wochentags bis 10 Uhr, Sonntag bis 8 Uhr abends geöffnet.

Feiner Hamburger Familien-Kaffee-Ersatz.

Vorzügliches Kaffeegetränk von hohem Nährwert, aus geäderten Nährstoffen hergestellt von

Ferd. Kleiner, Hamburg.

Detaill-Verkaufspreise: 1/2 Pfund 50 Pf., 1/4 Pfund 25 Pf., 1/8 Pfund 15 Pf. In allen Kolonialwarenhändl. erhältlich. 11072

Engros-Vertrieb Fritz Markgraf, Berlin NO. und Lager: Neue Königstr. 5.

6. Wahlkreis.

Freitag, den 20. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Gallschmieder, Badstr. 16:

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. „Jesus von Nazareth und das heutige Christentum.“ (Vorlesung der Tagesordnung vom 10. Dezember.)
 2. „Die Irrlehren des neuen Testaments und die Entstehung des kirchlichen Dogmas.“ Referent: Genosse Stern (ehemaliger evangelischer Geistlicher).
 3. Freie Diskussion für jedermann.
- Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Einberufer.



Hut-Zentrale

Berlin SO., Oranienstraße No. 2.

Spezial-Geschäft

für Seiden- und Filzhüte.

Großes Lager in Mützen, Schirmen, Stöcken und Herrenartikeln. Vorzeiger dieses Inverats erhält 5 Proz. Rabatt.

Weihnachts-Präsente:

!! Zigarren, Zigaretten !!

Paul Kramer (B. M. & Aht.)

10015 N. 58, Lychnerstr. 7.

BERLIN SO.
Oranien - Straße
nahe Hochbahnhof

Empfehle zum bevorstehenden Weihnachtsfeste zu streng realen, anerkannt billigen Preisen ein

Großes Lager

in Juwelen, Uhren, Gold- u. Silberwaren, Oranienstr. 206
in Wand- u. Stand-Uhren Oranienstr. 207
in Alfenide- u. Nickelwaren Oranienstr. 204

Letztere Sachen werden wegen großen Lagers bis Weihnachten mit 20 bis 30 Prozent Rabatt verkauft. Eigene Werkstatt für Neuarbeit und Reparaturen im Hause.

BERLIN SO.
Oranien - Straße
nahe Hochbahnhof

H. Zimmermann
Juwelier



Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes
„Solidarität“

Touren

Sonntag, d. 22. Dezember:

1. Abt. 2 Uhr: Pflanzsee (Große). Start: Fontane-Bronnende 15.
2. Abt. 1 1/2 Uhr: Kaulsdorf (Gammann). Start: Mariannenplatz.
3. Abt. 1 1/2 Uhr: Rohmischthal (Sensleben). Start: Kälbererplatz.
4. Abt. 2 Uhr: Steglitz (Schellhase). Start: Götium.
5. Abt. 2 Uhr: Schönholz (Baumgärtner), bei schlechtem Wetter per Bahn. Start: Genossenschaft, Oberbergerstr. 30.

Am 26. Dezember:

1. Abt. 1 1/2 Uhr: Gochbeeren (Eiche). Start: Fontane-Bronnende 15.
2. Abt. 1 1/2 Uhr: Nischwalde (Eiche). Start: Mariannenplatz.
3. Abt. 1 Uhr: Tempelhofer. Start: Götium.
4. Abt. 2 Uhr: Johannisthal (Schule). 27. Dezember 1/2 Uhr: Wilhelmstr. bei schlechtem Wetter per Bahn. Gäste willkommen. Start: Genossenschaft, Oberbergerstr. 30.
5. Abt. 1 1/2 Uhr: Waldstr. 8. Die Tour wird am Start bekannt gegeben.

2. Abteilung: Mittwoch, 25. Dez. (1. Feiertag): Familien-Abend in der Berliner Bodbrauerei, Hildinstraße. Theateraufführungen, Verlosung, Besichtigung. Ball Anfang 5 Uhr. Eintritt 50 Pf. Freunde und Gäste sind willkommen.

7. Abteilung: Freitag, 27. Dez. (3. Weihnachtsfeier), bei Frau Köhlerstr. 8: Großer Lichtbilder-Vortrag („Die Reise um die Welt“), verbunden mit Tanz. Alle Sportgenossen und Bekannten sind freundlich eingeladen.

8. Abteilung: Dienstag, 31. Dez.: Große Silvesterfeier in Oblißhof, Hildinstraße 23. Anfang 9 Uhr. Eintritt a 50 Pf. sind in der Genossenschaft, Brunnenstr. 55, zu haben. 22/14

Nur einmaliges Angebot und so lange der Vorrat reicht in fast neuen Exemplaren.
Praktisches und wertvolles Weihnachtsgeschenk für treibende, junge Leute des Schlosser- und Maschinenhandwerks

1. Der praktische Schlosser.

Ein Hand- und Nachschlagewerk für Schlosser, mit Anhang: Der Fahrrad- und Motorfahrzeugbau und: Die Elektrizität und ihre Anwendung in der Industrie und im Maschinenbau.
Preis statt 18,- nur 9,-.

2. Die Praxis des Maschinenbauers.

Eine populäre Darstellung der technischen Grundlagen des Maschinenbaus u. von Walter Hantzsche, Ingenieur, Berlin, mit 5 gezeichneten Maschinen-Modellen, 24 Holzschnitten und 717 Abbildungen. 239/16
Preis statt 25,- nur 12.50 M.

Preis statt 25,- nur 12.50 M.

Rob. Bachmann, Buchhandlung Lindenstr. 1 I.

Peiz - Stolas, Muffen, Kindergarnitur,

nur streng reelle Waren, gebe zu außerordentlich niedrigen Preisen bei sehr grosser Auswahl ansehnlicher Modelle ab.

Oscar Arnold

Großhandlung für Hute, Mützen und Pelzwaren
Dresdenerstr. 116 (Kala Laden) Köln Hauptzwang.

Hüte in allen Preislagen.

R. Weidner, Hutmacher

Dresdenerstr. 100, an der

Prinzstr.

Arbeiter-Bekleidung

Größtes Spezialgeschäft
Kohnen & Jöring
Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12
zwischen Alexanderpl. u. Jannowitzbr.
2. Geschäft: Landsberger Allee 148,
Ecke Langenbeckstraße.
Berufskleidung
f. alle Zweige d. Industrie u. Gewerke.

!!! Maßanfertigung !!!

von Herren-, Damen- und Kindergarderobe!
Modernisieren, Ändern, Ausbessern, Reinigen und Aufhängen von Herren- und Damengarderobe zu billigsten Preisen in meiner Spezialwerkstatt.
!!! Abholen und Liefern kostenlos von allen Stadtgegenden !!!
Julius Friedemann, Schneiderstr., Raabestr. 11, p. 1.

RATH jr. Auf Teilzahlung
Möbel, Teppiche, Stoppdecken,
Tischdecken, Portieren, Spiegel,
Bilder, Lampen, Uhren usw.
Besuch oder Postkarte.
50 Pf. wöchentlich an.
Weißburgerstr. 79, 1.

Größtes und ältestes
Waren-Haus
! Julius Krause !
40 Kastanien-Allee 40
empfehlen sein reichhaltiges Lager in
Möbeln, Spiegeln, Polsterwaren
auf Teilzahlung als auch gegen bar
In sauber und guter Ausführung.
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet!

Caviar

Malossol, in 12.50-18.00 pro Pfund
Astrachan, großkörnig 9.00-10.00 pro Pfund
sowie **Sprotten und Spickaale**
zu den billigsten Tagespreisen offeriert
die Caviar- und Räucherfisch-Großhandlung
V. & A. Hucke
Kaiser-Wilhelmstr. 21. — Telephon: Amt III 1366.

Gesundheit ist Reichtum!
Bade Berlin-Ost im
„Bad Frankfurt“
Große Frankfurterstr. 136.
Medizinische Bäder aller Art
in wirklich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.
2 **Wannenbäder** mit je 2 Handtüchern 75 Pf. (40 Minuten Badzeit).
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Zur den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, 20. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Sinfonie-Konzert der Königl. Kapelle.
Königl. Schauspielhaus. Auf Waffentag.
Deutsches. Der Arzt seiner Ehre. (Anfang 7 Uhr.)
Kammertheater. Frühling's Erwachen. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Stein. Vorhug. Die Zauberflöte. (Anfang 8 Uhr.)

Berliner. Wandart.
Leffing. Die Stützen der Gesellschaft.
Neues. Baccarat.
Schnitz. O. Wälder-Theater. Das viele Weidol.
Schiller Charlottenburg. Der Revisor.
Friedrich-Wilhelmsstadt. Schauspielhaus. Madame Sans Gène. Kleines. Mandragola.
Zentral. Frau Warend's Gewerbe. Theater an der Spree. Tiroler Schuppenpiel.

Reichens. Ganz der Papa. Komische Oper. Tiefland. Wehen. Die lustige Witwe. Lustspielhaus. Quarenfieber. Trianon. Fräulein Josette - meine Frau.
Thalia. Die gelbe Gefahr. Luffen. Erziehung zur Ehe. Bernhard Hohe. Die Frau Kommerzienrat.

Prater. Der Mann im Monde. Microcosm. Das muß man seh'n. Apollo. Schwester Schaffer jr. Siegm. Gentes.
Walhalla. Spezialitäten. Folies Caprice. Geteilte Liebe. Kasino. Biederleute. Gebr. Herrnsfeld. Papa und Genossen.
Palast. Geflossen. Parodie. Wilhelm Tell. Tannhäuser. Roman Banna. Wintergarten. Spezialitäten. Pallage. Die singenden Engelsköpfe. Spezialitäten. Reichshallen. Steiner Sängers. Urania. Frouberstraße 18/19. Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.

Abends 8 Uhr im Foyer: Dr. C. Thiesing: Gesellschaftsleben bei höheren Tieren.
Sternwarte, Anhalterstr. 67/68: Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelflecke.
Berliner Theater:
Täglich:
Blaubart

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Baccarat.
Sonabend: Baccarat.
Sonntag: Baccarat.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr: Agnes Sorna.
Mandragola.
Sonabend: Mandragola.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Vater und Sohn. Abends 8 Uhr: Mandragola.
Montag: Mandragola.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die lustige Witwe. Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: Frühling'sluft.
Mittwoch und Sonnabend 4 Uhr zu kleinen Preisen: Schneewittchen.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus.
Zum ersten Male:
Madame Sans Gène.
Anfang 8 Uhr.
Sonabend nachm. 3 Uhr: Regenmäuschen und Waffentagmädchen.
Abends: Madame Sans Gène.

Lortzing-Theater
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Zauberflöte.
Sonabend nachmittags 3 1/2 Uhr: Rumpelstilzchen. Abends 8 Uhr: Die Zauberflöte.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Freischütz. Abends 8 Uhr: Die Zauberflöte.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Quarenfieber.
Zentral-Theater.
Gastspiel des Hebbel-Theaters. Abends 8 Uhr:
Frau Warend's Gewerbe.
Drama in 4 Akten von Bernh. Ebano.

Rixdorfer Theater
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.
Donnerstag, 20. Dez. (Weihnachtsfest)
Charley's Tante.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag, den 27. Dezember:
Gastspiel des Operetten-Ensembles (Zentral-Theater)
„Die Gelbha“.
Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater.
- Direktion: Richard Alexander. -
Anfang 8 Uhr.
Ganz der Papa.
Schwank in 3 Akten von Mars und Desvallières. Deutsch v. H. Schönan. Baron des Aubrais: Mich. Alexander.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Erziehung zur Ehe.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Frau Holle. Abends: Am Tage des Gerichts. Sonntag nachm. 3 Uhr: Am Tage des Gerichts. Abends: Ein seltsamer Fall.
Montag: Ein seltsamer Fall.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Die
Frau Kommerzienrat.
Anfang 8 Uhr. - Wochenendprelle.

Theater an der Spree
Köpenickerstraße 68.
Heute 8 Uhr:
Tiroler Krippenspiel.
Sonabend nachm. 5 halben Preisen: Tiroler Krippenspiel.
Sonabend abend: Geflossen.
Sonntag: Premiere.
Hofuspokus.
Gefangnisse von Louis Herrmann.
Repertoire der Feiertage:
25. Hofuspokus.
26. Hofuspokus.
27. Hofuspokus.
Nachmittags 3 Uhr:
25. Am grünen Weg.
26. Der Willenbildler.
27. Tiroler Krippenspiel.

Metropol-Theater
Anfang präzise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schults.
G. Thielscher, F. Massary, G. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 22. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

WINTERGARTEN
Auftreten von: Robert Steidl, Liane de Vries, Kitty Gordon, Tan Kwal - Truppe, Flood Brothers, Starr und Leslie, Boganny - Truppe, Die Tiller Girls, Brunius, La Bérat, Toqué, Tenji - Truppe, Der Biograph etc.

Kasino-Theater.
Lohseingasse 37. Täglich 8 Uhr:
Biederleute.
Komödie in 4 Akten v. Rob. Misch. Vorher das glanz. kunte Programm.

Gebr. Herrnsfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Vorverkauf ab 11 Uhr.
Die Rivalität

Papa und Genossen.
Komödie in 3 Akten von Anton u. Donat Herrnsfeld.
Vorher:
Madame Wig-Wag.
Teils: Elbde mit den Hühnern in den Hauptrollen.

Haben Sie schon Deutschen Konzerthallen, An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig. 8 Uhr: Dr. C. Thiesing: Gesellschaftsleben bei höheren Tieren. Invalidenstr. 57-62: Sternwarte. Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelflecke.

Residenz-Theater.
- Direktion: Richard Alexander. -
Anfang 8 Uhr.
Ganz der Papa.
Schwank in 3 Akten von Mars und Desvallières. Deutsch v. H. Schönan. Baron des Aubrais: Mich. Alexander.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Erziehung zur Ehe.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Frau Holle. Abends: Am Tage des Gerichts. Sonntag nachm. 3 Uhr: Am Tage des Gerichts. Abends: Ein seltsamer Fall.
Montag: Ein seltsamer Fall.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Die
Frau Kommerzienrat.
Anfang 8 Uhr. - Wochenendprelle.

Theater an der Spree
Köpenickerstraße 68.
Heute 8 Uhr:
Tiroler Krippenspiel.
Sonabend nachm. 5 halben Preisen: Tiroler Krippenspiel.
Sonabend abend: Geflossen.
Sonntag: Premiere.
Hofuspokus.
Gefangnisse von Louis Herrmann.
Repertoire der Feiertage:
25. Hofuspokus.
26. Hofuspokus.
27. Hofuspokus.
Nachmittags 3 Uhr:
25. Am grünen Weg.
26. Der Willenbildler.
27. Tiroler Krippenspiel.

Metropol-Theater
Anfang präzise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schults.
G. Thielscher, F. Massary, G. Darmand, Bender, Giampietro, Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 22. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

WINTERGARTEN
Auftreten von: Robert Steidl, Liane de Vries, Kitty Gordon, Tan Kwal - Truppe, Flood Brothers, Starr und Leslie, Boganny - Truppe, Die Tiller Girls, Brunius, La Bérat, Toqué, Tenji - Truppe, Der Biograph etc.

Kasino-Theater.
Lohseingasse 37. Täglich 8 Uhr:
Biederleute.
Komödie in 4 Akten v. Rob. Misch. Vorher das glanz. kunte Programm.

Gebr. Herrnsfeld-Theater.
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Vorverkauf ab 11 Uhr.
Die Rivalität

Papa und Genossen.
Komödie in 3 Akten von Anton u. Donat Herrnsfeld.
Vorher:
Madame Wig-Wag.
Teils: Elbde mit den Hühnern in den Hauptrollen.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
Vollständ. in vier Akten von Ludwig Angenbrüder.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Kaiserjäger.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Reiterattacke.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Revisor.
Lustspiel in 5 Akten v. Nikolaus Gogol. Deutsch von E. v. Schadeletzky.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Wilhelm Tell.

Zirkus Schumann
Heute, Freitag, 20. Dezember, abends präzise 7 1/2 Uhr:
Gr. brillante Clowns u. Komiker-Vorstellung. Ein Abend voll Humor und Frohsinn oder: Man soll und muß lachen. Sämtliche Clowns und Kunstgeister mit ihren neuesten u. neuartigen. Ferner: Die phänomenalen
Three Demons
u. die großartigen neuen Spezialitäten.
Zum Schluss zum 80. Male:
Ein auf dem Neckar
Fest

Achtung!
In allen 3 Weihnachtstagen in jeder Nachmittagsvorstellung zum Schluss: Die reizende Pantomime **Die lustigen Heidelberger** mit den unerschrockenen Regensjenern. Nachmittags ein Kind frei. Sonntag: 2 Gala-Vorstellungen. Nachm. ein Kind frei.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Die singenden Engelsköpfe
Martin Kettner
Erna Fröhlich
und das großartige
Dezember-Programm.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Oranienstr. 10.
Heute Freitag: Geflossen.
Sonabend, Sonntag:
Maria Stuart.
In d. 3 Feiertagen: In der 3ten. Schauspiel n. d. „Norgenspost“-Roman. Villerovortausf. eröffnet!

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Fräulein Josette - meine Frau.

Biograph-Theater „Westend“
Charlottenburg, Potsdamerstraße 11.
Neu! Elegant! Interessant!
Täglich Vorstellung von 5-11 Uhr. Sonntags von 3-11 Uhr. Steilger Eingang von Reuhellen.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.
Mittwoch, den 25. Dezember 1907, (1. Weihnachtsfeiertag), in den Gesamträumen von Fritz Hoppes Festsälen, Hermannstr. 49:

Weihnachtsfest
unter Mitwirkung des Berliner Sinfonie-Orchesters, Gesangvereins „Melodia“ (M. d. A.-S.-B.), Turnaufführungen, „Berliner Ulk-Trio“.

Nach Beendigung **Ball** bei doppeltem Orchester. Eintritt 25 Pf. Anfang 6 Uhr. Tanz 50 Pf. Rauchen verboten! Öffentliche Kasse findet nicht statt.
Donnerstag, den 28. Dezember 1907 (2. Weihnachtsfeiertag):
Rixdorfer Theater, Bergstr. 147, präzise nachmittags 3 1/2 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.
Eine Komödie in 3 Akten von Otto Ernst. Regie: Julius Türk. Billets 60 Pf. - Kindern ohne Billet kein Zutritt. - Öffentliche Kasse findet nicht statt. - In der Partispedition Neckardt. 2 sowie in allen Zahlstellen sind für das Weihnachtsfest und für die Theatervorstellung Billets zu haben. Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Haben Sie schon Deutschen Konzerthallen, An der Spandauerbrücke 3, besucht???

XIII. Saison. Zirkus Busch
Freitag, den 20. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Komischer Gala-Abend The Clarkonians!! aus Amerika.
The Kremo Family. Außerdem: Herr C. Schumann, Neudressuren. Gr. Cirkel Probol, Schutzeleierin.
Um 1/2 10 Uhr: **Auf der Hallig.** Gr. Ausst. Pant. d. Zirkus in 4 Bild.
Die Wunder der Tiefsee. Sonntag: Zwei große Gala-Vorstellungen.

Apollon Theater
Ab 8 Uhr: Das wunderbare Weihnachts-Programm mit (9 Uhr): **Siegwart Gentes** in seinem Stücken: Die Operprobe u. (9 1/2 Uhr): **Sylvester Schaffer jr.**, der berühmte Universal-Künstler.
Sonntag, den 22. Dezember er. nachm. 3 1/2 Uhr bei kleinen Preisen: Familien-Vorstellung mit **Siegwart Gentes** und **Sylvester Schaffer jr.**

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Heute geschlossen
1. Feiertag 1/2 8 Uhr:
Das Elite-Weihnachts-Programm.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergweg 19/20, Rosenth. Tor
Anfang 8 Uhr.
Das kolossale Dezember-Programm.
12 Akrobaten Lorch 12 girmilche Spiele.
Collin Chalron „Ein Künstlerchen.“
Harry Arndt, Humorist.
12 Interaktion. Spezialitäten 12 Trummel: Regimentskapelle, Sgrammeln. - Theaterbesucher toller Eintritt.

Parodie-Theater.
Dresdenerstr. 97. Anfang 8 1/2 Uhr.
Wilhelm Tell.
Tannhäuser mit Penrice-Cabruso.
Monna Banna.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sängers.
Weihnachts-Programm! Anfang wochent. 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Donnerstag, 26. Dezembr. (2. Feiertag):
Gr. Weihnachts-Benefiz-Matinee.
Reichshallen-Restaurant: Militär-Konzert.

Sanssouci Kolossaler StraÙe 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Begen Vorbereitungen zum Weihnachtsfest
An allen 3 Feiertagen
GroÙe Extra-Fest-Vorstellungen mit hochaktuellen Proge. Auftreten von
Hoffmanns Nordd. Sängers Tanztruppen.
Beginn Sonntag 5 Uhr, wochentags 8 Uhr.

Buggenhagen
Moritzplatz.
..... im Theatersaal täglich:
Das neue
Dezember-Programm.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Sonntag 7 Uhr. (Sonntag referiert 1 M. Entree 50 Pf.) Familienbillets a 40 Pf.
Unter
Williär-Konzert.
Beder, Frenschardt, Göring, Reumann, Oberney und Kästlich

Achtung! Sumatra
erste Länge, Vollblatt, lebhaft reine Farben
per Pfd. M. 4,80.
Hamburger Rohthak-Haus.
Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 14. d. M. verstarb unser Mitglied, der Former
Emil Hempel
Bronchitische. 13.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend nachmittags 3 Uhr vom Leichenhause aus nach dem neuen Baus - Kirchhof in Wilmersdorf statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
268/2 **Der Vorstand.**

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines guten Vaters
Heinrich Klingmann
sagen wir dem sozial. Wahlverein Wilmersdorf-Ost, dem Gesangsverein „Gild-gu“ sowie den Arbeitskollegen der Berliner Zimmererzunft, Jubel und allen Freunden und Bekannten unseren innigsten Dank.
Marie Klingmann nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, des Steinbruders
Heinrich Eschbach
sagen wir allen Beteiligten unsern innigsten, tiefgefühltesten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Danksagung.
Allen Freunden und Kollegen sowie dem Deutschen Holzarbeiter-Verein sage ich für die große Teilnahme und Strazspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters meinen besten Dank.
Otto Grotko im Namen der Hinterbliebenen.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Roso.
Freitag, den 20. Dezember 1907:
Eine Indenfamilie.
Charakterstudie in 4 Akten (sieben Bildern) von Joh. Heinrich Wranz. Anf. 8 Uhr. Kaffeneröffnung 7 Uhr.

Theater
Folies Caprice
Lilienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Heute Freitag:
Premiere. Mal was Anderes.
Revue in 1 Akt u. 3 Bildern mit Musik von Caprice.
Dunkle Punkte.
Voffe in 1 Akt von Caprice.
Eine anständige Frau.
Lustspiel in 1 Akt von P. Vlh. Anfang 8 Uhr.

Sozialdemokratischer Wahlverein Groß-Lichterfelde.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 15. Dezember, starb plötzlich unser treues altes Mitglied, der Genosse
Albert Sage
Wasser, Neue Dorfstraße 10.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr auf dem Friedhof Volkstempel statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
203/19 **Der Vorstand.**

Vereinigung der Fliesenleger und Hilfsarbeiter Berlins.
Nachruf!
Am Dienstag, den 17. Dezember, verstarb unser treues Mitglied, der Fliesenleger
Joseph Coscetz
nach langem schweren Leiden an der Prostaterkrankheit im Alter von 29 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 20. d. M., nachmittags 3 Uhr, auf dem St. Hedwig- und Buschhof in Wilmersdorf statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
251/13 **Der Vorstand.**

Christine Paduch
geb. Becker
am 17. Dezember, abends 10 Uhr, nach langem schwerem Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Dezember, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofs, Mariendorf, Feldstraße, aus statt.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Martin Paduch nebst Kindern.
20115

Todes-Anzeige.
Allen Bekannten zur Nachricht, daß mein Bruder, der Sattler
Albert Rothe
am 19. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. d. M., nachmittags 1/2 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Hedwig-Kirchhofs, Wilmersdorf, Wilmersdorferstr. aus statt.
20185 **J. Rothe.**

Todes-Anzeige.
Am 17. Dezember, vormittags 8 Uhr, starb nach kurzem Krankenlager unsere liebe, gute Mutter
Ww. Friederike Elsner
geb. Behnk.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Max Elsner, Hühnerstraße 14.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. d. M., nachmittags 1/2 3 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofs in Wilmersdorf, West, Kögelstraße, aus statt.
12712

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Beteiligten, den Kollegen sowie der Firma Beckmann meinen herzlichsten Dank.
Witwe Emma Timm.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 14. d. M. verstarb unser Mitglied, der Former
Emil Hempel
Bronchitische. 13.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend nachmittags 3 Uhr vom Leichenhause aus nach dem neuen Baus - Kirchhof in Wilmersdorf statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
268/2 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former
Emil Hempel
am 14. Dezember 1907 durch Ueberfahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Schaubaus, Hannoversdammstraße, aus nach dem Kirchhof der Stephanus-Gemeinde in Wilmersdorf statt.
Kege Beteiligung erwartet
191/13 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Groß-Lichterfelde.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 15. Dezember, starb plötzlich unser treues altes Mitglied, der Genosse
Albert Sage
Wasser, Neue Dorfstraße 10.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr auf dem Friedhof Volkstempel statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
203/19 **Der Vorstand.**

Vereinigung der Fliesenleger und Hilfsarbeiter Berlins.
Nachruf!
Am Dienstag, den 17. Dezember, verstarb unser treues Mitglied, der Fliesenleger
Joseph Coscetz
nach langem schweren Leiden an der Prostaterkrankheit im Alter von 29 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 20. d. M., nachmittags 3 Uhr, auf dem St. Hedwig- und Buschhof in Wilmersdorf statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
251/13 **Der Vorstand.**

Christine Paduch
geb. Becker
am 17. Dezember, abends 10 Uhr, nach langem schwerem Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Dezember, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofs, Mariendorf, Feldstraße, aus statt.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Martin Paduch nebst Kindern.
20115

Todes-Anzeige.
Allen Bekannten zur Nachricht, daß mein Bruder, der Sattler
Albert Rothe
am 19. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. d. M., nachmittags 1/2 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Hedwig-Kirchhofs, Wilmersdorf, Wilmersdorferstr. aus statt.
20185 **J. Rothe.**

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Beteiligten, den Kollegen sowie der Firma Beckmann meinen herzlichsten Dank.
Witwe Emma Timm.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 14. d. M. verstarb unser Mitglied, der Former
Emil Hempel
Bronchitische. 13.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend nachmittags 3 Uhr vom Leichenhause aus nach dem neuen Baus - Kirchhof in Wilmersdorf statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
268/2 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former
Emil Hempel
am 14. Dezember 1907 durch Ueberfahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Schaubaus, Hannoversdammstraße, aus nach dem Kirchhof der Stephanus-Gemeinde in Wilmersdorf statt.
Kege Beteiligung erwartet
191/13 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Groß-Lichterfelde.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 15. Dezember, starb plötzlich unser treues altes Mitglied, der Genosse
Albert Sage
Wasser, Neue Dorfstraße 10.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr auf dem Friedhof Volkstempel statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
203/19 **Der Vorstand.**

Vereinigung der Fliesenleger und Hilfsarbeiter Berlins.
Nachruf!
Am Dienstag, den 17. Dezember, verstarb unser treues Mitglied, der Fliesenleger
Joseph Coscetz
nach langem schweren Leiden an der Prostaterkrankheit im Alter von 29 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 20. d. M., nachmittags 3 Uhr, auf dem St. Hedwig- und Buschhof in Wilmersdorf statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
251/13 **Der Vorstand.**

Christine Paduch
geb. Becker
am 17. Dezember, abends 10 Uhr, nach langem schwerem Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Dezember, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofs, Mariendorf, Feldstraße, aus statt.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Martin Paduch nebst Kindern.
20115

Todes-Anzeige.
Allen Bekannten zur Nachricht, daß mein Bruder, der Sattler
Albert Rothe
am 19. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. d. M., nachmittags 1/2 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Hedwig-Kirchhofs, Wilmersdorf, Wilmersdorferstr. aus statt.
20185 **J. Rothe.**

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Beteiligten, den Kollegen sowie der Firma Beckmann meinen herzlichsten Dank.
Witwe Emma Timm.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 14. d. M. verstarb unser Mitglied, der Former
Emil Hempel
Bronchitische. 13.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend nachmittags 3 Uhr vom Leichenhause aus nach dem neuen Baus - Kirchhof in Wilmersdorf statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
268/2 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former
Emil Hempel
am 14. Dezember 1907 durch Ueberfahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Schaubaus, Hannoversdammstraße, aus nach dem Kirchhof der Stephanus-Gemeinde in Wilmersdorf statt.
Kege Beteiligung erwartet
191/13 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Groß-Lichterfelde.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 15. Dezember, starb plötzlich unser treues altes Mitglied, der Genosse
Albert Sage
Wasser, Neue Dorfstraße 10.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr auf dem Friedhof Volkstempel statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
203/19 **Der Vorstand.**

Vereinigung der Fliesenleger und Hilfsarbeiter Berlins.
Nachruf!
Am Dienstag, den 17. Dezember, verstarb unser treues Mitglied, der Fliesenleger
Joseph Coscetz
nach langem schweren Leiden an der Prostaterkrankheit im Alter von 29 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 20. d. M., nachmittags 3 Uhr, auf dem St. Hedwig- und Buschhof in Wilmersdorf statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
251/13 **Der Vorstand.**

Christine Paduch
geb. Becker
am 17. Dezember, abends 10 Uhr, nach langem schwerem Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Dezember, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofs, Mariendorf, Feldstraße, aus statt.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Martin Paduch nebst Kindern.
20115

Todes-Anzeige.
Allen Bekannten zur Nachricht, daß mein Bruder, der Sattler
Albert Rothe
am 19. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. d. M., nachmittags 1/2 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Hedwig-Kirchhofs, Wilmersdorf, Wilmersdorferstr. aus statt.
20185 **J. Rothe.**

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Beteiligten, den Kollegen sowie der Firma Beckmann meinen herzlichsten Dank.
Witwe Emma Timm.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 14. d. M. verstarb unser Mitglied, der Former
Emil Hempel
Bronchitische. 13.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonnabend nachmittags 3 Uhr vom Leichenhause aus nach dem neuen Baus - Kirchhof in Wilmersdorf statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
268/2 **Der Vorstand.**

Partei-Angelegenheiten.

Strasau. Der Wahlverein feiert sein diesjähriges Weihnachts- vergnügen am ersten Feiertag in den Gesammtäumen der „Nacht- grafenstraße“...

Alt-Miende. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Samstag, den 21. d. M., im Lokale des Herrn Heinrich Sah statt.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Stadtverordneten begannen ihre gestrige Sitzung, die letzte im alten Jahre, mit einer Art Familienfeier, die dem aus seinem Amt scheidenden Vorsteher Langerhans galt.

Sehr viel weniger erbaulich waren die Verhandlungen, die über die Frage der Speisung bedürftiger Schulkinder geführt wurden. Sie endeten zwar mit der ziemlich einstimmigen Annahme eines Beschlusses, der sich dafür ausspricht, daß schleunigst die Stadt selber Einrichtungen zur Speisung von Schülkindern schaffen soll.

Bitte, recht freundlich!

Ein vielgeachteter und vielgeplagter Mann vor Weihnachten ist der Photograph. Ist doch so ein Konterfei immer noch ein praktisches und vor allem — sehr billiges Geschenk.

Es ist Sonntag nachmittag. Zwei junge Damen, anscheinend Geschäftsräufelns haben die Bilder in den Schaufenstern gründlich und eingehend studiert und erklimmen nun hastig die fünf Treppen bis unters Dach.

Ein Ehepaar in mittleren Jahren, reichgewordene Kohlenhändler oder so etwas ähnliches. Sie hat propend und prumend ihren ganzen Vorrat an Schnuck angehängen und angestekt und gleicht einer wandelnden Goldwarenhandlung.

Sodann kommt eine junge Mutter mit ihrem etwa einjährigen Jungen, den sie vollständig entblößt hat und der mit dem ganzen Stimmhauch seiner einjährigen Kehle gegen die undefugte Preisgabe seiner körperlichen Reize protestiert.

Nun folgt ein Vaterlandsverteidiger mit Almerhelm und übergehängtem Mantel, unter dem der Kürass kriegerisch hervorblüht. Er läßt sich stehend, in der Pose eines Helden aus der Siegesallee „abphotographieren“.

Jetzt kommt ein Brautpaar, anscheinend vom Lande. Wie es der Inhaber rückt und schiebt, bleiben sie auch stehen.

unbeweglich, in ängstlicher Starrheit, krampfhaft sich gegen- seitig haltend.

Auch ein Sohn der heißen Zone, ein Mohr, gedehnt, in schreienden Farben gekleidet, möchte auf der Platte fest- gebannt werden. Er kann sich aber weder für Brustbild noch für Stehbild entscheiden.

Sicher und frisch tritt eine verschleierte Dame herein. Der Inhaber kennt sie schon. Sie setzt sich ohne besondere Umstände hin, rafft mit geschicktem Griff ihre Kleider und gibt ihrem feinen, edlen Profil selbst die richtige Stellung;

Unen und oben.

Wie die einkommensteuerpflichtige Bevölle- rung Berlins sich abtut, das erleben wir aus den Jahres- berichten der Steuerdeputation des Magistrats. Auch der neueste Bericht, der das Jahr 1906/07 behandelt, bringt hierzu wieder die üblichen, sehr lehrreichen Zahlenreihen.

Rur für die Gruppe der Einkommen von 900 M. aufwärts bis zu 3000 M. und für die Gruppe derjenigen von über 3000 M. aufwärts bis in die Hunderttausende und die Millionen hinein ist in dem Jahresbericht der Steuerverwaltung die Ver- teilung auf die einzelnen Stufen angegeben.

Wohlgemerkt: es handelt sich hier immer um Jahreseinkommen, nicht etwa um Vermögen. Von 3 Millionen Mark Einkommen pro Jahr müssen 2—3000 Arbeiterfamilien das Jahr hindurch leben.

Die Moabitler Nordaffäre. Unter dem Verdacht, den Kaufmann Max Lehmann in Alt-Moabit ermordet zu haben, ist gegen den 24 Jahre alten Rohrlager E. aus der Seestraße auf Gerichtsbeschluß die Voruntersuchung eingeleitet worden.

Spuren der Berlinländerin. Der dreisten Abenteuerin, die, wie erinnerlich, im Laden des Hofjuweliers Louis Berner ein mit 24 000 M. bewertetes Perlenstück raubte, ist die Kriminalpolizei auf der Spur.

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß die Frauens- person das unechte Kollier, das sie dem ersten unterschob, am 7. d. M. in einem Bijouteriewarenladen von Goude u. Co. in der Leipziger- straße Nr. 183a für 15 M. gekauft hat.

Die elektrische Straßenbahnlinie Berlin—Franz-Buchholz ist am gestrigen Tage dem Betrieb übergeben worden. Und damit ist die letzte Pferdebahn aus der Umgebung der Reichshauptstadt ver- schwunden.

Gasexplosion.

Entlich wird gemeldet: Heute Donnerstag vormittag ereignete sich beim Öffnen einer Stirnwandtiefe eines von Grunewald ein- gegangenen plombierten Radwagens auf dem Schließigen Bahnhof eine Gasexplosion, die vermutlich durch die Undichtigkeit eines Gas- kochers entstanden ist.

Eine Liebesdragsdie. In der vergangenen Nacht vergifteten sich in einem Hotel in der Kopenstraße der 24jährige Kaufmann Richard Klep aus der Baricanerstr. 74 und dessen Frau, das 27jährige Dienstmädchen Emma Schmidt aus der Grunewaldstr. 100 mit Salz- säure, weil ihrer Verbindung nach der Meinung des Bräutigams Schwierigkeiten im Wege standen.

Vete und arbeite!

„Vete und arbeite!“ So steht's geschrieben an der Seifen- fabriek von Rud. Herrmann in der Jossenerstraße, geschrieben groß und breit mit weithin sichtbaren Buchstaben.

Die Vermutung ist richtig, Herr Stobwasser, der jetzt Inhaber dieser Fabrik, ein Schwiegersohn des alten Herrmann, gibt sich alle Mühe, seine Leute zu rechten Christenmenschen zu erziehen. „Vete und arbeite!“ liest er für sie an die Front seines Fabrikgebäudes schreiben.

Bei einem Sonntag war's, einem kalten Dezembersonntag — siehe, da wurde im Morgengrauen es hell hinter den Fenstern der Fabrik von Rud. Herrmann. Am Sonntag! Mit Stamen bemerkten's die Gottlosen, die in der Nähe dieser Stätte der Frömmigkeit wohnten, und lästerlich fluchten sie: „Daß Dich der Teufel —! Da halten sie bei Herrmann gar schon sonntägliche Morgenandachten ab!“

Weshalb mögen wohl Herrn Stobwassers Leute vor dem un- angenehmen Versuch ausgetiffen sein? Man hat uns gelagt, Arbeiterinnen seien entsetzt in den Ankleideraum geflohen, Arbeiter seien hinausgerannt bis auf den Boden. Ei, warum denn? Für Herrn Stobwasser wird ja wohl nichts zu fürchten gewesen sein.

Eine Rassenfucht ist vorgestern in der städtischen Fürsorge- anstalt bei Schneydorf angeführt worden. Sieben jugendliche Ju- sassen, die sich untereinander verabredet hatten, entflohen nachts aus der Anstalt. Es gelang ihnen auch sämtlich zu entkommen.

Eine längere Verkehrsstockung entstand vorgestern in der Nähe des Bahnhofs Schmaragdort. Es waren am Nachmittag drei Güter- wagen aus den Gleisen gesprungen, wodurch etwa dreiviertel Stunden lang das südliche Gleise der Strecke Halensee—Potsdamer Bahnhof ge- sperrt wurde.

In der Landwehrstraße 16 bei Blogge und nicht in der Land- bergerstraße, wie dieser Tage angegeben, wohnt der Verlierec Sedlesch, der in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann den Verlust

eines Portemonnaies, enthaltend Verbandsgelder und Beitragsmarken des Hand- und Transportarbeiter-Verbandes, zu beklagen hat.

Feuerwehrbericht. Großer Unfug lag einer Feuermeldung zugrunde, die Mittwochabend das Ausrücken der Wehr nach der Dorfstrasse veranlaßte. Der Täter ist entkommen. In einem Wägelager Dresdenerstr. 41/42 brannten gleichzeitig Kisten, Papier u. a. Im Vorderhause Gartenstr. 20 hatte der 18. Zug zu tun. Dort fanden Preshohlen, Schalbeden, Fußböden, Balken u. a. in einem Keller in Flammen. Gestern früh um 8 Uhr mußte der 11. Zug in der Wägelstr. 85 einen Kellerbrand löschen. Hölzer waren dort in Brand geraten. Der 7. Zug wurde nach der Frankfurter Allee 181 in Friedrichsberg gerufen, wo auf dem Hausboden Feuer ausgekommen war. Die freiwillige Ortsfeuerwehr war zur Stelle, der es durch kräftiges Wassergehen gelang, den Brand auf den Boden zu beschränken. Auf dem Ostbahnhof hatte der 7. Zug einen Brand zu löschen, der neben dem dortigen Weichschuppen ausgekommen war. Stroh usw. brannten dort. Auf dem Moabiter Güterbahnhof wurden Preshohlen ein Raub der Flammen. Dresdenerstr. 2 war in einer Küche ein Brand entstanden. In der Potsdamerstr. 83 und Chodowiedstrasse brannten Schalbeden, Kleider u. a. in Klosetts. Ferner wurden Brände aus der Bergstr. 39 und 60 gemeldet. Vor dem Hause Waldemarstr. 65 wurde ein Kind überfahren.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der Stadtverordnetenversammlung kam es am Mittwoch anlässlich der Prüfung der Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen zu interessanten Debatten, die bis in die späte Nacht hinein dauerten. Zunächst wurde ein Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahlen im ersten Bezirk der dritten Abteilung, der sich darauf stützte, daß zeitweilig nur zwei Mitglieder des Wahlvorstandes anwesend waren, zurückgewiesen. Nach Angabe des Wahlvorstehers war der Wahlvorstand nur wenige Minuten nicht vollständig besetzt, und Stimmen waren in dieser Zeit nicht abgegeben.

Gegen die Wahl unserer Genossen Scharrnberg und Flemming war von freisinniger Seite Protest eingelegt. Einmal sollen Wähler ihre Stimme abgegeben haben, die im verflochtenen Jahre Unterführung aus laufenden Mitteln bezogen haben, weiter soll der Wahlvorsteher einen Wähler, der nicht selbst lesen konnte, und den Namen der Kandidaten von einem dritten vorlesen lassen wollte, hieran verbindert haben und schließlich soll auch die unterlassene Verlesung des Protokolls über das Wahlergebnis im Wahllokal ein Grund zur Ungültigkeitserklärung der Wahlen sein. Alle diese Gründe wies der Ausschuss und in Übereinstimmung damit die Versammlung zurück. Allerdings haben zwei Wähler ihr Wahlrecht ausgeübt, die Armenunterstützung beziehen, aber sie stehen in der Wählerliste. Der Wähler, der angeblich verhindert war, den Namen des Kandidaten ablesen zu lassen, hat in Wirklichkeit gewählt, und das Protokoll ist tatsächlich verlesen worden. Anders steht es mit einem weiteren Protest gegen die Wahl, der sich darauf stützt, daß der Wahlvorstand (an dessen Spitze als Wahlvorsteher ein Mitglied der liberalen Fraktion stand), den Beschluß gefaßt hatte, nur solche Wähler zuzulassen, die sich schriftlich ausweisen konnten, dagegen alle diejenigen zurückgewiesen hatte, die keine schriftliche Legitimation besaßen, auch wenn sie von einem Mitglied des Wahlvorstandes legitimiert wurden. Hierin erklarte der Ausschuss einen Verstoß, der die Ungültigkeit der Wahl zur Folge haben müßte, wenn nachgewiesen werden könnte, daß tatsächlich eine so große Anzahl von Wählern um ihr Wahlrecht gekommen ist, daß das Wahlergebnis davon beeinflusst worden wäre. Nun haben in dem betreffenden Bezirk 1680 Wähler ihre Stimme abgegeben, die absolute Majorität betrug 841, unsere Genossen haben 845, bezw. 843 Stimmen, also nur wenig über die absolute Mehrheit erhalten. Trotz eifrigster Bemühungen ist es den Protestlern doch nur möglich gewesen, 3 Wähler aufzufindig zu machen, die durch das Verhalten des Wahlvorstandes um ihr Wahlrecht gekommen sind. Rechnet man diese hinzu, so wären 1683 Wähler erschienen, die absolute Mehrheit würde also 842 betragen, und Scharrnberg und Flemming hätten immer noch die absolute Mehrheit. Aus diesem Grunde erklärte die Versammlung die Wahlen für gültig, obwohl insbesondere einige liberale Rechtsanwältinnen die größte Mühe gaben, einen anderen Beschluß herbeizuführen. Die Gültigkeit wurde in namentlicher Abstimmung mit 26 gegen 18 Stimmen ausgesprochen. Der Ausschuss hatte einstimmig für Gültigkeit plädiert.

Am 7. Bezirk der 3. Wählerabteilung war der Kandidat der Freisinnigen in der Stichwahl mit einer Mehrheit von etwa 500 Stimmen gewählt. Die Prüfung der Akten hatte nun ergeben, daß in der Zeit von 9-2 Uhr der Wahlvorstand ungesetzmäßig gehandelt war, es hatte sich nur ein Beisitzer eingefunden, als zweiter Beisitzer fungierte der stellvertretende Vorsteher. Unsere Genossen erwiderten hierin einen so schweren Verstoß gegen das Gesetz, daß sie deshalb die Ungültigkeit der Wahl beantragten. Die Mehrheit jedoch erklärte die Wahl für gültig, sie erkannte zwar an, daß das Vorgehen des Wahlvorstandes ungesetzmäßig war, kam aber andererseits zu der Überzeugung, daß in der Zeit von 9-2 Uhr nicht so viel Wähler ihre Stimme abgegeben hatten, daß das Resultat der Wahl dadurch ein anderes geworden wäre.

In der ersten Wählerklasse war im 2. Bezirk ein Hausbesitzer zu wählen. Der Gewählte ist seit dem Tode seines Vaters gemeinschaftlich mit seiner Mutter als Eigentümer eines Grundstücks zu ungeteilter Erbengemeinschaft eingetragen. Durch notarielle Verhandlung vom 7. November hat die Mutter gegen Einräumung einer jährlichen Rente das Grundstück ihrem Sohn zum Alleineigentum überlassen. Die Auflassung ist am 22. November erfolgt. Da die Wahl aber bereits am 8. November vor sich ging, war der Betreffende am Wahltag selbst zweifellos nicht Hausbesitzer im Sinne der Städteordnung, die für ihn abgegebenen Stimmen hätten also nach der Entscheidung des OVG für ungültig erklärt werden müssen. Das war der Standpunkt, den unsere Redner mit aller Schärfe vertraten. Der Bürgermeister gab zu, daß der Wahlvorsteher von Rechts wegen die auf den Betreffenden gefallenen Stimmen für ungültig hätte erklären müssen. Da er dies nicht getan habe, und da inzwischen der Betreffende Hausbesitzer im Sinne der Städteordnung geworden sei, so habe die Wahl nachträglich Gültigkeit erlangt. Zum Beweis seiner Anschauung konnte sich der Bürgermeister auf eine Entscheidung des OVG stützen. Dies gab den Rednern unserer Fraktion Anlaß, die vom grünen Tisch diktierten und mit den wirklichen Verhältnissen nicht übereinstimmenden Entscheidungen des höchsten Gerichtshofes einer scharfen Kritik zu unterziehen und den Widerspruch des Hausbesitzerprivilegs zu geißeln. Die Wahl selbst wurde für gültig erklärt.

Einstimmig angenommen wurde ein dringlicher Antrag der Sozialdemokraten, die im Etat vorgesehene Mittel für die Gewährung von Zuschüssen an die Volksschulen und ähnliche Anstalten zur Lieferung von Frühstück und ev. auch Mittagbrot an Schulkinder um 2000 M. zu verstärken, sowie ein freisinniger Antrag, der den Magistrat aufforderte, sofort eine Enquete in allen Gemeindefamilien zu veranstalten, wie viele Schulkinder ohne erstes Frühstück in die Schule kommen und wie viele zu Hause kein warmes Mittagbrot haben.

Die erste Sitzung im neuen Jahre wird am 8. Januar stattfinden.

Rigdorf.

Ein schwerer Zusammenstoß im Straßenbahnbetriebe hat sich gestern an der Ecke der Hermann- und Siegfriedstraße zugetragen. Der Kollisionsfahrer Franz Büchler, Siegfriedstraße 54, kam mit seinem Fahrzeug, auf dem sich auch seine 11jährige Tochter befand, um die Kreuzung herumgefahren, als der Motorwagen Nr. 2205 der Linie 29 aus entgegengesetzter Richtung scharf um die Ecke herum-

fuhr. Es erfolgte nun ein heftiger Zusammenstoß und durch den Anprall wurden B. und seine Tochter vom Bord herunter auf die Straße geschleudert. B. zog sich dabei erhebliche Verletzungen an beiden Beinen zu, während das Mädchen schwere Quetschungen und aufsteigend auch innere Verletzungen erlitt. Beide Verunglückte wurden nach der Unfallstation in der Steinwegstraße gebracht.

Groß-Lichterfelde.

Der Gemeindevertreterversammlung vom Montag lagen nicht weniger als 14 Beratungsgegenstände vor, von denen allerdings nur die wenigsten das öffentliche Interesse beanspruchten. Die Prüfung der Rechnung des Kieselgutes Werben gab zu einer allgemeinen und eingehenden Diskussion Veranlassung mit dem Ergebnis, daß die Erträge des Gutes als nicht zufriedenstellend bezeichnet wurden. Es wurde die Frage erwogen, das Gut zu verpachten. Gemeindevertreter Schulz sprach sich jedoch mit Recht gegen eine solche Verpachtung aus; keine Gemeinde habe ihr Kieselgut verpachtet und selbst Berlin, das früher einmal auf diesem Standpunkte stand, sei später davon abgekommen. Die Rechnung wurde genehmigt und im übrigen die Sache zur weiteren Behandlung einer Kommission überwiesen. Von besonderer und schwerwiegender Bedeutung war die Vorlage betr. die Errichtung je einer Hülfsschule für Schwachbegabte bei den Gemeindefamilien III und V vom 1. April 1908 ab. Als wir diesen Punkt auf der langen Tagesordnung entdeckten, kannte unsere Verwunderung keine Grenzen. Wie kommt die Gemeindevertretung in Groß-Lichterfelde, eine der reaktionärsten und arbeiterfeindlichsten Körperschaften in preussischen Landen, in deren Macht- und Wirkungsbereich bisher nur Grundbesitzerinteressen auf Förderung hoffen durften, dazu, soziale Forderungen oder besser ausgedrückt eine soziale Forderung in bezug auf das Unterrichts- und Erziehungs- und Gemeindefamilien zu beraten? Wie kommt Saul unter die Propheten? Des Rätsels Lösung ist aber sehr einfach. Im kommenden März finden wieder die Gemeindevahlen statt. Nach dem ganzen bisherigen Verlauf derselben besteht die hohe Wahrscheinlichkeit, daß endlich ein paar Sitze durch die Sozialdemokratie erobert werden. Darauf hat bereits der Gemeindevertreter Dr. Lehmann im Westverein hingewiesen, indem er darauf aufmerksam machte, daß seit 1901 die sozialdemokratischen Stimmen um 50 Proz. zugenommen, jene der Bürgerlichen um 20 Proz. abgenommen hätten. Wenn nun die Gemeindevertretung sich jetzt plötzlich in einer ganz verdächtigen Eile dazu bequemt, sich ein soziales Mantelchen umzubringen, so handelt es sich dabei einerseits darum, Stimmung für sich zu machen und andererseits wohl auch um die etwas verspätete Einsicht, über kurz oder lang doch dazu gezwungen zu sein, sich nicht nur mit einer Forderung, sondern überhaupt mit sozialer Kommunalpolitik befassen zu müssen. Die Wählerklasse aus der Arbeiterklasse wird dieses soziale Schein-Mantel mit heiterer Ruhe durchschauen und sich durch die aus dem Rathaus aufsteigenden Kotrauten nicht betören lassen. — Der Referent über diesen Punkt Gemeindevertreter Lehmann wies die Notwendigkeit der Errichtung solcher Klassen aus pädagogischen Gründen nach und empfahl die Annahme der Vorlage. Die Diskussion zeigte von einem kläglichen Tiefstand bürgerlicher Auffassung, sobald es sich um irgend eine soziale Forderung handelte. Die Gemeindevertreter Dr. Kähler, Hauptert und Schirmer verhielten sich ablehnend und verlangten Milderung an die Kommission. Mäkellos für die Vorlage sprach nur Dr. Delbrück. Vom Gemeindevorstande sprach Dr. Lengner mit nationalliberaler Behemung dafür. Es handelte sich um eine soziale Aufgabe ersten Ranges und da konnte es auf die Mittel nicht ankommen. Es sei das erste Mal, daß die Gemeindevertretung sich mit einer sozialen Angelegenheit befaßt. In der Zukunft müsse dies noch viel mehr der Fall sein. Gemeindevertreter Schirmer, in seinem bürgerlichen Versteck Gemeindevertreter der Haupt- und Residenzstadt Berlin, erwiderte, daß er ja gar nicht gewußt habe, es sich um eine soziale Aufgabe handle (!), erst durch diese Ausführungen sei er sich darüber klar geworden. — Wir können augenblicklich nicht beurteilen, ob nach diesem Votum die Stadt Berlin auf ihrem Sekretär ebenso stolz ist wie die Gemeinde Groß-Lichterfelde auf ihren Vertreter stolz sein kann. Auch Dr. Kähler sieht jetzt etwas klarer und antwortete auf eine Bemerkung des Referenten ihm gegenüber, daß schwachbegabte und schwachstimmige nicht gleichbedeutend sei, in einem etwas gereizten Tone, daß er ja viel länger unterrichtet habe als der Herr Referent — allerdings keine Volksschüler, sondern nur dumme Studenten.

Nach diesem amüsanten und für den Zuhörer höchst lehrreichen Geplänkel wurde die Vorlage genehmigt.

Die „soziale Aera“ in Groß-Lichterfelde ist also im Anzuge. Das winzige Scheingericht, das allerdings auf einer sehr großen Platte serviert worden ist, wird für die Arbeiterklasse unseres Ortes nur insofern einen Reiz ausüben, als dieselbe mit vermehrter Kraft bei den kommenden Wahlen dahin streben wird, den ihr von Rechts wegen zukommenden Einfluß im Gemeindeparlament zu erringen. Dann werden nicht nur die sozialen Forderungen zu ihrem Rechte kommen, sondern auch die übrigen Gemeindeangelegenheiten, von denen manche aus gewissen Gründen den Weg in die Öffentlichkeit nicht finden, dürfen eine andere Behandlung erfahren als heute, wo sogar dem Blödesten die Schäden einer einseitigen Grundbesitzer-Oligarchie offenkundig werden.

Ober-Schöneweide.

Eine im „Wilhelminenhof“ lagende außerordentlich gut besuchte öffentliche Versammlung, der auch viele Bürgerliche beiwohnten, nahm nach einem Referat des Genossen Grunow Stellung zu den letzten Vorkommnissen in der Gemeindeverwaltung und -vertretung.

Die Angelegenheiten des Vertrages mit der Terracingesellschaft, des Baues der dritten Schule, die Verschwendung von Geldern bei Dienst- und Schulreisen, und zuletzt auch die schneidigen Amtshandlungen des Herrn Kottmeier wurden im Referat wie in der regen Diskussion einer scharfen Kritik unterzogen.

Das Vorgehen des Herrn Kottmeier gegen einige Gastwirte, welche den gelben Gewerkschaften ihre Lokale nicht zur Verfügung stellten, sowie die Auflösung der Jugendorganisation wurde scharf kritisiert. Eine Protestresolution fand einstimmige Annahme. Die Versammlung zeigte, daß alle solche Maßnahmen und Vorkommnisse geeignet sind, uns Material für unsere Agitation zu bieten. Die polizeilichen Eingriffe sind nur Wasser auf unsere Mühlen.

Röpenitz.

Eine Bluttat hat gestern die Einwohner in große Aufregung versetzt. Der 20 Jahre alte Albin Barickad erschlug seine Tante, die 72 Jahre alte Witwe Marianne Schwieder. Es wird hierüber berichtet:

In der Albrechtstraße 1 in Röpenitz wohnte die alte Frau Schwieder gemeinsam mit ihrem Neffen, dem Barickad und dessen Schwieger. Die Greisin hatte die beiden Geschwister zu sich genommen und schon viel Gutes an ihnen getan. Es sollte ihr aber mit Bösem vergolten werden. Der junge Barickad ist ein arbeitscheuer Bursche und lag seiner Tante immer zur Last. Er hatte in Erfahrung gebracht, daß seine Tante ein Sparfassenbuch über 80 M. im Hause aufbewahre. Wiederholt war er in die alte Frau eingedrungen, damit sie ihm daselbe herausgebe. Auch gestern nachmittag stellte er wieder sein Ansuchen an die Greisin. Als sich Frau Schw. weigerte, das Buch herauszugeben, geriet er in eine solche Wut, daß er über die wehrlose Greisin herfiel und sie niederstieß. Der rohe Geselle mißhandelte sein Opfer in der anstößigsten Weise. Als bald darauf die inzwischen benachrichtigte Polizei in der Wohnung erschien, war Frau Schw. bereits tot. Die Bedauernswerte war scharf zugerichtet worden. Befestigt wurde der gefährliche Bursche nach der Polizeiwache und von dort nach einem eingehenden Verhör in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Die Leiche der Frau Schw. wurde, nachdem eine Gerichtskommission den Tatbestand aufgenommen, nach

der Leichenhalle des Friedhofes gebracht, wo sie gerichtlich obduziert werden wird.

Nieder-Schönhausen.

Aus der Gemeindevertretung. Mit dem Besitzer des Hausel Kaiser-Wilhelm-Straße hat die Gemeinde einen Vertrag abgeschlossen wegen Abänderung der Baufluchtlinie, es wurde ihm eine Entschädigung von 5000 M. zuerkannt. Zur Anschaffung von zwei Schneepflügen wurden 200 M. bewilligt. Ferner wurden für den am 1. Januar 1908 zur Eröffnung gelangenden Kindergarten des Fräulein Ruten 100 M. als Beihilfe für das erste Jahr gewährt. Die Schulkommission hat beantragt, die Kosten zur Errichtung von zwei Lehrstellen an der höheren Mädchenschule zum 1. April 1908 zu bewilligen. Die Schule hat einen Besuch von 72 Schülerinnen aufzuweisen. Der Antrag wurde angenommen. Des weiteren hatte sich die Vertretung mit einem Antrag der Lehrpersonen an den Volksschulen und der höheren Mädchenschule um Gehalts-erhöhung zu beschäftigen.

In der hierauf folgenden Debatte nahm der Gemeindevertreter Paetz einen eigentümlichen Standpunkt ein, indem er nicht begreifen kann, daß die Lehrer schon wieder um Gehalts-erhöhung kommen; er behauptete, daß das Fleisch sowie die Mieten nicht teurer seien wie vor zwei Jahren. Eine Erwörung sei nicht vorhanden. Die Lehrer seien so gestellt, daß sie mit ihrem Gehalt zufrieden sein können. Beschlüssen wurde folgendes: Das Gehalt der Rektoren soll auf 2250 M. erhöht werden, das Grundgehalt der Lehrer erhöht keine Minderung, dagegen soll die Alterszulage von 225 auf 250 M., die Rieterschulbildung von 550 auf 650 M. erhöht werden. Die wissenschaftlichen Lehrerinnen erhalten ein Grundgehalt von 1250 M., 350 M. Rieterschulbildung und 150 M. Alterszulage. Bei den technischen Lehrerinnen soll die Rieterschulbildung gleichfalls 350 M. betragen. Die Lehrerinnen an der höheren Mädchenschule sollen beziehen 1250 M. Grundgehalt, 350 M. Rieterschulbildung, 150 M. Alterszulage und außerdem eine Funktionszulage von 100 M. Die Mehrbelastung des Staats beträgt infolge der Erhöhung 4200 M. An Stelle des Herrn Vinke als Waisenrat wurde Herr Thormann gewählt.

Verfammlungen.

Ueber schwere Mißstände bei der Firma Karl Flohe

In der Chausseestraße führte schon Ende Juli d. J. eine Betriebsversammlung ab. Bis heute ist seitens der Firma leider keine Abhilfe geschaffen. In einer erneuten Betriebsversammlung, in der Genosse Körstgen einen Vortrag über Gewerbegerichtsfragen und Arbeiterschutz hielt, war man darüber sehr unangehalten und bedauerte, daß die Firma, die aus Eigenem keine Anstalten zur Abhilfe schafft, sich mit Kommissionen nicht abgibt und der Schaffung eines Arbeiterausschusses offenbar kein Interesse abgewinnen kann.

Der Mißstände sind unzählige. Da ist im Maschinenbau der große Kratn, welcher die verschiedenen Maschinenteile nach der Anzeigepalette und dann wieder nach den Arbeitsplätzen transportiert. In der ganzen Abteilung ist keine Warnungstafel, welche auf den Kratn, wenn er in Betrieb ist, aufmerksam macht; ebenso wird auch kein Zeichen gegeben, so daß der Kratn mit seiner unten hängenden Last über die Köpfe der Arbeiter hinweggeht. Bis jetzt ist noch kein Unglück passiert, aber bei solchen Verhältnissen ist das nur eine Frage der Zeit. Das Probierfeld für Laufstapfen ist über einem Tor durchgegangen, den die Arbeiter nach dem hinteren Hof passieren müssen. Wenn daselbst geprüft wird, wird ihnen der Weg durch eine Kette versperrt und sie werden so in ihrer Arbeit aufgehalten, oder müssen schnell durchrennen, um keine Zeitverluste zu haben. Eine Laufstapfen ist schon herunter gestürzt. In der Abteilung Turbau werden die Eisenbleche nach eine Treppe gezogen. Dabei ist es vorgekommen, daß die Eisenbleche herunterfielen, im Weisheit des Weisheit. Vorsichtsmaßnahmen sind auch hier an Platz. In der Tischlerei werden die Bretter meist in der zwölften Stunde mittags mittels Flaschenzug zwei Treppen hoch emporgewunden. Die Arbeiter müssen nach 12 Uhr noch arbeiten, um fertig zu werden. Das gefährlichste dabei ist, daß die Arbeiter um 12 Uhr alle zu Tisch gehen wollen und so die Gefahr vorhanden ist, daß einmal ein Hagel Bretter gleich ein paar Arbeiter erschlagen kann. Weiter ist in der Tischlerei über den Maschinen ein Holzboden (Hängboden). Der Boden ist so schlecht abgedeckt, daß der ganze Staub und Dreck den Arbeitern in den Rachen fällt. Eine lange Leiter ohne Geländer oder sonstigen Stützpunkt, an welchem man sich halten könnte, führt nach dem Boden. Im Sommer ist ein Arbeiter dort heruntergestürzt und hat sich am Kopf verletzt. Der behandelnde Arzt sprach seine Verwunderung darüber aus, daß eine solche Leiter vorhanden ist. Wo bleibt da die Gewerbeinspektion?

Mit dem Arbeiterausschuss, der eventuell vorstellig werden könnte, ist es eine eigene Sache. Vor einem Jahr (im Dezember 1906) wurde seine Wahl vorgenommen. Die Arbeiter stellten 7 Ausschussmitglieder und 7 Stellvertreter auf, welche auch gewählt wurden. Die Firma strich von den 14 Arbeitern 11, so daß nur noch 3 verblieben; diese drei sollen den Arbeiterausschuss bilden. Dieselben lehnten natürlich eine derartige „Vertretung“ ab. Von den dreien sind nun nur noch zwei im Betrieb beschäftigt, ein Maler und ein Hilfsarbeiter. Diese zwei Mann stellen für Herrn Flohe den „Arbeiterausschuss“ vor, welcher 700 Mann vertreten soll. Man kann daran sehen, welcher Mittel sich die Firma bedient, um einer Aussprache mit den Arbeitern aus dem Wege zu gehen.

Ein sehr schlimmer Mangel betrifft den Verbandskasten. Derselbe befindet sich in der Schlosserei 8. Der Heilgehälter hat aber seinen Arbeitsplatz in der Elektrischen Abteilung, wofür er die Akkordzettel ausstellt. Derselbe ist natürlich nicht beständig auf seinem Platz, sondern geht von Platz zu Platz und von einer Etage zu anderen, um die Akkordzettel zu verteilen. Man muß demnach in allen Etagen suchen, wenn ein Unfall eintritt. Und die Unglücksfälle sind nicht immer leichter Natur.

Ein Schmerzmittel ist weiter die Kantine. Wie sieht der Raum aus! Derselbe liegt tief im Keller; daneben ist der Akkumulatorenraum, von wo aus die Säuredünste durch die Türöffnungen dringen. In der Kantine selbst stehen die Korbfässer mit Schwefelsäure für die Akkumulatoren. Da die Kantine tief liegt, ist es selbstverständlich, daß der ganze Staub in den Raum fliegt und auf Tischen und Bänken liegt. Und solche Tische sollen zum Essen benutzt werden! Noch nicht einmal ein Ventilator ist angebracht und die Luft in dem Räume ist schrecklich. Bei eventuellem größeren Regen steht der ganze Raum unter Wasser. Ein Abfluß ist nicht vorhanden, das Wasser muß erst mit Eimern ausgeschöpft werden. Hier könnte die Gewerbe- oder Gesundheitskommission auch Arbeit finden; denn der Raum ist direkt gesundheitsgefährlich.

Mit den Schwären und Getränken steht es sehr schlecht. Es gibt nur Schrippen, Bodowurst, Knoblauchwurst und Blutwurst, und die taugen meistens nicht viel. Vier gibt es sechs Sorten, jeden Tag ein anderes. Wer da nicht magenfrank ist, kann es werden. Da Herr Flohe nur dort Bier bestellt, wo er geschäftliche Beziehungen hat, er auch keine Brauerei zurücksehen will, so müssen die Arbeiter eben jeden Tag ein anderes Bier trinken. Im Winter gibt es nichts Warmes, keine Bouillon, nichts. Das einzige wäre Milch, und die ist kalt. Die Arbeiter dürfen eben nichts sagen, obsondern sie seit Jahren bei Herrn Flohe deshalb vorstellig waren, damit sie die Kantine in eigene Verwaltung nehmen könnten, zum mindesten aber von Seiten der Arbeiter einen Kontrolleur hinzuziehen, es wurde alles rundweg abgelehnt. Die Kantine gehört Herrn Flohe; da hätten die Arbeiter nichts zu sagen.

Man sieht, Mängelstände in überreichlichem Maße. Und keine Abhilfe. Und keine Aussicht auf Abhilfe, wenn nicht die öffentliche Kritik wirken sollte!

Briefkasten der Redaktion.

Als literarische Ehrenstunde findet Liederabend Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, im Jahrmarkt 1907, wochentags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Ehrenstunde um 6 Uhr. Jeder Vortrag in ein Buchhändler und eine Zahl als Weihnachtsgeschenk beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Anfragen tragen man in der Ehrenstunde vor.

W. 100. Rein. — Waisenkist 11. Der Leiter der Handwerkerkassette gibt Ihnen bereitwillig Auskunft. — J. N. 32. Rein. — Schwede 45. Auch Ausländer haben Steuern zu zahlen. Wegen derselben kann geschändet werden. — M. K. Ziegel. 1. Leber ja. 2. Rein. — S. 34. Ein Anpreis auf Rückzahlung steht Ihnen nicht zu. — Wally 27. 1. Haben Sie, was aus Ihrer Frage nicht ersichtlich ist, einen schriftlichen

Wiedertrag geschlossen, so sind die in diesem Vertrag enthaltenen Vorschriften über Kündigungsklauseln maßgebend. Nützt nur ein mündlicher, jährlicher Vertrag vor, so läuft Ihr Vertrag am 1. April ab. Wollen Sie den Vertrag verlängern, so setzen Sie sich möglichst bald direkt mit dem Birt in Verbindung. 2. Den Tag, an dem die Jubiläumsvorträge zur Beratung kommen sollen, nennt man Schwerkinder. Auf Antrag des Abg. Grafen v. Schwerin war beschlossen, wenigstens einmal in der Woche, in der Regel am Mittwoch, über die Jubiläumsvorträge zu beraten.

Wetter-Prognose für Freitag, den 20. Dezember 1907.
Mild und zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Regenschauern und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau

Witterungsübersicht vom 19. Dezember 1907.

Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.
Emmende	757	W	2	bedeckt	3	Dachau	762	SW	4	halb bb.	-11
Damburg	761	SW	3	bedeckt	4	Petersburg	758	W	2	Schnee	-31
Berlin	760	SW	2	Regen	5	Scilly	761	SW	3	bedeckt	-11
Kanaka	766	SW	3	bedeckt	5	Übersee	766	SW	3	halb bb.	4
München	760	SW	5	Regen	3	Paris	767	SW	3	bedeckt	7
Wien	767	ND	2	bedeckt	-3						

Festtags-Kleidung

in tausendfältiger Auswahl vornehmster Moden, neuzeitiger Stoffe

Jackett-Anzüge

Einfarbig und bunt gemustert
50.— 45.— 40.— 36.— 33.—
30.— 27.— 24.— 21.— 18.— **15 Mk.**

Rock-Anzüge

Schwarz und bunt gemustert **27 Mk.**

Smoking-Anzüge

Schwarz Drapé oder Kammgarn **30 Mk.**

Gehrock-Anzüge

Vornehmste Fassons
70.— 65.— 60.— 55.—
50.— 45.— 40.— 36.— **33 Mk.**

Baer Sohn

Spezialhaus größten Maßstabes

Chaussee-Strasse 29-30 Brücken-Strasse 11
Gr. Frankfurter-Str. 20.

Haupt-Katalog gratis und franko.
Dauernder Kalender an Kunden kostenlos.



Schwarze Beinkleider

18.— 15.— 12.— 3 M. 50
9.— 6.— 4.50

Gestreifte Beinkleider

18.— 15.— 12.— 10.— 4 M. 50
9.— 8.— 6.— 5.50

Fantasie-Westen

15.— 12.— 9.— 2 M. 25
6.— 4.— 3.—

Ein gutes Weihnachtsgeschenk
ist für jeden Raucher und Kenner eine Kiste
Qualitäts-Zigarren
a 25, 50 oder 100 Stück gepackt

aus den Fabriken der
Tabak-Arbeiter-Genossenschaft, E. G. m. b. H., Hamburg.
Fabrikniederlage: Berlin SO. Köpenicker-Str. 20a
Amt 1, 9160
Vertreter Udo Stangenberg.

Verkaufsstellen:

- Berlin SO.**
Fritz Fischer, Wartenbergstr. 110.
U. Stangenberg, Köpenickerstr. 20a.
Rud. Hermann, Eisenbahnstr. 43.
Gustav Giebel, Engel-Str. 13.
- Berlin S.**
Karl Diefeld, Gröfstr. 36.
- Berlin O.**
Herm. Rich, Roperthstr. 11.
Gustav Wieg, Komintenerstr. 18.
Herm. Rich, Petersburgerstr. 5.
H. Zimmermann, Wiggelstr. 5.
Herm. Rich, Thoeckstr. 5.
H. Treumann, Straußbergerstr. 26.
- Berlin N.**
Herm. Rich, Vetschauerstr. 6.
Herm. Rich, Seinerländerstr. 66.
- Herm. Holzäcker, Ryegenerstr. 123**
Lortzstr.
- Herm. Rich, Koppenhagenstr. 2.**
Franz Buhl, Waldplatzstr. 14.
Herm. Rich, Behmstr. 8.
Georg Seiffert, Gr. Hamburgerstr. 18/19.
- Berlin NW.**
Herm. Rich, Rütligstr. 15.
Otto Schindel, Waldstr. 56.
Theodor Wian, Weisstr. 57.
- Rixdorf.**
W. H. Conrad, Hermannstr. 59.
Konrad Weber, Hermannstr. 110.
Mar. Köhl, Anselebedstr. 6.
Karl Weiser, Löhningerstr. 18.
Herm. Krause, Bambergerstr. 8.
F. Fischer, Reuterstr. 43/44.
- Baumschulenweg.**
Leo Schaff, Baumschulenstr. 73.
- Adlershof.**
Karl Müller, Wisnarsdtr. 10.
- Köpenick.**
Fritz Wolf, Steigerstr. 6.
Hob. Fernad, Steigerstr. 14.
Kugust Ross, Grünauerstr. 1.
- Wilmsdorf.**
Georg Jense, Berlinerstr. 43.
- Reinickendorf.**
Theodor Cieronski, Hansastr. 49.
- Falkenhagen.**
Franz Wähmünd.



Cigarren-Fabriken - 103 Zweiggeschäfte

- Davon in BERLIN: Brunnenstr. 32, E. Anklamerstr. — Chaussee-Str. 18
E. Invalidenstr. — Chaussee-Str. 36/37 E. Schwartzkopffstr. — Dresdenerstr. 5
E. Adalbertstr. — Friedrichstr. 171 E. Franzos. Str. — Gertraudenstr.
E. Breitestr. 20a — Invalidenstr. 148 E. Bergstr. — Jerusalemstr. 47
E. Krausenstr. — Kaiser Wilhelmstr. 19 E. Münzstr. — Markgrafstr. 17
E. Junkerstr. — Oranienstr. 39 E. Adalbertstr. — Potsdamerstr. 57/58
E. Bülowstr. — Prinzenstr. 91 E. Ritterstr. — Rosenthalerstr. 48 E.
N. Schön. Str. — Uhländstr. 33 E. Lietzenburgerstr. — Wallstr. 14a E.
Neue Grünstr. — Wienerstr. 22 E. Grünauerstr. — Rixdorf, Bergstr. 146.

Elegante Weihnachts-Präsentkistchen!

Etablissement Pharus-Säle

Berlin N. Inhaber: Jul. Wernau, Müllerstr. 112.
Dienstag, den 31. Dezember 1907, **Gr. Silvester-Ball.**
im Empire-Saal:
Zur Kenntnisnahme aller Freunde u. Genossen, welche ich sehr schon einlade.
Titanen-Saal 1500 Personen (abend noch frei).
Abwechslungsvolles Weihnachtsprogramm.

Messing auf **Teilzahlung** 50 wöchentl. hoch an.

Serrengerderode fertig u. nach Maß von 1 M. an, ferner Teppiche, Stuhldecken, Porzellan, Spiegel, Bilder, Vergrößerungen nach jeder Photographie mit Rahmen, Gas- und Petroleum-Lampen, Uhren usw. Besatz oder Vollkarte. 10402*
Prinzenstraße 47

Gesellschafts-Spiele vom billigsten bis zum feinsten.

Schach, Dame, Domino, Roulette, Krocket, Tivoli, Poch- und Kegelspiele etc.
Moderne Spazierstöcke und Tabak-Pfeifen aller Art.
Feine Wiener Meerscham- u. Bernstein-Waren.
Scheunert & Wirth, Blumenstraße 4 und 5, an der Bahner-Theaterstraße.

Hüte kauft man am vorteilhaftesten beim **Fachmann**

Ernst Wancke, Hutmacher, Brückenstr. 6a an der Jannowitzbrücke.

Weihnachts-Geschenke!

Grammophone, Spieldosen, mit u. ohne Glockenspiel, in jeder Preislage, kauft man am vorteilhaftesten (auch gegen Teilzahlung) im Spezialhaus für Musik- u. Werkmüller & Jacob, Dresden-Neubau, Bismarckstr. 44, part. Rein Laden, Bismarckstr. 44, part. 49, 50, 51, 52.

Begründet 1873. Spezial-Hut-Engros- und Einzelverkauf. Begründet 1873.

Neueste Moden der Saison in Filzhüten, Cylinderhüten, Chapeau claque etc.
Abteilung für den Einzelverkauf zu außergewöhnlich billigen u. streng festen Preisen.
B. Salinger, Neue Königstr. 48, 1 Treppe, 2. Haus v. Alexanderplatz.
Sonn tags geöffnet.

Biel Vergnügen machen die **Gentners Veilchenseisenpulver Goldperle** „Marke Kaminfeger“
eifrigsten Geschenke, prächtige Sachen, ausnahmslos nur hübsche, nützliche Gegenstände.
In den meisten Geschäften a 15 Pfg. zu haben.
Vorwärts beim Einkauf! Man achte auf den gef. gesch. Namen „Goldperle“ und den Kaminfeger! Fabrikant: **Cari Gentner, Göppingen.**
Hauptverkauf in Berlin u. Umgeg.: **Andreas Caspar, Berlin SO., Josephstr. 11. Fernsprechanst. IV. 6266.**

D. Lechner.
Auf Kredit. 1 M. pro Woche.
Anzahlung von **1 M. 5** an.
Garderoben f. Herren u. Damen.
Ulster große Auswahl!
Sprechmaschinen, Kronen, Betten, Kleiderstoffe, Pelzstolas, Teppiche usw.
Jeder Käufer erhält ein Weihnachtsgeschenk!
Brunnenstraße 192, 6tes Haus vom Rosenthaler Tor.
Heute bis 10 Uhr geöffnet. (1243L)

fette, Gänse, fette, Enten, junge Hühner, Tauben empfiehlt reichlich F. Wegner, Berlin, Mariannenstr. 34.

Wir verkaufen einen Posten **Herren-Paletots u. Anzüge**, die nach Maß angefertigt und nicht abgeholt sind, sowie **Fenster-Modelle** zu billigem Preise aus.
Oranienburgerstr. 34, Eingang Artilleriestr. 20, Laden.
Max Cohn & Zirzlaff, Schneidermeister.

Sofastoffe
Kisenauswahl aller Qualitäten. Woll-, Reste! Moquetts. Plüsch. Sattelstaschen.
Muster b. n. h. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, 158.

Teilzahlung!
Wöchentlich nur 1 Mk. zahlen. Tassen, Uhren, Spielzeuge, Kleider, Betten, Kissen, Öllampen, etc.
Spezial-Verkauf von **Grammophon-Platten, Schallplatten, Hörnern, Harmonien, etc.**
Bestand von **Camignon & Co.** in **Wien, Wollzeile 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50.**
Pilzcker & Spillner, Berlin, 158.

Grosse Betten 12 Mk.
(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen) mit doppelt gereinigtem neuen Bettleder, bessere Betten 15, 20, 24, 28, 32, 36, 40, 44, 48, 52, 56, 60, 64, 68, 72, 76, 80, 84, 88, 92, 96, 100, 104, 108, 112, 116, 120, 124, 128, 132, 136, 140, 144, 148, 152, 156, 160, 164, 168, 172, 176, 180, 184, 188, 192, 196, 200, 204, 208, 212, 216, 220, 224, 228, 232, 236, 240, 244, 248, 252, 256, 260, 264, 268, 272, 276, 280, 284, 288, 292, 296, 300, 304, 308, 312, 316, 320, 324, 328, 332, 336, 340, 344, 348, 352, 356, 360, 364, 368, 372, 376, 380, 384, 388, 392, 396, 400, 404, 408, 412, 416, 420, 424, 428, 432, 436, 440, 444, 448, 452, 456, 460, 464, 468, 472, 476, 480, 484, 488, 492, 496, 500, 504, 508, 512, 516, 520, 524, 528, 532, 536, 540, 544, 548, 552, 556, 560, 564, 568, 572, 576, 580, 584, 588, 592, 596, 600, 604, 608, 612, 616, 620, 624, 628, 632, 636, 640, 644, 648, 652, 656, 660, 664, 668, 672, 676, 680, 684, 688, 692, 696, 700, 704, 708, 712, 716, 720, 724, 728, 732, 736, 740, 744, 748, 752, 756, 760, 764, 768, 772, 776, 780, 784, 788, 792, 796, 800, 804, 808, 812, 816, 820, 824, 828, 832, 836, 840, 844, 848, 852, 856, 860, 864, 868, 872, 876, 880, 884, 888, 892, 896, 900, 904, 908, 912, 916, 920, 924, 928, 932, 936, 940, 944, 948, 952, 956, 960, 964, 968, 972, 976, 980, 984, 988, 992, 996, 1000.
Gustav Lustig, Berlin, 158.

Arbeiter-Berufs-Kleidung
Austausch Spezial-Geschäft
3 Mühlendamm 3
und **Kottbuserdamm 95.**
Adolf Wecker.

Großer Konkursmassen-Ausverkauf.
Damenstoffe, Konfektion und andere billige Sachen von 10102*
Wilhelmine van Aalst, Kommandantenstr. 78 (Industriegebäude, am Dönhofsplatz).

Glas- und Porzellanwaren-Geschäft von **Jacob Guthrodt**
(Früher Friedrichstr. 13)
jetzt Yorkstr. 88 u. Gneisenaustr. 22.
Bis 1. Januar 1908. In Weihnachtsgeschäften. Vorzeiger dies. Annoncen erhalten 10 Proz. Rabatt.

